



SFCR

Bericht über die Solvabilität und
Finanzlage 2019

DebeKa

Allgemeine Versicherung AG

Bericht über die Solvabilität und Finanzlage 2019

Stichtag 31. Dezember 2019

Debeka

Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft

Sitz Koblenz am Rhein

Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18, 56073 Koblenz
Eingetragen beim Amtsgericht Koblenz HRB 2300

www.debeka.de
unternehmenskommunikation@debeka.de

Wichtige Kennzahlen

	2019	2018
Anwendung der Übergangsmaßnahme bei den vt. Rückstellungen	nein	nein
Anwendung der Volatilitätsanpassung	nein	nein
anrechnungsfähige Eigenmittel zur SCR-Bedeckung in TEUR	1.673.428	1.405.741
Solvabilitätskapitalanforderung in TEUR	416.304	429.173
SCR-Bedeckungsquote in %	402,0	327,5
anrechnungsfähige Eigenmittel zur MCR-Bedeckung in TEUR	1.673.428	1.405.741
Mindestkapitalanforderung in TEUR	130.462	118.688
MCR-Bedeckungsquote in %	1.282,7	1.184,4

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Der vorliegende Bericht kann zukunftsgerichtete Aussagen wie Erwartungen und Prognosen enthalten. Diese basieren auf den Informationen, die uns zum Redaktionsschluss vorlagen, und sind mit bekannten und unbekanntem Risiken sowie Ungewissheiten verbunden. Das kann dazu führen, dass die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse und Entwicklungen von den hier getroffenen Aussagen abweichen.

Vorgehen beim Runden von Werten

Die Darstellung monetärer Werte erfolgt in Tausend Euro. Hierfür wurden die einzelnen Werte kaufmännisch gerundet. Dadurch können sich insbesondere bei der Darstellung von Summen rundungsbedingte Abweichungen ergeben, da die Summen mit genauen Werten berechnet und erst anschließend gerundet werden. Bei Prozentwerten wird analog verfahren.

Allgemeine Hinweise

Soweit im Bericht für natürliche Personen oder Personengruppen nur die männliche Form verwendet wird, dient dies ausschließlich der besseren Lesbarkeit. Die Angaben beziehen sich selbstverständlich gleichermaßen auf alle Geschlechter.

Der Bericht wurde zum 7. April 2020 durch den Vorstand genehmigt.

Zusammenfassung	5
A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	8
A.1 Geschäftstätigkeit	9
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis	12
A.3 Anlageergebnis	16
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	17
A.5 Sonstige Angaben	17
B Governance-System	18
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	19
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	26
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	28
B.4 Internes Kontrollsystem	33
B.5 Funktion der internen Revision	34
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	36
B.7 Outsourcing	37
B.8 Sonstige Angaben	38
C Risikoprofil	40
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	42
C.2 Marktrisiko	48
C.3 Kreditrisiko	55
C.4 Liquiditätsrisiko	55
C.5 Operationelles Risiko	57
C.6 Andere wesentliche Risiken	58
C.7 Sonstige Angaben	60
D Bewertung für Solvabilitätszwecke	61
D.1 Vermögenswerte	61
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	65
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	72
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	74
D.5 Sonstige Angaben	75
E Kapitalmanagement	76
E.1 Eigenmittel	77
E.2 Solvabilitätskapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	78
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung	80
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	80
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvabilitätskapitalanforderung	80
E.6 Sonstige Angaben	80
Abkürzungsverzeichnis	81
Glossar	83
Quantitative Reporting Templates	87



Zusammenfassung

Zusammenfassung

Der vorliegende SFCR dient der Offenlegung von qualitativen und quantitativen Informationen unter Beachtung nationaler und europäischer Vorgaben. Sein Aufbau ist konform mit dem in der DVO vorgegebenen Gliederungsschema und deckt die aufsichtsrechtlich geforderten Inhalte von Solvency II ab.

Die Debeka Allgemeine Versicherung AG ist der Schaden- und Unfallversicherer der Debeka-Unternehmensgruppe mit Geschäftsgebiet in der Bundesrepublik Deutschland. Im Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit stehen die Unfall-, Haftpflicht-, Sach-, Rechtsschutz-, Kraftfahrt- und Reiseversicherung.

Einzelheiten zur Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2019 werden in Kapitel A dargestellt. Hierbei handelt es sich neben allgemeinen Informationen und Kennzahlen zur Geschäftstätigkeit um Informationen zum Anlageergebnis und zum versicherungstechnischen Ergebnis auf Basis des handelsrechtlichen Jahresabschlusses. Des Weiteren erfolgen Angaben zur Stellung der Debeka Allgemeinen Versicherung innerhalb des Gleichordnungskonzerns einschließlich einer Darstellung der wesentlichen Geschäftsbereiche. Zusammenfassend konnte die positive Geschäftsentwicklung der Debeka Allgemeinen Versicherung auch im Berichtsjahr fortgesetzt werden. Die verdienten Beiträge f. e. R. stiegen auf 990.154 (Vorjahr: 940.326) Tausend Euro. Das entspricht einem Plus von 5,3 % gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt betreut die Debeka Allgemeine Versicherung durch die Ausweitung der Bestände über 6,5 Millionen Verträge. Mit einem versicherungstechnischen Ergebnis f. e. R. von 146.874 (Vorjahr: 127.302) Tausend Euro wurde ein Ergebnis erwirtschaftet, das trotz des Anstiegs der Aufwendungen sowohl für den Versicherungsbetrieb als auch für Versicherungsfälle über dem Niveau des Vorjahres liegt. Hintergrund sind vor allem die gestiegenen Beitragseinnahmen. Das Kapitalanlageergebnis verringerte sich auf 57.467 (Vorjahr: 58.678) Tausend Euro. Hieraus resultierte eine Nettoverzinsung von 2,7 % (Vorjahr: 3,1 %). Das sonstige Ergebnis ist im Vergleich zum Vorjahr, aufgrund der Nettoaufwendungen aus der Rückstellungsbildung für die wahrscheinliche Inanspruchnahme aus der im Interesse der Debeka Pensionskasse AG abgegebenen Beistandserklärung gegenüber der Neuen Rückversicherungs-Gesellschaft AG, rückläufig.

Die rasche weltweite Ausbreitung des Coronavirus sorgt seit Beginn des Jahres 2020 für steigende Unsicherheit und führt zu Verwerfungen an den Kapitalmärkten. In der gegenwärtigen Situation sind die humanitären und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie noch nicht abzusehen. Da die Auswirkungen auf die Bestandsentwicklung, das Neugeschäft und den Geschäftsbetrieb der Debeka Allgemeinen Versicherung sowie die damit verbundenen Folgen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vom weiteren Verlauf der Pandemie abhängen, können diese aktuell nicht verlässlich prognostiziert werden. Durch zahlreiche Maßnahmen wird sichergestellt, dass alle Unternehmen der Debeka ihren Geschäftsbetrieb aufrechterhalten können.

Kapitel B befasst sich mit der Ausgestaltung der Geschäftsorganisation bzw. dem Governance-System der Debeka Allgemeinen Versicherung, das dem einheitlichen Governance-System der Debeka-Versicherungsunternehmen folgt. Die Debeka Allgemeine Versicherung verfügt über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation. Dies wird nicht nur durch die zentral in den Debeka-Versicherungsunternehmen vorgegebenen Anforderungen an die Strukturen und Prozesse, inklusive Kontrollen, sichergestellt. Die in der Geschäftsorganisation implementierten aufsichtsrechtlich geforderten Schlüsselfunktionen führen darüber hinaus unabhängige Prüfungen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsorganisation durch, um hierüber – neben der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben – eine stetige Weiterentwicklung der Geschäftsorganisation bzw. des Governance-Systems der Debeka Allgemeinen Versicherung zu erreichen. Hinsichtlich der Struktur der Geschäftsorganisation erfolgte im Berichtszeitraum eine IT-Umstrukturierung, um vermehrt Synergien in diesem wichtigen Bereich zu nutzen.

Detaillierte Ausführungen zur Risikoexposition der Debeka Allgemeinen Versicherung sind in Kapitel C enthalten. Das Risikoprofil wird, wie bereits im vergangenen Berichtszeitraum, neben dem nichtlebensversicherungstechnischen und dem krankenversicherungstechnischen Risiko maßgeblich durch das Marktrisiko geprägt. Innerhalb des nichtlebensversicherungstechnischen Risikos zählen das Prämien- und Reserverisiko sowie das Katastrophenrisiko zu den wesentlichen Risiken. Dabei wird das Katastrophenrisiko wiederum vom Naturkatastrophenrisiko dominiert. Das wesentliche Risiko innerhalb des krankenversicherungstechnischen Risikos ist das krankenversicherungstechnische Risiko aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen, welches wiederum vom Prämien- und Reserverisiko maßgeblich bestimmt wird. Aufgrund der Kapitalanlageallokation wird das Marktrisiko vom Zinsänderungs- und vom Spreadrisiko dominiert. Eine für die Debeka Allgemeine Versicherung wesentliche Veränderung der Risikoexposition konnte bei keiner Risikokategorie festgestellt werden.

Gegenstand des Kapitels D ist die Darstellung der Bewertungsgrundsätze von Vermögenswerten, der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie der sonstigen Verbindlichkeiten als Bestandteil der Solvabilitätsübersicht und der Bewertungsunterschiede zur handelsrechtlichen Bewertung nach HGB. Die Solvabilitätsübersicht wird in Übereinstimmung mit den regulatorischen Vorgaben zum 31. Dezember 2019 aufgestellt. Bei der Debeka Allgemeinen Versicherung kommt den direkt gehaltenen Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeitvereinbarung i. H. v. 2.283.522 (Vorjahr: 2.108.276) Tausend Euro weiterhin eine herausragende Bedeutung innerhalb der Vermögenswerte der Solvabilitätsübersicht zu. Ihr Anteil am Gesamtbestand der Kapitalanlagen beläuft sich auf 89,7 %. Zum 31. Dezember 2019 beträgt die Summe sämtlicher Vermögenswerte 2.602.379 (Vorjahr: 2.240.863) Tausend Euro, wohingegen eine Bilanzsumme von 2.326.715 (Vorjahr: 2.117.769) Tausend Euro nach nationaler Rechnungslegung zu verzeichnen ist. Der Bewertungsunterschied ist im Wesentlichen auf die Aufdeckung der Bewertungsreserven bei den direkt gehaltenen Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeitvereinbarung zurückzuführen.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II, bestehend aus dem besten Schätzwert und der Risikomarge, um 13,3 % auf 601.291 Tausend Euro. Hieraus ergibt sich ein Bewertungsunterschied zur HGB-Rückstellung i. H. v. 407.330 (Vorjahr: 408.918) Tausend Euro. Diese Differenz stellt stille Reserven dar und ist ein Indiz für die Auskömmlichkeit der Rückstellung nach Handelsrecht. Sonstige Verbindlichkeiten belaufen sich auf 327.660 (Vorjahr: 269.600) Tausend Euro. Der Anstieg ist auf die ausgewiesenen latenten Steuerverbindlichkeiten zurückzuführen. Nachrangige Verbindlichkeiten bestanden zum 31. Dezember 2019 nicht.

Zum Abschluss des vorliegenden SFCR erfolgen in Kapitel E die Darstellung und Analyse der Eigenmittel sowie der Solvabilitätskapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung im Berichtsjahr, die nach der Solvency-II-Standardformel berechnet werden. Die Eigenmittel bestehen weiterhin ausschließlich aus Basis eigenmitteln der Qualitätsklasse 1 und belaufen sich auf 1.673.428 (Vorjahr: 1.405.741) Tausend Euro. Der Anstieg resultiert aus den zunehmenden Bewertungsreserven sowie dem positiven Geschäftsjahresergebnis, welches sich in einer Erhöhung des Ausgleichssaldos widerspiegelt. Die zum 31. Dezember 2019 ermittelte Solvabilitätskapitalanforderung beträgt 416.304 (Vorjahr 429.173) Tausend Euro. Insgesamt übersteigen die anrechnungsfähigen Eigenmittel die erforderliche Solvabilitätskapitalanforderung weiterhin deutlich. Hieraus resultiert eine Bedeckungsquote von 402,0 % (Vorjahr: 327,5 %). Die Bedeckungsquote der Mindestkapitalanforderung beläuft sich auf 1.282,7 % (Vorjahr: 1.184,4 %). Seit Inkrafttreten von Solvency II hat die Debeka Allgemeine Versicherung keinen Kapitalaufschlag erhalten sowie keine unternehmensspezifischen Parameter verwendet.



A | Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

A.1.1 Allgemeine Informationen zur Geschäftstätigkeit

Die Debeka Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft Sitz Koblenz am Rhein wurde 1981 gegründet. Als Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen stehen im Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit die Unfall-, Haftpflicht-, Sach-, Rechtsschutz-, Kraftfahrt- und Reiseversicherung. Darüber hinaus bietet sie für Selbstständige, Freiberufler sowie für kleine und mittelständische Unternehmen einen bedarfsgerechten Gewerbeversicherungsschutz.

Die Debeka Allgemeine Versicherung unterliegt der Aufsicht der BaFin. Diese ist sowohl für die Einzel- und Gruppenaufsicht gemäß VAG als auch für die Aufsicht nach dem Finanzkonglomerate-Aufsichtsgesetz zuständig. Abschlussprüfer ist die Mazars GmbH & Co. KG.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn
Postfach 1253
53002 Bonn
Telefon (02 28) 41 08 – 0
Fax (02 28) 41 08 – 15 50

poststelle@bafin.de
poststelle@bafin.de-mail.de

Externe Prüfungsgesellschaft

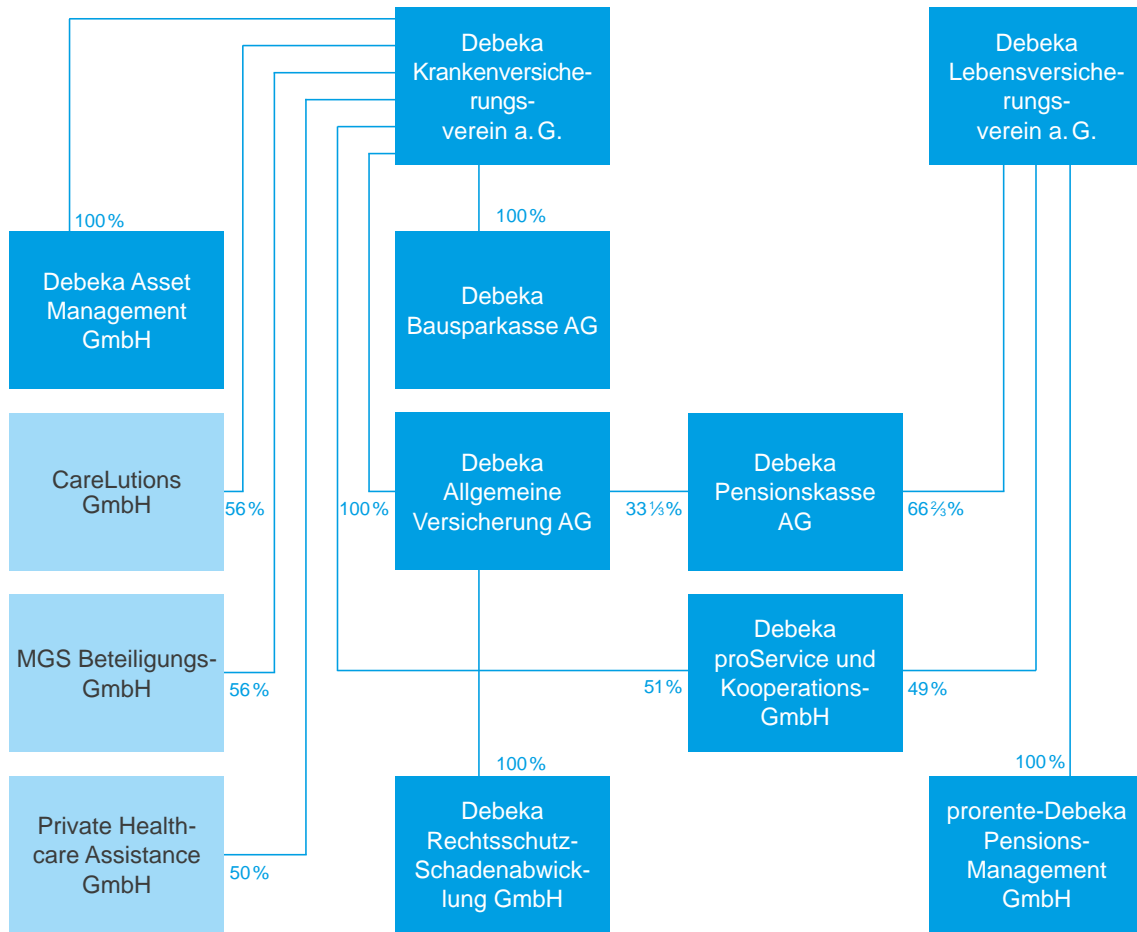
Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft
Domstraße 15
20095 Hamburg
Telefon (0 40) 2 88 01 – 0
Fax (0 40) 2 88 01 – 34 90

hamburg@mazars.de

A.1.2 Halter qualifizierter Beteiligungen und Stellung des Unternehmens innerhalb des Gleichordnungskonzerns

Der Debeka Krankenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit Sitz Koblenz am Rhein ist Alleinaktionär der Debeka Allgemeinen Versicherung. Mit der Debeka Krankenversicherung als herrschendem Unternehmen gemäß § 17 AktG besteht ein Konzernverhältnis gemäß § 18 Abs. 1 AktG. Die Debeka Allgemeine Versicherung wird in den Konzernabschluss der Debeka Krankenversicherung miteinbezogen. Zudem ist die Debeka Allgemeine Versicherung Alleingesellschafterin der Debeka Rechtsschutz-Schadenabwicklung GmbH. Zwischen beiden Unternehmen besteht ein Abhängigkeitsverhältnis gemäß § 17 AktG mit der Debeka Allgemeinen Versicherung als herrschendem Unternehmen. An der Debeka Pensionskasse AG, Koblenz, hält die Debeka Allgemeine Versicherung ein Drittel des gezeichneten Kapitals.

Die mit dem Debeka Krankenversicherungsverein und dem Debeka Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit Sitz Koblenz am Rhein bestehende Verwaltungs- und Organisationsgemeinschaft wurde im Berichtsjahr fortgesetzt.



Die Stimmrechtsquoten folgen den dargestellten Kapitalanteilsquoten.

A.1.3 Wesentliche Geschäftsbereiche und Versicherungsarten

Geschäftsgebiet der Debeka Allgemeinen Versicherung ist ausschließlich die Bundesrepublik Deutschland.

Zum 31. Dezember 2019 hat die Debeka Allgemeine Versicherung sowohl Lebens- als auch Nichtlebensversicherungsverpflichtungen gemäß Anhang I DVO im Bestand. Die Unterscheidung zwischen Lebens- und Nichtlebensversicherungsverpflichtungen fällt nicht mit der rechtlichen Unterscheidung zwischen Lebens- und Nichtlebensversicherungsgeschäft oder der rechtlichen Unterscheidung zwischen Lebens- und Nichtlebensversicherungsverträgen zusammen. Es wird vielmehr eine Unterscheidung zwischen Lebens- und Nichtlebensversicherungsverpflichtungen nach Art des zugrunde liegenden Risikos vorgenommen.

Die Debeka Allgemeine Versicherung betreibt aus rechtlicher Sicht ausschließlich Nichtlebensversicherungsgeschäft. Daher unterliegen alle betriebenen Versicherungsarten nichtlebensversicherungstechnischen Risiken. Dennoch können aufgrund von Schäden in den Versicherungsarten der Allgemeinen Haftpflicht-, der Unfall- und der Krafffahrzeug-Haftpflichtversicherung aus Nichtlebensversicherungsverträgen auch Rentenverpflichtungen resultieren. Ab dem Entstehungszeitpunkt einer Rentenverpflichtung ergeben sich zusätzliche lebensversicherungstechnische Risiken.

Die Zuordnung der Versicherungsarten zu den Geschäftsbereichen ist aus der nachfolgenden Übersicht ersichtlich.

A.1.3.1 Nichtlebensversicherungsverpflichtungen

Berufsunfähigkeitsversicherung (Geschäftsbereich 2)

Allgemeine Unfallversicherung
Kraftfahrtunfallversicherung

Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 4)

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Sonstige Kraftfahrtversicherung (Geschäftsbereich 5)

Fahrzeugvollversicherung
Fahrzeugteilversicherung

See-, Luftfahrt- und Transportversicherung (Geschäftsbereich 6)

Reiseversicherung

Feuer- und andere Sachversicherungen (Geschäftsbereich 7)

Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Gebäudeversicherung
Gewerbe-Gebäudeversicherung
Gewerbe-Inhaltsversicherung

Allgemeine Haftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 8)

Allgemeine Haftpflichtversicherung
Gewerbe-Haftpflichtversicherung

Rechtsschutzversicherung (Geschäftsbereich 10)

Rechtsschutzversicherung
Gewerbe-Rechtsschutzversicherung

Verschiedene finanzielle Verluste (Geschäftsbereich 12)

Glasversicherung
Bauleistungsversicherung
Gewerbe-Elektronikversicherung

A.1.3.2 Lebensversicherungsverpflichtungen

Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 33)

Renten aus Verträgen der Allgemeinen Unfallversicherung
Renten aus Verträgen der Kraftfahrtunfallversicherung

Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 34)

Renten aus Verträgen der Allgemeinen Haftpflichtversicherung
Renten aus Verträgen der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Nähere Informationen zu den Versicherungsarten finden Sie unter www.debeka.de.

A.1.4 Wesentliche Geschäftsvorfälle oder sonstige Ereignisse im Berichtszeitraum

Zum Ende des Geschäftsjahres 2018 hat die Debeka Allgemeine Versicherung im Interesse der Debeka Pensionskasse AG eine Beistandserklärung gegenüber der Neuen Rückversicherungs-Gesellschaft AG abgegeben. Hiermit übernimmt die Debeka Allgemeine Versicherung bei Vertragsbeendigung ausstehende Beträge in Bezug auf ausgesetzte Zahlungen, begrenzt auf maximal 80.000 Tausend Euro, soweit diese nicht von der Debeka Pensionskasse AG an die Neue Rückversicherungs-Gesellschaft AG zurückgezahlt werden sollten. Da eine Rückstellung für die drohende Inanspruchnahme aus der Beistandserklärung im Geschäftsjahr gebildet wurde, verbleibt eine Eventualverbindlichkeit i. H. v. 40.499 Tausend Euro. Für den verbleibenden Teil der Eventualverbindlichkeit sind derzeit Anhaltspunkte gegeben, dass die Debeka Allgemeine Versicherung in Anspruch genommen werden könnte.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

A.2.1 Versicherungstechnisches Ergebnis gemäß HGB-Abschluss zum 31. Dezember 2019

In der folgenden Tabelle wird das versicherungstechnische Ergebnis gemäß HGB-Abschluss zum 31. Dezember 2019 für die Debeka Allgemeine Versicherung dargestellt. In der Tabelle ist ebenfalls eine Gegenüberstellung mit den Werten aus dem vorangegangenen HGB-Abschluss enthalten.

Aufteilung des versicherungstechnischen Ergebnisses f. e. R.	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderung TEUR
verdiente Beiträge f. e. R.	990.154	940.326	49.828
technischer Zinsertrag f. e. R.	730	649	81
sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.	618	264	354
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. ¹⁾	530.861	524.605	6.256
Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen	128	-149	277
Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitrags- rückerstattungen f. e. R.	—	—	—
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	287.592	276.747	10.845
sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.	5.111	4.885	226
versicherungstechnisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung	168.066	134.853	33.213
Veränderung der Schwankungsrückstellungen und ähnlicher Rückstellungen	-21.192	-7.551	-13.642
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	146.874	127.302	19.572

¹⁾ Unterschiede zum QRT S.05.01.02 resultieren aus den vorgegebenen Felddefinitionen bzw. Zuordnungen des QRT S.05.01.02. Während in den hier dargestellten Werten der GuV die Schadensregulierungsaufwendungen und die Veränderung der Rückstellungen für Schadensregulierungsaufwendungen enthalten sind, werden diese Werte im QRT S.05.01.02 mit weiteren Aufwendungen unter den angefallenen Aufwendungen ausgewiesen.

Das versicherungstechnische Ergebnis vor Schwankungsrückstellung betrug 168.066 (Vorjahr: 134.853) Tausend Euro. Der Schwankungsrückstellung wurden saldiert 21.192 (Vorjahr: 7.551) Tausend Euro zugeführt. Das entspricht einem versicherungstechnischen Ergebnis f. e. R. von 146.874 (Vorjahr: 127.302) Tausend Euro. In der folgenden Tabelle wird das versicherungstechnische Ergebnis f. e. R. auf die einzelnen Geschäftsbereiche aufgeschlüsselt und ebenfalls mit den Werten aus dem vorangegangenen HGB-Abschluss verglichen. Für detaillierte Informationen zu den Geschäftsbereichen der Debeka Allgemeinen Versicherung wird auf Kapitel A.1.3 verwiesen. Das gesamte Versicherungsgeschäft der Debeka Allgemeinen Versicherung wird ausschließlich in Deutschland gezeichnet, sodass eine Unterteilung nach geografischen Gebieten nicht erforderlich ist.

versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderung TEUR
Berufsunfähigkeitsversicherung (Geschäftsbereich 2)	95.447	115.112	-19.665
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 4)	5.291	4.233	1.059
Sonstige Kraftfahrtversicherung (Geschäftsbereich 5)	599	468	130
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung (Geschäftsbereich 6)	-262	-483	221
Feuer- und andere Sachversicherungen (Geschäftsbereich 7)	26.599	14.861	11.738
Allgemeine Haftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 8)	26.085	9.133	16.952
Rechtsschutzversicherung (Geschäftsbereich 10)	3.224	765	2.459
Verschiedene finanzielle Verluste (Geschäftsbereich 12)	27	-518	545
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 33)	-10.432	-15.972	5.540
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 34)	296	-296	593
insgesamt	146.874	127.302	19.572

Das positive versicherungstechnische Ergebnis ist wie bereits im Vorjahr hauptsächlich auf den Geschäftsbereich 2 (Berufsunfähigkeitsversicherung) zurückzuführen. Aber auch in den beiden Geschäftsbereichen 7 (Feuer- und andere Sachversicherungen) und 8 (Allgemeine Haftpflichtversicherung) konnten sehr gute Ergebnisse erzielt werden.

A.2.2 Weitere Erläuterung einzelner Positionen des Jahresabschlusses gemäß QRT S.05.01.02

In den nachfolgenden Tabellen sowie den dazugehörigen Erläuterungen werden einzelne Positionen des Jahresabschlusses auf die Geschäftsbereiche der Debeka Allgemeinen Versicherung aufgeteilt und mit den Werten aus dem vorangegangenen Berichtszeitraum verglichen. Alle Positionen sind dabei nach handelsrechtlichen Prinzipien bewertet. Die Abgrenzungen und Bezeichnungen der einzelnen Positionen erfolgen dabei gemäß dem im Anhang dargestellten QRT S.05.01.02 (Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen) und unterscheiden sich daher von den oben dargestellten Abgrenzungen und Bezeichnungen der versicherungstechnischen GuV nach HGB.

A.2.2.1 Verdiente Prämien

Die verdienten Prämien der Debeka Allgemeinen Versicherung lagen mit 990.154 Tausend Euro um 49.828 Tausend Euro (+5,3 %) über dem Betrag des Jahres 2018. Sie verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Geschäftsbereiche:

verdiente Prämien ¹⁾	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderung TEUR
Berufsunfähigkeitsversicherung (Geschäftsbereich 2)	363.519	346.476	17.043
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 4)	121.051	119.528	1.523
Sonstige Kraftfahrtversicherung (Geschäftsbereich 5)	94.774	91.635	3.139
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung (Geschäftsbereich 6)	5.618	4.881	737
Feuer- und andere Sachversicherungen (Geschäftsbereich 7)	190.783	176.565	14.219
Allgemeine Haftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 8)	106.511	98.829	7.682
Rechtsschutzversicherung (Geschäftsbereich 10)	88.786	84.143	4.643
Verschiedene finanzielle Verluste (Geschäftsbereich 12)	19.110	18.267	843
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 33)	—	—	—
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 34)	—	—	—
insgesamt	990.154	940.326	49.828

¹⁾ Die hier dargestellten verdienten Prämien des QRT S.05.01.02 entsprechen den verdienten Beiträgen f. e. R. der GuV nach HGB. Die unterschiedliche Bezeichnung ergibt sich aufgrund der vorgegebenen Felddefinitionen bzw. Bezeichnungen des QRT S.05.01.02.

Alle Geschäftsbereiche der Nichtlebensversicherungsverpflichtungen haben zu dem Anstieg der verdienten Prämien beigetragen. In den beiden Geschäftsbereichen der Lebensversicherungsverpflichtungen wurden keine Prämien verdient, da diese beiden Geschäftsbereiche lediglich die aus Nichtlebensversicherungsverträgen entstandenen Rentenverpflichtungen darstellen.

Das Beitragswachstum ist im Wesentlichen auf das Neu- und Ersatzgeschäft zurückzuführen. Im Geschäftsbereich 2 (Berufsunfähigkeitsversicherung) wurde die Entwicklung auch durch höhere Versicherungssummen und Durchschnittsbeiträge sowie Dynamisierungen im Bestand beeinflusst. Die Beitragseinnahmen des Geschäftsbereichs 7 (Feuer- und andere Sachversicherungen) stiegen u. a. auch aufgrund einer Summenanpassung in der Verbundenen Hausratversicherung sowie der jährlichen Veränderung der Anpassungsfaktoren in der Verbundenen Gebäudeversicherung. Der Zuwachs an Prämien in den Geschäftsbereichen 4 (Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung), 5 (Sonstige Kraftfahrtversicherung) und 10 (Rechtsschutzversicherung) resultiert neben dem kontinuierlichen Bestandswachstum u. a. aus Beitragsanpassungen.

A.2.2.2 Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle beliefen sich auf 463.876 (Vorjahr: 458.984) Tausend Euro. Das waren 4.892 Tausend Euro (+1,1 %) mehr als im Jahr 2018. Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Aufwendungen für Versicherungsfälle in den einzelnen Geschäftsbereichen:

Aufwendungen für Versicherungsfälle ¹⁾	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderung TEUR
Berufsunfähigkeitsversicherung (Geschäftsbereich 2)	143.939	133.551	10.388
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 4)	84.929	85.375	-446
Sonstige Kraftfahrtversicherung (Geschäftsbereich 5)	63.162	58.962	4.200
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung (Geschäftsbereich 6)	2.517	2.051	466
Feuer- und andere Sachversicherungen (Geschäftsbereich 7)	73.759	77.348	-3.588
Allgemeine Haftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 8)	29.576	30.380	-804
Rechtsschutzversicherung (Geschäftsbereich 10)	51.179	50.586	593
Verschiedene finanzielle Verluste (Geschäftsbereich 12)	4.679	4.463	216
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 33)	10.432	15.972	-5.540
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 34)	-296	296	-593
insgesamt	463.876	458.984	4.892

¹⁾ Unterschiede zwischen den hier dargestellten Werten des QRT S.05.01.02 und den Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. der GuV nach HGB resultieren aus den vorgegebenen Felddefinitionen bzw. Zuordnungen des QRT S.05.01.02. Während die Schadenregulierungskosten und die Veränderung der Rückstellungen für Schadenregulierungskosten in der GuV nach HGB in den Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. enthalten sind, werden diese Werte im QRT S.05.01.02 mit weiteren Aufwendungen unter den angefallenen Aufwendungen ausgewiesen.

Der Anstieg der Aufwendungen für Versicherungsfälle resultiert hauptsächlich aus den beiden Geschäftsbereichen 2 (Berufsunfähigkeitsversicherung) und 5 (Sonstige Kraftfahrtversicherung). Während der Anstieg der Aufwendungen in Geschäftsbereich 2 auf eine leicht gestiegene Schadenhäufigkeit zurückzuführen ist, ergaben sich die höheren Aufwendungen in Geschäftsbereich 5 aufgrund eines gestiegenen Schadendurchschnitts.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle in den beiden Geschäftsbereichen der Lebensversicherungsverpflichtungen wurden im Wesentlichen durch den Zugang in bzw. das Ausscheiden aus dem Rentenbestand der Debeka Allgemeinen Versicherung verursacht. Während sich die Anzahl an Rentenempfängern des Geschäftsbereichs 33 (Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen) erhöht hat, hat sich die Anzahl an Rentenempfängern des Geschäftsbereichs 34 (Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen) reduziert.

A.2.2.3 Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen

Die Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen belief sich auf –128 (Vorjahr: 149) Tausend Euro und verteilt sich auf die einzelnen Geschäftsbereiche wie folgt:

Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen ¹⁾	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderung TEUR
Berufsunfähigkeitsversicherung (Geschäftsbereich 2)	-21	3	-24
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 4)	-48	45	-93
Sonstige Kraftfahrtversicherung (Geschäftsbereich 5)	-21	31	-52
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung (Geschäftsbereich 6)	—	—	—
Feuer- und andere Sachversicherungen (Geschäftsbereich 7)	-1	40	-41
Allgemeine Haftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 8)	-34	23	-57
Rechtsschutzversicherung (Geschäftsbereich 10)	4	-3	7
Verschiedene finanzielle Verluste (Geschäftsbereich 12)	-7	10	-17
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 33)	—	—	—
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 34)	—	—	—
insgesamt	-128	149	-277

¹⁾ Die hier dargestellte Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen des QRT S.05.01.02 entspricht der Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen der GuV nach HGB. Aufgrund der vorgegebenen Felddefinitionen des QRT S.05.01.02 werden die Werte allerdings mit unterschiedlichem Vorzeichen dargestellt.

Der Tabelle ist zu entnehmen, dass die Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen aufgrund des geringen Ausmaßes in allen Geschäftsbereichen von untergeordneter Bedeutung ist.

A.2.2.4 Angefallene Aufwendungen

Die gesamten angefallenen Aufwendungen betragen 360.570 (Vorjahr: 348.197) Tausend Euro. Sie verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Geschäftsbereiche:

angefallene Aufwendungen ¹⁾	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderung TEUR
Berufsunfähigkeitsversicherung (Geschäftsbereich 2)	125.076	98.649	26.427
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 4)	32.465	33.629	-1.164
Sonstige Kraftfahrtversicherung (Geschäftsbereich 5)	25.925	25.485	440
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung (Geschäftsbereich 6)	3.368	3.316	52
Feuer- und andere Sachversicherungen (Geschäftsbereich 7)	83.009	83.779	-771
Allgemeine Haftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 8)	51.024	59.449	-8.425
Rechtsschutzversicherung (Geschäftsbereich 10)	25.367	29.741	-4.373
Verschiedene finanzielle Verluste (Geschäftsbereich 12)	14.336	14.147	189
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 33)	—	—	—
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 34)	—	—	—
insgesamt	360.570	348.197	12.374

¹⁾ Unterschiede zwischen den hier dargestellten Werten des QRT S.05.01.02 und den Werten der GuV nach HGB resultieren aus den vorgegebenen Felddefinitionen bzw. Zuordnungen des QRT S.05.01.02. Die hier dargestellten angefallenen Aufwendungen enthalten folgende versicherungstechnische Aufwendungen: Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R., Schadenregulierungskosten und die Veränderung der Rückstellungen für Schadenregulierungskosten sowie die sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen f. e. R. Während im versicherungstechnischen Ergebnis nach HGB für das Nichtlebensversicherungsgeschäft keine Erträge oder Aufwendungen aus Kapitalanlagen ausgewiesen werden dürfen, enthalten die hier dargestellten angefallenen Aufwendungen des QRT S.05.01.02 neben den erwähnten versicherungstechnischen Aufwendungen zusätzlich u. a. auch Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen.

Von den in der Tabelle dargestellten angefallenen Aufwendungen i. H. v. 360.570 Tausend Euro für das Jahr 2019 entfallen etwa 80 % auf die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R. und etwa 18 % auf die Schadenregulierungskosten und die Veränderung der Rückstellungen für Schadenregulierungskosten. Die restlichen Aufwendungen sind mit einem Anteil von etwa 2 % von untergeordneter Bedeutung.

Der Anstieg der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R. resultiert im Wesentlichen aus dem Bestandswachstum. Die Schadenregulierungskosten und die Veränderung der Rückstellungen für Schadenregulierungskosten liegen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

A.3 Anlageergebnis

Die Kapitalanlagen erbrachten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Ertrag von 58.121 (Vorjahr: 60.010) Tausend Euro. Abzüglich der Aufwendungen von 654 (Vorjahr: 1.332) Tausend Euro ergab sich nach HGB ein Kapitalanlageergebnis i. H. v. 57.467 (Vorjahr: 58.678) Tausend Euro.

Aufgeteilt nach Vermögenswertklassen gliedern sich Erträge und Aufwendungen wie folgt:

Erträge aus Kapitalanlagen	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderung TEUR
Grundstücke und Gebäude (eigen- und fremdgenutzt)	—	—	—
wesentliche Beteiligungen	196	198	-1
sonstige Beteiligungen	—	—	—
börsennotierte Aktien	—	1	-1
Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeitvereinbarung	56.637	58.297	-1.660
Investmentvermögen	1.288	1.515	-227
sonstige Kapitalanlagen	—	—	—
insgesamt	58.121	60.010	-1.889

Aufwendungen für Kapitalanlagen	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderung TEUR
Grundstücke und Gebäude (eigen- und fremdgenutzt)	—	—	—
wesentliche Beteiligungen	1	2	0
sonstige Beteiligungen	—	—	—
börsennotierte Aktien	—	62	-62
Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeitvereinbarung	589	1.249	-660
Investmentvermögen	63	20	44
sonstige Kapitalanlagen	—	—	—
insgesamt	654	1.332	-678

Kapitalanlageergebnis	57.467	58.678	-1.211
-----------------------	--------	--------	--------

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen beliefen sich auf 56.110 (Vorjahr: 57.161) Tausend Euro. Aus Zuschreibungen und dem Abgang von Kapitalanlagen resultierten außerordentliche Erträge i. H. v. 2.011 (Vorjahr: 2.849) Tausend Euro. Außerordentliche Aufwendungen für Kapitalanlagen betragen 63 (Vorjahr: 671) Tausend Euro. Insgesamt ergab sich eine Nettoverzinsung von 2,7 % (Vorjahr: 3,1 %). Im Mittel der letzten drei Jahre betrug sie 3,0 %. Die laufende Durchschnittsverzinsung betrug 2,6 % (Vorjahr: 3,0 %). Der technische Zinsertrag von 730 (Vorjahr: 649) Tausend Euro wurde in die versicherungstechnische Rechnung umgebucht, sodass ein Kapitalanlageergebnis von 56.737 (Vorjahr: 58.029) Tausend Euro verblieb.

Der Erwerb derivativer Finanzinstrumente zu Spekulationszwecken wird nicht verfolgt. Anlagen in Verbriefungen befanden sich ebenfalls nicht im Bestand. Zu Zwecken des Ausgleichs unterjähriger Liquiditätsschwankungen, der Verstetigung der Kapitalanlage und der Vermeidung von Marktstörungen wurden derivative Finanzinstrumente in Form von Vorkäufen (Forwards) eingesetzt. Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste lagen aufgrund der HGB-Bilanzierungsvorschriften nicht vor.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

In der folgenden Tabelle wird das sonstige Ergebnis nach HGB des Berichtsjahres dargestellt:

sonstiges Ergebnis ¹⁾	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderung TEUR
Erträge aus Kapitalanlagen	58.121	60.010	-1.889
Aufwendungen für Kapitalanlagen	654	1.332	-678
technischer Zinsertrag	-730	-649	-81
sonstige Erträge	1.732	1.149	583
sonstige Aufwendungen	44.811	4.117	40.693
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	35.154	60.579	-25.425
sonstige Steuern	—	—	—
insgesamt	-21.496	-5.519	-15.977

¹⁾ Das sonstige Ergebnis nach HGB enthält auch die Erträge aus Kapitalanlagen und Aufwendungen für Kapitalanlagen, sodass diese Erträge und Aufwendungen im hier ausgewiesenen sonstigen Ergebnis enthalten sind. Die Erträge aus Kapitalanlagen und Aufwendungen für Kapitalanlagen werden im Kapitel A.3 gesondert ausgewiesen und kommentiert.

Das sonstige Ergebnis ist im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr um 15.977 Tausend Euro zurückgegangen. Insbesondere die Nettoaufwendungen aus der Rückstellungsbildung für die wahrscheinliche Inanspruchnahme aus der im Interesse der Debeka Pensionskasse AG abgegebenen Beistandserklärung gegenüber der Neuen Rückversicherungs-Gesellschaft AG i. H. v. 39.501 Tausend Euro beeinflussen das Ergebnis hierbei deutlich.

Im Berichtszeitraum lagen keine Leasingvereinbarungen vor.

A.5 Sonstige Angaben

Die rasche weltweite Ausbreitung des Coronavirus sorgt seit Beginn des Jahres 2020 für steigende Unsicherheit und führt zu Verwerfungen an den Kapitalmärkten. Daneben wurde das gesellschaftliche Leben, nicht nur in Deutschland, in einem für alle unbekanntem Ausmaß eingeschränkt.

Die PKV, und damit auch die Debeka Krankenversicherung als größter privater Krankenversicherer in Deutschland, ist gemäß Beschluss der Europäischen Union Teil der Kritischen Infrastruktur der Bundesrepublik. Daher ist es ihre Aufgabe, die Finanzierung der Gesundheitsversorgung unter allen Umständen sicherzustellen. Hierzu wurden zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Alle für den Betrieb der IT notwendigen Mitarbeiter verfügen über die technische Ausstattung, ihre Aufgaben auch mobil wahrzunehmen. Daneben wurden alle Mitarbeiter, die kritische Prozesse außerhalb der IT durchführen, so ausgestattet, dass die Betriebsfähigkeit der Debeka gewährleistet bleibt. Zusätzlich zu den Mitarbeitern mit Telearbeitsplätzen wurden über 3.000 weitere Mitarbeiter kurzfristig mit Notebooks versorgt, die ihnen das mobile Arbeiten ermöglichen. Hierdurch wird auch sichergestellt, dass alle Unternehmen der Debeka ihren Geschäftsbetrieb aufrechterhalten können. In der gegenwärtigen Situation sind die humanitären und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie noch nicht abzusehen. Da die Auswirkungen auf die Bestandsentwicklung, das Neugeschäft und den Geschäftsbetrieb der Debeka Allgemeinen Versicherung sowie die damit verbundenen Folgen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vom weiteren Verlauf der Pandemie abhängen, können diese aktuell nicht verlässlich prognostiziert werden. Aufgrund der geringen Investitionen in Aktien ist der Zeitwertverlust zum Ende des ersten Quartals 2020 für die Debeka Allgemeine Versicherung von untergeordneter Bedeutung. Die weitere Entwicklung am Anleihemarkt hat eine größere Bedeutung, kann aber aktuell ebenfalls nicht verlässlich prognostiziert werden.



B | Governance-System

B Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Die Geschäftsorganisation (Governance-System) der Debeka-Versicherungsunternehmen basiert auf den Regelungen des § 23 VAG und berücksichtigt die dort formulierten Anforderungen an die Aufbau- und Ablauforganisation, die Art und Weise der Unternehmensführung sowie die interne Überprüfung der Geschäftsorganisation. Ziel ist es, dass die Debeka-Versicherungsunternehmen über eine Geschäftsorganisation verfügen, die wirksam und ordnungsgemäß sowie der Art, dem Umfang und der Komplexität der mit ihrer Geschäftstätigkeit einhergehenden Risiken angemessen ist.

B.1.1 Struktur des Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgans

B.1.1.1 Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsführung. Sie sind zur kollegialen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterrichtung verpflichtet. Sie führen die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung sowie der Geschäftsordnung des Vorstands in den jeweils gültigen Fassungen. Über die Gesamtverantwortung des Vorstands hinaus ist jedem Vorstandsmitglied ein eigener Arbeitsbereich (Dezernat) zugeordnet. Soweit Maßnahmen und Geschäfte eines Dezernats zugleich ein oder mehrere andere Dezernate betreffen, ist eine Abstimmung mit dem oder den anderen Dezernenten herbeizuführen.

Zwischen den Vorständen der Debeka Krankenversicherung, der Debeka Lebensversicherung, der Debeka Allgemeinen Versicherung sowie der Debeka Pensionskasse besteht Personalunion bzw. hinsichtlich der Debeka Zusatzversorgungskasse teilweise Personalunion. Zwischen den genannten Unternehmen existieren Organisationsgemeinschafts-, Ausgliederungs- und Dienstleistungsverträge.

Thomas Brahm

- Vorsitzender des Vorstands
- Dezernatsverantwortung:
Personal, Risikomanagement (für die Bereiche Allgemeine Versicherung und Recht und Steuern), Koordination der Konzernleitung, Ideenmanagement, Konzernrevision, Fraud, Unternehmenskommunikation, Compliance, Konzerndatenschutz
- Mitglied des Vorstands:
Debeka Krankenversicherungsverein a. G.
Debeka Lebensversicherungsverein a. G.
Debeka Allgemeine Versicherung AG
Debeka Pensionskasse AG
Debeka Zusatzversorgungskasse VaG
- Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Debeka Bausparkasse AG (seit 29. Mai 2019)

Roland Weber
Diplom-Mathematiker

- Dezernatsverantwortung:
Betriebsorganisation (bis 30. September 2019), Krankenversicherung/Vertrag, Lebensversicherung und Pensionskasse/Vertrag, Informationstechnologie Systeme (bis 30. September 2019), Geldwäscheprävention (bis 31. Mai 2019), Berechtigungen (bis 30. September 2019), Leistungszentren Krankenversicherung, Leistung Spezialthemen, Multiprojektmanagement (bis 30. September 2019), Debeka Innovation Center, Organisationsentwicklung und IT-Governance (seit 1. Oktober 2019), IT-Produktmanagement Back-End (seit 1. Oktober 2019), IT-Produktmanagement Front-End (seit 1. Oktober 2019), IT-Grundlagen & -Engineering (seit 1. Oktober 2019), Applikations- und Infrastrukturmanagement (seit 1. Oktober 2019)
- Mitglied des Vorstands:
Debeka Krankenversicherungsverein a. G.
Debeka Lebensversicherungsverein a. G.
Debeka Allgemeine Versicherung AG
Debeka Pensionskasse AG
Debeka Zusatzversorgungskasse VaG

Dr. jur. Peter Görg

- Dezernatsverantwortung:
Allgemeine Versicherung, Recht und Steuern, Risikomanagement (mit Ausnahme der Bereiche Allgemeine Versicherung und Recht und Steuern), Geldwäscheprävention (seit 1. Juni 2019)
- Mitglied des Vorstands:
Debeka Krankenversicherungsverein a. G.
Debeka Lebensversicherungsverein a. G.
Debeka Allgemeine Versicherung AG
Debeka Pensionskasse AG

Paul Stein

- Dezernatsverantwortung:
Vertrieb und Marketing, Personalentwicklung Akademie, Service
- Mitglied des Vorstands:
Debeka Krankenversicherungsverein a. G.
Debeka Lebensversicherungsverein a. G.
Debeka Allgemeine Versicherung AG
Debeka Pensionskasse AG
- Mitglied des Aufsichtsrats:
Debeka Bausparkasse AG (seit 29. Mai 2019)
- Mitglied der Geschäftsführung:
Debeka proService und Kooperations-GmbH

Ralf Degenhart
Diplom-Betriebswirt (FH)

- Dezernatsverantwortung:
Anlagemanagement, Finanzen, Arbeitssicherheit, IT-Sicherheit, Zentrale Dienste
- Mitglied des Vorstands:
Debeka Krankenversicherungsverein a. G.
Debeka Lebensversicherungsverein a. G.
Debeka Allgemeine Versicherung AG
Debeka Pensionskasse AG
Debeka Zusatzversorgungskasse VaG
- stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Debeka Bausparkasse AG

Dr. rer. nat. Normann Pankratz
Diplom-Mathematiker

- Dezernatsverantwortung:
Aktuarielle Funktion, Krankenversicherung/Technik, Lebensversicherung und Pensionskasse/Technik
- Mitglied des Vorstands:
Debeka Krankenversicherungsverein a. G.
Debeka Lebensversicherungsverein a. G.
Debeka Allgemeine Versicherung AG
Debeka Pensionskasse AG
- Mitglied des Aufsichtsrats:
Debeka Bausparkasse AG (seit 29. Mai 2019)

Ausschüsse innerhalb des Vorstands bestehen nicht.

B.1.1.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand. Er ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung sind, unmittelbar eingebunden. Regelmäßig wird er vom Vorstand über die Geschäftsstrategie sowie grundsätzliche Fragen zur Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Risikolage, zum Risikomanagement und zum Risikocontrolling unterrichtet. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Uwe Laue, koordiniert die sich aus der Geschäftsordnung ergebende Arbeit.

Der Aufsichtsrat des berichtenden Versicherungsunternehmens hat einen Revisionsausschuss eingerichtet.

B.1.2 Schlüsselfunktionen

Bei der Wahrung seiner Aufgaben wird der Vorstand von den vier unabhängigen Schlüsselfunktionen unterstützt. Dabei handelt es sich um die Schlüsselfunktion Revision, die Risikomanagementfunktion, die Compliance-Funktion und die versicherungsmathematische Funktion. Diese Funktionen werden als Überwachungs- bzw. Prüfungsfunktionen unterhalb der Geschäftsleitung tätig und stehen gleichrangig und gleichberechtigt nebeneinander.

B.1.2.1 Schlüsselfunktion Revision

Die Schlüsselfunktion Revision erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen hinsichtlich der Geschäftsorganisation sowie aller Betriebs- und Geschäftsabläufe. Ihre Dienstleistungen sind darauf ausgerichtet, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Die Schlüsselfunktion Revision unterstützt die Debeka-Versicherungsunternehmen dabei, ihre Ziele zu erreichen, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem und die Führungs- und Überwachungsprozesse der Debeka-Versicherungsunternehmen beurteilt und hilft, diese zu verbessern.

B.1.2.2 Risikomanagementfunktion

Die Risikomanagementfunktion ist für die effektive Umsetzung des Risikomanagementsystems sowie die Einhaltung der damit verbundenen internen und externen Anforderungen verantwortlich und sorgt für eine angemessene Risikokultur. Hierzu definiert sie zentrale Regelungen der Risikoidentifikation, Risikosteuerung und Risikoüberwachung und unterstützt durch Information, Schulung und Beratung deren dezentrale Umsetzung in den Organisationseinheiten der Debeka-Versicherungsunternehmen. Darüber hinaus überwacht sie das Gesamtrisikoprofil der Debeka-Versicherungsunternehmen sowie etwaige sich abzeichnende Risiken u. a. über das Limitsystem und den Risikokommunikationsprozess. Ihr obliegt zudem die Überwachung des Risikomanagementsystems. Schließlich berät die Risikomanagementfunktion den Vorstand bei strategischen Entscheidungen hinsichtlich Fragestellungen, die das Risikomanagement betreffen.

B.1.2.3 Compliance-Funktion

Ziel von Compliance und damit der Compliance-Funktion ist es, die Einhaltung der externen Anforderungen und der hieraus abgeleiteten eigenen internen Vorgaben durch organisatorische Maßnahmen sicherzustellen. Zu den Aufgaben der Compliance-Funktion gehören die systematische Beobachtung der Veränderungen des Rechtsumfelds und die Bewertung ihrer möglichen Auswirkungen und Risiken sowie die Koordination und Überwachung bestehender Verfahren zur Umsetzung etwaig erforderlicher Änderungen. Zudem ist sie zuständig für die Beratung des Vorstands und der Fachbereiche hinsichtlich Compliance-relevanter Themen, die Identifizierung und Kontrolle der Compliance-Risiken, die Ableitung von Maßnahmen zur Risikoreduzierung sowie die Überwachung der internen Verfahren zur Einhaltung der externen und eigenen internen Vorgaben. Hinzu kommen die Vorgabe und Pflege einheitlicher Verhaltensrichtlinien für Mitarbeiter, die Entgegennahme von Hinweisen zu Verstößen gegen Gesetze oder Verhaltensrichtlinien und die Einleitung von Reaktionsmaßnahmen. Darüber hinaus umfasst die Tätigkeit der Compliance-Funktion die Weiterentwicklung und Dokumentation des Compliance-Management-Systems sowie die Erstellung des Compliance-Berichts.

B.1.2.4 Versicherungsmathematische Funktion

Die versicherungsmathematische Funktion des hier berichtenden Versicherungsunternehmens koordiniert die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II. Sie gewährleistet hierbei insbesondere die Angemessenheit der verwendeten Methoden und Basismodelle sowie die bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Annahmen durch eine unabhängige Validierung. Dabei bewertet sie u. a. auch die Hinlänglichkeit und Qualität der Daten. Ferner gibt die versicherungsmathematische Funktion Stellungnahmen zur Zeichnungs- und Annahmepolitik sowie zur Rückversicherungspolitik ab. Außerdem unterstützt sie die Risikomanagementfunktion bei der wirksamen Umsetzung des Risikomanagementsystems aller Debeka-Versicherungsunternehmen. Dies geschieht insbesondere durch die Implementierung mathematischer Modelle, die Mitwirkung im ORSA, die Leitung des ALM-Komitees sowie die Beratung des Vorstands.

B.1.2.5 Befugnisse und operationale Unabhängigkeit

Das Konzept der drei Verteidigungslinien definiert die Befugnisse sowie die operationale Unabhängigkeit der einzelnen Schlüsselfunktionen und ist in Kapitel B.3.1 weiter erläutert.

B.1.3 Wesentliche Änderungen des Governance-Systems im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum wurde der IT-Bereich der Debeka umstrukturiert. Wie auch dem Kapitel B.1.1.1 zu entnehmen ist, fallen sämtliche IT-Abteilungen jedoch weiterhin in das Dezernat von Roland Weber.

Darüber hinaus kam es zu keinen wesentlichen Änderungen des Governance-Systems.

B.1.4 Struktur der Vergütungssysteme

Die Vergütungsgrundsätze der Debeka-Versicherungsunternehmen sind schriftlich fixiert. Sie dienen der Sicherstellung der Angemessenheit, Transparenz und Nachhaltigkeit der Vergütungssysteme. Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie, den Risikomanagementpraktiken sowie den langfristigen Interessen und Leistungszielen der Debeka-Versicherungsunternehmen. Die Vergütungssysteme sind darauf ausgerichtet, negative Anreize, insbesondere Interessenskonflikte und das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken, zu vermeiden. Insbesondere soll vermieden werden, dass im Zusammenhang mit variablen Vergütungsbestandteilen Fehlanreize geschaffen werden, die einer auch langfristig positiven Entwicklung der Debeka-Versicherungsunternehmen entgegenstehen könnten. Die Vergütungssysteme werden regelmäßig überprüft und ggf. angepasst.

B.1.4.1 Vorstand

Für das Vergütungssystem der Vorstandsmitglieder ist der jeweilige Aufsichtsrat verantwortlich. Als Schwerpunktversicherer des öffentlichen Dienstes sind die Vergütungsregelungen der Vorstandsmitglieder in der Debeka Krankenversicherung, der Debeka Lebensversicherung, der Debeka Allgemeinen Versicherung und der Debeka Pensionskasse in Anlehnung an das Beamtenrecht ausgestaltet. So erhalten die Vorstandsmitglieder feste Bezüge, die sich nach einer Besoldungsgruppe der Besoldungsordnung des Bundesbesoldungsgesetzes richten. Darüber hinaus haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf ein Ruhegehalt.

Bereits bestehende Versorgungs- bzw. Rentenansprüche aus vorherigen Dienst- oder Arbeitsverhältnissen werden grundsätzlich – soweit diese auf Leistungen der Debeka-Versicherungsunternehmen beruhen – auf die Versorgungsverpflichtung angerechnet. Vorruhestandsregelungen sind grundsätzlich nicht vorgesehen. Über spezielle, auf den Einzelfall bezogene Regelungen entscheidet der Aufsichtsrat. Diese Regelungen müssen sich jedoch im Rahmen der bis dahin erworbenen Versorgungsanswartschaften bewegen.

Die Vorstandsmitglieder erhalten keine variablen Vergütungen, um keine Fehlanreize zu setzen.

B.1.4.2 Mitarbeiter

Die Debeka Allgemeine Versicherung hat keine eigenen Mitarbeiter. Entsprechend einem Ausgliederungsvertrag bestehen Arbeitsverträge der für die Debeka Allgemeine Versicherung tätigen Mitarbeiter mit der Debeka Krankenversicherung sowie der Debeka Lebensversicherung. Die Vergütung dieser Mitarbeiter ist wie folgt geregelt:

Der Vorstand ist für die angemessene Ausgestaltung des Vergütungssystems der Mitarbeiter verantwortlich. Die Grundsätze zur Vergütung der Mitarbeiter basieren auf Art. 258 Abs. 1 sowie Art. 275 DVO. Diese Vergütungsgrundsätze richten sich nach dem Unternehmensleitbild und leiten sich aus den darin verankerten Zielen „Bestmögliche Leistungen für unsere Mitglieder und Kunden“ sowie „Sichere Arbeitsplätze, leistungsgerechte Entlohnung und überdurchschnittliche Sozialleistungen für die Mitarbeiter“ ab.

Vergütung im Innendienst

Nicht leitende Mitarbeiter: Grundlage für die Festsetzung der Vergütung der nicht leitenden Mitarbeiter sowie der Ausbildungsvergütung im Innendienst sind der Gehaltstarifvertrag und der Manteltarifvertrag der privaten Versicherungswirtschaft sowie die zwischen Vorstand und (Gesamt-)Betriebsrat abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen „Besoldungsrichtlinien“. Mit Ausnahme einer Mitarbeiter-Erfolgsprämie (vgl. nachstehend unter „sonstige Regelungen“) wird keine variable Vergütung gezahlt; die marginale Höhe dieser Erfolgsprämie setzt keine Fehlanreize.

Leitende Angestellte: Die Vergütung der leitenden Angestellten im Innendienst besteht aus einem vom Vorstand definierten Grundgehalt, Sonderzahlungen sowie variablen Gehaltsbestandteilen (eine leistungsbezogene Jahresprämie sowie zusätzlich für den Personenkreis der Abteilungsleiter sowie Hauptabteilungsleiter bzw. Leiter der Hauptabteilung eine vom Unternehmenserfolg abhängige und sich an den Prämien der Landesgeschäftsstellenleiter orientierende Vertriebsprämie). Die Leistungsprämie beruht auf den persönlichen Leistungen des leitenden Angestellten, die Grundlage seiner Arbeit und damit auch seines Erfolgs bei der Unterstützung der ihm unterstellten Mitarbeiter bei der Zielerreichung sind. Die Leistungsbewertung wird jährlich durch die Vorstandsmitglieder erstellt und berücksichtigt vier Kompetenzfelder: persönliche und soziale Kompetenz, methodische Kompetenz, unternehmerische Kompetenz und die Zuverlässigkeit entsprechend § 24 Abs. 1 VAG. Die Jahresprämie ist an eine positive Leistungseinschätzung gekoppelt. Über die Vertriebsprämie wird die Unterstützung der Arbeit der Landesgeschäftsstellenleiter und Landesdirektoren durch die leitenden Angestellten im Innendienst honoriert. Die Höhe der variablen Gehaltsbestandteile liegt jeweils unterhalb eines Monatsgrundgehalts. Hieraus ergeben sich keine Fehlanreize zu risikobehaftetem Verhalten.

Für eine Schlüsselfunktion intern verantwortliche Personen: Auch die Vergütung der für eine Schlüsselfunktion intern verantwortlichen Personen besteht aus einem vom Vorstand definierten Grundgehalt, Sonderzahlungen sowie variablen Gehaltsbestandteilen (eine sich an den Prämien der Landesgeschäftsstellenleiter orientierende Vertriebsprämie sowie eine jährliche Sondervergütung). Die Auszahlung einer Vertriebsprämie an für eine Schlüsselfunktion intern verantwortliche Personen wird aufgrund ihrer Leistungsunabhängigkeit als unproblematisch hinsichtlich der Vorgaben der DVO angesehen. Die Sondervergütung bemisst sich an der jeweils höchsten – der in dem jeweiligen Jahr gezahlten – Leistungsprämie für Hauptabteilungsleiter. Durch diese Regelung ist die jährliche Sondervergütung von der persönlichen Leistung der Schlüsselfunktionsinhaber entkoppelt. Hierdurch sollen Fehlanreize vermieden werden. Darüber hinaus wird Schlüsselfunktionsinhabern im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder eine gesonderte Zusatzrente gewährt noch eine Vorruhestandsregelung eingeräumt.

Vergütung im Außendienst

Grundsätzlich werden die Außendienstmitarbeiter in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt. Nach den tarifvertraglichen Vergütungsregelungen erhalten Arbeitnehmer des Werbeaußendienstes prinzipiell ein erfolgsbezogenes Entgelt in Form einer Provision, das aufgrund freier Vereinbarung auch durch feste Entgeltbestandteile ergänzt werden kann. Die erfolgsabhängige Vergütung wird der weitgehend selbstständigen Tätigkeit der Mitarbeiter im Außendienst am besten gerecht und entspricht auch den Intentionen des Gesetzgebers nach den einschlägigen handelsgesetzlichen Regelungen.

Nicht leitende Mitarbeiter: Die Vergütung der Mitarbeiter im Außendienst gliedert sich in ein Festgehalt, Organisations- und Erfolgsbezüge. Grundlagen für die Festsetzung der Vergütung sind der Gehaltstarifvertrag und der Manteltarifvertrag der privaten Versicherungswirtschaft sowie die jeweils zwischen Vorstand und Gesamtbetriebsrat abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen über Besoldungsrichtlinien für den hauptberuflichen Außendienst, über ein Bezahlungssystem für neu eingestellte Bezirksbeauftragte, ehemalige Lehrlinge und Trainees und über Provisionen.

Leitende Angestellte: Die Vergütung der leitenden Angestellten im Außendienst, die sich ebenfalls in ein Festgehalt, Organisations- und Erfolgsbezüge gliedert, wird vom Vorstand festgesetzt.

Erfolgsbezüge: Alle Mitarbeiter im Außendienst sowie die leitenden Angestellten im Außendienst erhalten neben Abschlussprovisionen auch Prämien in Form erfolgsabhängiger Sonderzahlungen für die Erreichung jährlich neu festgelegter Unternehmenszielvorgaben. Unter Berücksichtigung der Personalplanung im Außendienst, der politischen Rahmenbedingungen und Experteneinschätzungen hinsichtlich der Entwicklung der Zielmärkte etc. werden jährlich Vertriebsziele für das kommende Geschäftsjahr bestimmt. Diesen liegen jeweils die Ziel- und Produktionsentwicklungen vergangener Jahre zugrunde. Unter Beachtung des strategischen Geschäftsziels, kontinuierlich in allen Sparten zu wachsen, werden daher in der Regel jährlich angemessene prozentuale Zielsteigerungen vorgenommen. Zur Zielerreichung werden jährlich Wettbewerbe für alle Ebenen des Außendienstes als Instrument der Steuerung ausgeschrieben, deren Gewinner durch die Zahlung von Prämien honoriert werden. Unternehmensziel ist es außerdem, alle Mitglieder rundum zu versichern und dabei die vorgegebenen Qualitätsziele zu beachten. Als finanzieller Anreiz ist für die Außendienstmitarbeiter daher zusätzlich eine Sonderausschüttung in der Allgemeinen Versicherung ausgelobt, die als Anreiz dazu dienen soll, einen kontinuierlichen Ausbau aller angebotenen Sparten und damit verbunden ein stärkeres Cross-Selling zu erreichen.

Organisationsbezüge: Mitarbeitern mit Personalverantwortung im Außendienst werden sogenannte Organisationsbezüge gezahlt. Diese werden nach der Provisionsbetriebsvereinbarung gewährt bzw. für die Führungskräfte durch den Vorstand festgesetzt. Die Organisationsbezüge dienen dazu, eine qualifizierte Einarbeitung und Betreuung der Außendienstmitarbeiter durch die Führungskräfte zu honorieren. Außerdem wird hiermit das Ziel verfolgt, eine kontinuierliche und qualifizierte Betreuung der Mitglieder zu gewährleisten. Zudem erhalten (Landes-)Geschäftsstellenleiter eine monatliche Bestandsbetreuungszulage, deren Höhe aus der Spartenbelegung der zugewiesenen Bestände resultiert. Dadurch partizipieren die nicht mehr unmittelbar in die Werbeaktivität eingebundenen Führungskräfte an den Werbeerfolgen ihrer Mitarbeiter. Auch diese Zulagen verfolgen das Geschäftsziel eines stetigen Ausbaus der Versicherungsbestände und der Marktstellung bei bestmöglichen wirtschaftlichen Kennzahlen.

Sonstige Regelungen

Allen Mitarbeitern des Innen- und Außendienstes werden außerdem auf Basis betrieblicher Regelungen eine Mitarbeiter-Erfolgspremie, die Möglichkeit der betrieblichen Altersversorgung, Sonderzahlungen (z. B. Urlaubszuwendung) und weitere Zusatz- bzw. Sozialleistungen gewährt.

B.1.4.3 Aufsichtsrat

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird entsprechend den Satzungen sowie durch Beschlüsse der Hauptversammlung bzw. Mitgliederversammlung festgelegt. Die monatliche Aufsichtsratsvergütung orientiert sich, wie bei den Vorstandsmitgliedern, an der Besoldung für Bundesbeamte. Darüber hinaus erhalten die Aufsichtsratsmitglieder für Reisen pauschalen Fahrtkostenersatz sowie für jede Sitzung eine Spesenpauschale. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten keinerlei variable Vergütungen, um keine Fehlanreize zu schaffen, Risikopositionen einzugehen.

B.1.5 Transaktionen

Die Debeka Krankenversicherung ist Eigentümerin sämtlicher Aktien der Debeka Allgemeinen Versicherung. Mit der Debeka Krankenversicherung als herrschendem Unternehmen gemäß § 17 AktG besteht ein Konzernverhältnis gemäß § 18 Abs. 1 AktG.

Aufgrund des zwischen der Debeka Allgemeinen Versicherung und der Debeka Krankenversicherung bestehenden Ausgliederungsvertrags führte die Debeka Krankenversicherung im Berichtsjahr Werbe- und Verwaltungsarbeiten für die Debeka Allgemeine Versicherung aus und stellte sächliche Betriebsmittel zur Verfügung.

Die Debeka Allgemeine Versicherung hat der Debeka Krankenversicherung die im Rahmen dieser Dienstleistungen angefallenen Kosten erstattet. Zur Abgeltung der Kosten der Debeka Krankenversicherung für Dienstleistungen des folgenden Geschäftsjahres 2020 wurden monatliche Abschlagszahlungen sowie ein monatlicher Ausgleich für verauslagte und der Debeka Allgemeinen Versicherung direkt zurechenbare Kosten festgelegt.

Der Vorstand erklärt hiermit gemäß § 312 Abs. 3 AktG: Die Debeka Allgemeine Versicherung hat bei jedem Rechtsgeschäft mit der Debeka Krankenversicherung nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, eine angemessene Gegenleistung erhalten.

Auf Veranlassung oder im Interesse der Debeka Krankenversicherung hat die Debeka Allgemeine Versicherung keine weiteren Rechtsgeschäfte vorgenommen und keine Maßnahmen getroffen oder unterlassen.

Darüber hinaus sind keine wesentlichen Transaktionen mit Personen, die maßgeblichen Einfluss auf die Debeka Allgemeine Versicherung ausüben, sowie mit Mitgliedern des Vorstands oder des Aufsichtsrats erfolgt.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Personen, die ein Versicherungsunternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselfunktionen innehaben, müssen fachlich geeignet und zuverlässig sein. Die einzuhaltenden Vorgaben bezüglich der fachlichen Eignung und der persönlichen Zuverlässigkeit dieser Personen basieren auf den aufsichtsrechtlichen Anforderungen und sind in einer verbindlichen innerbetrieblichen Leitlinie beschrieben. Die Leitlinie legt dabei die Verantwortlichkeiten und Anzeigepflichten sowie die Verfahren zum Nachweis und zur Überprüfung der Anforderungen fest.

B.2.1 Anforderungen an Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselfunktionen innehaben

B.2.1.1 Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten

Personen, die die Debeka-Versicherungsunternehmen tatsächlich leiten, sind die jeweiligen Mitglieder des Vorstands.

Die Mitglieder des Vorstands nehmen eine Einzelverantwortung für ihr Dezernat sowie eine Gesamtverantwortung für alle Bereiche des Unternehmens wahr. Die Aufgaben und die entsprechenden fachlichen Eignungserfordernisse jedes einzelnen Vorstandsmitglieds ergeben sich aus den jeweiligen Dezernatszuständigkeiten. Darüber hinaus müssen die Mitglieder des Vorstands in ihrer Gesamtheit über angemessene Qualifikationen, Erfahrungen und Kenntnisse in zumindest folgenden Bereichen verfügen:

- Versicherungs- und Finanzmärkte
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell
- Governance-System
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse
- regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen

Jedes einzelne Mitglied des Vorstands muss dabei über ausreichende bzw. grundlegende Kenntnisse aller genannten Bereiche verfügen, um eine gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten. Auch von einer dezernatsbezogenen Spezialisierung bleibt die Gesamtverantwortung des Vorstands unberührt. Eine Aufgabendelegation innerhalb des Vorstands oder auf nachgeordnete Mitarbeiter lässt seine Gesamt- bzw. Letztverantwortung nicht entfallen. Bei personellen Änderungen im Vorstand wird das kollektive Wissen des Vorstands stets in einem angemessenen Maß berücksichtigt.

Bei der Beurteilung der fachlichen Qualifikation von Mitgliedern des Vorstands wird die jeweilige Dezernatszuständigkeit betrachtet sowie insgesamt auf eine angemessene Vielfalt der Qualifikationen, Kenntnisse und einschlägigen Erfahrung geachtet, um eine professionelle Führung sicherzustellen.

Die fachliche Eignung liegt im Ergebnis vor, wenn die beruflichen Qualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen eine solide und umsichtige Unternehmensleitung gewährleisten. Die fachliche Eignung schließt stetige Weiterbildung mit ein.

B.2.1.2 Personen, die andere Schlüsselfunktionen innehaben

Personen, die bei den Debeka-Versicherungsunternehmen andere Schlüsselfunktionen innehaben, sind die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie die intern verantwortlichen Personen für eine Schlüsselfunktion (Schlüsselfunktion Revision, Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion und versicherungsmathematische Funktion) und deren Stellvertreter. Darüber hinaus wurden keine weiteren Schlüsselaufgaben identifiziert.

Aufsichtsratsmitglieder

Ein Mitglied des Aufsichtsrats muss jederzeit fachlich in der Lage sein, den Vorstand angemessen zu kontrollieren, zu überwachen und die Entwicklung des Unternehmens aktiv zu begleiten. Dazu muss das Mitglied des Aufsichtsrats die vom Unternehmen getätigten Geschäfte verstehen und deren Risiken für das Unternehmen beurteilen können. Ein Mitglied des Aufsichtsrats muss grundsätzlich nicht über vertiefte Spezialkenntnisse verfügen, jedoch muss es in der Lage sein, ggf. seinen Beratungsbedarf zu erkennen. Das Mitglied des Aufsichtsrats muss mit den für das Unternehmen wesentlichen gesetzlichen Regelungen vertraut sein. Der Aufsichtsrat als Gesamtorgan muss mindestens über Kenntnisse in den Themenfeldern Kapitalanlage, Versicherungstechnik und Rechnungslegung verfügen.

Bei jeder Neubestellung eines Mitglieds des Aufsichtsrats ist der BaFin darzulegen, wie die Themenfelder Kapitalanlage, Versicherungstechnik und Rechnungslegung im Gremium abgedeckt sind. Die fachliche Eignung schließt stetige Weiterbildung ein, sodass die Mitglieder des Aufsichtsrats imstande sind, sich wandelnde oder steigende Anforderungen in Bezug auf ihre Aufgaben im Unternehmen zu erfüllen.

Die zur Ausübung der Aufsichtsfunktion erforderlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und die erforderliche Fachkunde können auch durch (Vor-)Tätigkeiten in anderen Branchen, in der öffentlichen Verwaltung oder aufgrund von politischen Mandaten erworben werden. Voraussetzung ist, dass diese über einen längeren Zeitraum maßgeblich auf wirtschaftliche und rechtliche Fragestellungen ausgerichtet und im Rahmen der Ausübung der (Vor-)Tätigkeiten nicht völlig nachgeordneter Natur waren oder sind.

Für eine Schlüsselfunktion intern verantwortliche Personen

Die für eine Schlüsselfunktion intern verantwortlichen Personen sowie deren Stellvertreter müssen aufgrund ihrer beruflichen Qualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen jederzeit in der Lage sein, ihre Position in der Schlüsselfunktion auszuüben. Für jede einzelne Schlüsselfunktion ergeben sich die übertragenen Aufgaben aus den aktuellen bzw. zukünftigen Zuständigkeiten.

B.2.2 Bewertung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit

Eine Beurteilung der fachlichen Eignung und persönlichen Zuverlässigkeit erfolgt für den genannten Personenkreis bei Neubesetzung sowie turnusgemäß oder anlassbezogen. Bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats oder des Vorstands findet eine erneute Beurteilung statt, wenn eine Verlängerung ihrer Bestellung bzw. eine Wiederwahl ansteht. Darüber hinaus erfolgt bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats eine jährliche Selbsteinschätzung der fachlichen Qualifikation, aus der ggf. ein entsprechender Entwicklungsplan abgeleitet wird. Bei den für eine Schlüsselfunktion intern verantwortlichen Personen erfolgt eine fortlaufende Einschätzung im Rahmen der Jahresbeurteilung. Eine anlassbezogene Beurteilung erfolgt insbesondere dann, wenn Tatsachen und Umstände Grund zu der Annahme geben, dass im konkreten Fall die Anforderungen an die fachliche Eignung oder Zuverlässigkeit möglicherweise nicht mehr erfüllt werden.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

B.3.1 Aufbau und Ablauf des Risikomanagements der Debeka-Versicherungsunternehmen

Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Die Umsetzung eines wirksamen und angemessenen Risikomanagements erfolgt über das Risikomanagementsystem. Dieses bildet den strategischen Rahmen für alle Aspekte und Aufgaben eines ganzheitlichen Risikomanagements. Ausgangspunkt für das Risikomanagement sind die Geschäfts- und die Risikostrategie.

B.3.1.1 Geschäfts- und Risikostrategie

Geschäftsstrategie

Die Geschäftsstrategie legt den Rahmen für die Ausrichtung des Geschäfts des jeweiligen Debeka-Versicherungsunternehmens sowie die konkreten Zielsetzungen und Planungen über einen Zeithorizont von fünf Jahren fest. Insbesondere beschreibt sie, in welchen Geschäftsfeldern das Unternehmen in welchem Ausmaß aktiv sein möchte und welche Aspekte dem Unternehmen im Geschäftsplanungszeitraum besonders wichtig sind.

Risikostrategie

Die Risikostrategie beschreibt die Auswirkungen der Geschäftsstrategie auf die Risikosituation des Unternehmens und legt den Rahmen für das Risikomanagement, nebst Risikohandhabung und Risikosteuerung, fest. Sie regelt dabei insbesondere auch den Umgang mit vorhandenen und ggf. neu hinzukommenden Risiken und bestimmt, in welchem Ausmaß das Unternehmen Risiken eingehen darf bzw. möchte.

Regelmäßige Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens wird in regelmäßigen Strategieworkshops erarbeitet. Die Ergebnisse fließen in die mindestens einmal jährlich durchgeführte Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie ein. Beide Strategien werden dem Aufsichtsrat vorgelegt und mit diesem erörtert.

B.3.1.2 Elemente des Risikomanagementsystems

Das Risikomanagementsystem der Debeka-Versicherungsunternehmen besteht aus einem internen Steuerungs- und Kontrollsystem der Risiken und ist – vor allem über das Konzept der drei Verteidigungslinien – eng mit dem internen Kontrollsystem sowie den Schlüsselfunktionen verbunden.

- Das interne Steuerungs- und Kontrollsystem der Risiken gewährleistet eine systematische und einheitliche Steuerung, Überwachung und Kommunikation der über die Risikoidentifikation erfassten Risiken. Es umfasst insbesondere den Risikomanagementprozess (inkl. Limitsystem, Berichts- und Meldewesen, siehe hierzu auch Kapitel B.3.1.3) sowie den ORSA der Debeka-Versicherungsunternehmen und der Debeka-Gruppe (siehe hierzu auch Kapitel B.3.3).
- Das interne Kontrollsystem beinhaltet die verbindlichen Vorgaben an die Aufbau- und Ablauforganisation zur Etablierung eines adäquaten Kontrollumfelds innerhalb der Geschäftsorganisation sowie zur operativen Umsetzung des Risikomanagements (siehe auch Kapitel B.4).
- Die Aufgaben, Rollen und das Zusammenwirken der Schlüsselfunktionen lassen sich am Konzept der drei Verteidigungslinien verdeutlichen. Hierüber sollen etwaige Risiken, Gefahren und Mängel frühzeitig erkannt und dem Vorstand berichtet werden:
 - Die Verantwortung für die Identifikation, die Bewertung und den kontrollierten Umgang mit Risiken tragen in erster Linie die operativen Geschäftsbereiche. Sie bilden die erste Verteidigungslinie. Verantwortet werden sie von den Risikoeignern des jeweiligen Bereichs, die regelmäßig Kontroll- und Überwachungsaufgaben zur ordnungsgemäßen Umsetzung des Risikomanagements wahrnehmen.

- Auf der zweiten Verteidigungslinie sind die Risikomanagementfunktion, die Compliance-Funktion und die versicherungsmathematische Funktion angesiedelt, welche die Analyse und übergreifende Steuerung sowie die Berichterstattung über die Risiken verantworten. Die Funktionen dieser Ebene tragen die Verantwortung für einen unternehmensweit wirksamen Kontrollprozess und wirken so auf eine gute Integration des Risikomanagements in die Organisationsstrukturen der Debeka-Versicherungsunternehmen hin.
- Auf der dritten Verteidigungslinie prüft die Schlüsselfunktion Revision unabhängig sowohl die Funktionen der zweiten Verteidigungslinie als auch Prozesse und Kontrollen der ersten Verteidigungslinie, inkl. der Einhaltung und Wirksamkeit der durch die zweite Verteidigungslinie erstellten Vorgaben.

B.3.1.3 Risikomanagementprozess

Das Risikomanagementsystem der Debeka-Versicherungsunternehmen umfasst einen auf der Geschäfts- und Risikostrategie basierenden Risikomanagementprozess, der darauf abzielt,

- die Risiken und Chancen der Unternehmen frühzeitig, proaktiv und systematisch zu identifizieren, zu erfassen, zu analysieren und zu beurteilen,
- die identifizierten Risiken und die mit Risiken behafteten Prozesse zu überwachen und zielorientiert zu steuern und
- die Vorstände regelmäßig sowie ggf. ad hoc über die Risikosituation der Debeka-Versicherungsunternehmen zu informieren.

Um diese Ziele dauerhaft zu erreichen, leben die Debeka-Versicherungsunternehmen den Risikomanagementprozess als dauerhaften Prozess (Regelkreis).

Risikoidentifikation

Die Risiken der Debeka-Versicherungsunternehmen werden im Rahmen der Risikoidentifikation einmal jährlich systematisch durch die Risikoeigner erhoben. Auch darüber hinaus ist es Aufgabe der Risikoeigner, die für ihre Bereiche identifizierten Risiken laufend zu beobachten sowie geänderte Risikoexpositionen, eingetretene Schäden oder neue Risiken zu erkennen und unverzüglich an die Risikomanagementfunktion zu melden. Weiterhin ist im Sinne der Risikokultur auch jeder Mitarbeiter dazu angehalten, im Rahmen seiner Tätigkeit auf potenzielle Risiken zu achten und diese zu melden.

Risikoanalyse und Risikobewertung

Die Risikoeigner analysieren und bewerten die erhobenen Einzelrisiken qualitativ und, falls möglich, auch quantitativ. Im Rahmen der Analyse werden

- die Risiken definierten Risikokategorien zugeordnet,
- wesentliche Risikotreiber (interne oder externe Faktoren, die das Risiko beeinflussen können), Risikoursachen (unmittelbare Auslöser für den Eintritt bzw. die Entstehung des Risikos), Wirkungen des Risikos und Maßnahmen zur Risikohandhabung erfasst,
- Auswirkungen jedes Risikos auf andere Unternehmens- oder Risikobereiche betrachtet sowie
- nachgelagert mögliche Zusammenhänge zwischen den identifizierten Risiken untersucht.

Diese von den Risikoeignern vollzogene Risikobewertung überführt die Risikomanagementfunktion in das (aggregierte) Gesamtrisikoprofil der Debeka-Versicherungsunternehmen. Auf diese Weise erlangen die Unternehmen einen Gesamtüberblick über alle Risiken, die ihre Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Solvabilitätslage beeinträchtigen bzw. das Erreichen ihrer Geschäftsziele gefährden könnten.

Risikosteuerung

Die Risikosteuerung beinhaltet alle Mechanismen und Maßnahmen zur Beeinflussung der Risikosituation. Gemäß den in der Risikostrategie verankerten Festlegungen zur Risikoakzeptanz, Risikoverringerung oder Risikovermeidung werden angemessene Maßnahmen festgelegt, die eine zielgerichtete Steuerung des jeweiligen Risikos ermöglichen. Dabei achten die Debeka-Versicherungsunternehmen darauf, dass alle Risikosteuerungsmaßnahmen miteinander verzahnt sind und im Einklang mit den Unternehmenszielen sowie den Zielen des Risikomanagements stehen.

In diesem Zusammenhang sind in den Prozessen der Debeka-Versicherungsunternehmen interne Kontrollen eingerichtet, zu denen u. a. eine Prüfung und Stellungnahme der Risikomanagementfunktion aus risikostrategischer Sicht gehören. Dies betrifft insbesondere solche strategischen Entscheidungen, die einen Vorstandsbeschluss erfordern.

Risikoüberwachung

Die Überwachung der identifizierten, analysierten und bewerteten Risiken erfolgt regelmäßig, d. h. jährlich über die Risikoidentifikation und vierteljährlich über die Limitüberwachung, sowie anlassbezogen bei wesentlicher Änderung der Risikolage unter Einbindung des Vorstands. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Risikoeigner, wie bereits zum Thema Risikoidentifikation beschrieben, die für ihre Bereiche identifizierten Risiken auch laufend zu beobachten sowie geänderte Risikoexpositionen, eingetretene Schäden oder neue Risiken zu erkennen und unverzüglich an die Risikomanagementfunktion zu melden. Die Risikoeigner überwachen zudem die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Risikosteuerung sowie deren Wirksamkeit.

Risikoberichterstattung

Die (interne) Risikoberichterstattung informiert den jeweiligen Vorstand fortlaufend sowie anlassbezogen über die Risikosituation seines Unternehmens. Zu diesem Zweck werden u. a. ein Bericht des Risikomanagementbeauftragten, ein ORSA-Bericht, ein Limitbericht, ein interner Bericht über das Risikomanagement der Kapitalanlagen sowie anlassbezogene Meldungen erstellt. Aufgrund dieser Berichte bzw. Meldungen können die Vorstände der Debeka-Versicherungsunternehmen die Zielerreichung der Risikostrategie, die Limitauslastung der identifizierten Risiken und die Wirksamkeit bereits getroffener Maßnahmen beurteilen und ggf. erforderliche weitere Maßnahmen veranlassen. Die Vorstände informieren den jeweiligen Aufsichtsrat regelmäßig über die Risikosituation.

B.3.2 Umsetzung des Risikomanagementsystems in den Debeka-Versicherungsunternehmen

Die über das Risikomanagementsystem festgelegten Aufbau- und Ablaufstrukturen zielen darauf ab, eine an den Strategien orientierte, risikobewusste Führung der Debeka-Versicherungsunternehmen sicherzustellen. Diese beruht auf dem Anspruch, dass alle Risiken möglichst frühzeitig erkannt, realistisch bewertet und durch die Implementierung entsprechender Maßnahmen beherrscht werden. Das Risikomanagementsystem der Debeka-Versicherungsunternehmen besteht organisatorisch aus dem zentralen und dem dezentralen Risikomanagement.

B.3.2.1 Zentrales Risikomanagement

Die Risikomanagementfunktion ist in der Hauptabteilung Risikomanagement zentral organisiert. Ihr obliegt das Risikocontrolling mit zentralen Kontroll- und Überwachungsaufgaben. Die Hauptabteilung Risikomanagement ist in die Bereiche zentrales Risikomanagement und Risikomanagement der Kapitalanlage unterteilt. Das zentrale Risikomanagement ist allgemeine Grundsatz- und Koordinationsstelle für die konzeptionelle Entwicklung und Pflege des Risikomanagementsystems der Debeka-Versicherungsunternehmen. Das Risikomanagement der Kapitalanlage verantwortet die Überwachung und Bewertung der Kapitalanlagen der Debeka-Versicherungsunternehmen sowie ihrer Risiken. Zu seinem Tätigkeitsbereich zählen u. a. interne Kreditrisikoanalysen, Marktgerechtigkeitsprüfungen sowie Adressrisikoüberwachungen. Bei einzelnen Aufgaben greift die Risikomanagementfunktion auf die Expertise der versicherungsmathematischen Funktion zurück.

Die Debeka Allgemeine Versicherung hat die Risikomanagementfunktion im Rahmen eines Funktionsausgliederungsvertrags auf die Debeka Krankenversicherung übertragen. Für die Risikomanagementfunktion der Debeka Allgemeinen Versicherung ist Thomas Brahm als Ausgliederungsbeauftragter bestellt.

Die Risikomanagementfunktion ist den Vorständen der Debeka-Versicherungsunternehmen unmittelbar unterstellt und ihnen gegenüber berichtspflichtig. Die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Risikomanagementfunktion obliegt dem Vorstand des jeweiligen Versicherungsunternehmens.

Der Risikomanagementfunktion steht der Risikomanagementbeauftragte vor, der zudem Leiter der Hauptabteilung Risikomanagement ist. Er ist für die ordnungsgemäße Umsetzung der von der Risikomanagementfunktion zu erfüllenden Aufgaben verantwortlich.

Die Risikomanagementfunktion hat vollständige und uneingeschränkte Informations-, Auskunfts- und Einsichtsrechte für die Wahrnehmung ihrer bereits in Abschnitt B.1.2.2 skizzierten und in der Leitlinie Risikomanagementfunktion konkretisierten Aufgaben. Die Risikomanagementfunktion ist in diesem Zusammenhang dazu verpflichtet, alle ihr zufließenden Informationen ausschließlich für die von ihr wahrzunehmenden Aufgaben zu verwenden.

B.3.2.2 Dezentrales Risikomanagement

Das dezentrale Risikomanagement obliegt den Risikoeignern, die ihre Tätigkeiten im Rahmen des Risikomanagementprozesses durchführen. Die Risikoeigner tragen die Verantwortung für die in ihren Risikobereich fallenden Risiken. In Abhängigkeit davon, aus welchem Risikobereich ein Risiko erwächst, ist jedem identifizierten bzw. möglichen Risiko ein Risikoeigner zugeordnet. Dieser entspricht dem Leiter des jeweils relevanten Risikobereichs. Die Risikoeigner übernehmen die Identifikation, Meldung, Bewertung und Steuerung der Risiken sowie deren weitere Überwachung (u. a. über die Festlegung geeigneter Kennzahlen und Limite). Hierbei stellen sie sicher, dass Risiken und ggf. entstandene Schäden auch bei den Mitarbeitern regelmäßig erfragt bzw. von diesen gemeldet werden. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben wird jeder Risikoeigner von mindestens einem Risikobeauftragten unterstützt.

B.3.3 Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Der ORSA stellt in der Debeka-Gruppe ein zentrales Instrument dar, welches das Risikomanagementsystem und die Unternehmenssteuerung verbindet. So unterstützt der ORSA das Risikomanagement bei der Erkennung, Beurteilung, Überwachung und Steuerung der unternehmensindividuellen Risiken. Er ermöglicht außerdem eine aktive strategische Auseinandersetzung mit den aktuellen und potenziellen zukünftigen Risiken des jeweiligen Versicherungsunternehmens und der Debeka-Gruppe im Geschäftsplanungszeitraum. Die Ergebnisse des ORSA sowie die daraus resultierenden Maßnahmen fließen in die Unternehmensplanung und -steuerung ein und werden insbesondere bei der Geschäftsplanung, dem Kapitalmanagement, der Kapitalanlagestrategie sowie bei der Produktentwicklung und -gestaltung berücksichtigt.

Der Vorstand trägt die Verantwortung für die ordnungsgemäße Ausgestaltung und Durchführung des ORSA. Er hinterfragt die Annahmen, die Ergebnisse und die daraus resultierenden Maßnahmen des ORSA, nimmt diese ab und berücksichtigt sie in den Geschäfts- und Risikostrategien (u. a. mit Blick auf den Umgang mit den im ORSA festgestellten wesentlichen Risiken) bzw. bei etwaigen strategischen Entscheidungen. Der Risikomanagementfunktion obliegen die Koordination, Überwachung und Steuerung des ORSA.

In Bezug auf Zeitpunkt und Frequenz wird in der Debeka-Gruppe zwischen dem regelmäßigen ORSA und dem Ad-hoc-ORSA unterschieden. Der regelmäßige ORSA wird auf einer stichtagsbezogenen Datenbasis in der Regel im ersten Halbjahr eines Geschäftsjahres durchgeführt. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die aktuelle Geschäfts- und Risikostrategie im ORSA berücksichtigt wird. Umgekehrt können die Ergebnisse des ORSA und die daraus abgeleiteten Maßnahmen zeitnah Berücksichtigung in der ggf. anzupassenden Geschäfts- und Risikostrategie finden, deren Überprüfung im zweiten Halbjahr eines Geschäftsjahres durchgeführt wird.

Wesentliche Änderungen des Risikoprofils einzelner Versicherungsunternehmen oder der Debeka-Gruppe führen zur zusätzlichen Durchführung eines Ad-hoc-ORSA für das entsprechende Versicherungsunternehmen oder die Debeka-Gruppe. Ablauf und Anforderungen stimmen dabei grundsätzlich mit denen des regelmäßigen ORSA überein. Ausgelöst werden kann ein Ad-hoc-ORSA typischerweise sowohl durch unternehmerische Entscheidungen als auch durch externe Faktoren, die möglicherweise Einfluss auf Umfang oder Bewertung der Risiken haben.

Der ORSA-Prozess der Debeka-Gruppe orientiert sich an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben zur Durchführung des ORSA. Ausgehend von einer grundlegenden Analyse der Risiken des jeweiligen Versicherungsunternehmens wird auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie bestimmt, welche Risiken aus Sicht des Unternehmens mit Eigenmitteln zu hinterlegen sind und welche Risiken durch geeignete Maßnahmen oder Kontrollen gesteuert werden sollen. Unter Berücksichtigung der ggf. von der Bewertung nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben abweichenden tatsächlichen Risikosituation ergibt sich der GSB, d. h. derjenige Betrag an Eigenmitteln, der aus Sicht des Unternehmens zur adäquaten Absicherung seiner Risiken mindestens vorgehalten werden sollte. Der GSB und seine Bedeckung durch entsprechende anrechnungsfähige Eigenmittel werden nicht nur stichtagsbezogen ermittelt, sondern für verschiedene Szenarien auch über den Geschäftsplanungszeitraum in die Zukunft projiziert. Gleiches gilt für die – im Vergleich zum GSB tendenziell nach engeren Vorgaben zu ermittelnden – aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen, um sicherzustellen, dass deren Einhaltung jederzeit gewährleistet ist.

Auch wenn lediglich Unterdeckungen des SCR oder des MCR unmittelbare aufsichtsrechtliche Konsequenzen haben, analysieren die Debeka-Versicherungsunternehmen und die Debeka-Gruppe die Ergebnisse eines jeden ORSA genau. Sie leiten daraus, sofern es sinnvoll bzw. erforderlich erscheint, ein vom Vorstand zu verabschiedendes Gesamtmaßnahmenpaket ab. Die Ziele eines solchen Maßnahmenpakets, das auch mögliche adverse zukünftige Entwicklungen berücksichtigt, liegen typischerweise in der Reduzierung von Risiken, der Verbesserung der Eigenmittelausstattung sowie der Optimierung von Geschäftsprozessen. Für die Prüfung und Umsetzung derartiger Maßnahmen sind die jeweils zuständigen Fachbereiche in Abstimmung mit der Risikomanagementfunktion außerhalb des ORSA verantwortlich. Mit besonderem Blick auf die Kapitalanlagestrategie erfolgt die Interaktion zwischen Anlagemanagement- und Risikomanagementaktivitäten in diesem Zusammenhang über das ALM-Komitee.

Darüber hinaus fließen die Prognoseergebnisse hinsichtlich der SCR- bzw. GSB-Bedeckung in die Geschäfts- und Risikostrategie ein, da auf ihrer Grundlage die Risikotoleranz festgelegt wird. Dabei handelt es sich um denjenigen Betrag an Eigenmitteln, der zusätzlich zu den mindestens vorzuhaltenden Eigenmitteln als Puffer verwendet werden soll, um die jederzeitige Bedeckung von SCR bzw. GSB sicherzustellen.

B.4 Internes Kontrollsystem

B.4.1 Beschreibung des internen Kontrollsystems

Das interne Kontrollsystem der Debeka-Versicherungsunternehmen beinhaltet die verbindlichen Vorgaben für die Aufbau- und Ablauforganisation zur Etablierung eines adäquaten Kontrollumfelds innerhalb der Geschäftsorganisation sowie zur operativen Umsetzung des Risikomanagements. Grundlage für ein funktionierendes internes Kontrollsystem sind Regelungen der betrieblichen Abläufe (Prozesse) sowie eine Aufbauorganisation, durch die Zuständigkeiten eindeutig zugewiesen und beschrieben werden.

Das interne Kontrollsystem schafft somit die Voraussetzung dafür, die Risiken des betrieblichen Handelns auf ein vom Unternehmen tolerierbares Niveau begrenzen zu können. Es dient vor allem dazu, die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen und sicherzustellen, dass alle relevanten Gesetze, aufsichtsrechtlichen Anforderungen und internen Vorgaben auch tatsächlich eingehalten werden.

Die für das interne Kontrollsystem relevanten Vorgaben werden in der Leitlinie Internes Kontrollsystem geregelt. Diese beinhaltet im Einzelnen die folgenden Themen:

- Regelungen für die Festlegung der Aufbau- und Ablauforganisation (Verantwortlichkeiten, Information und Kommunikation, Überwachung und Prüfung, Steuerung, Melderegungen)
- Regelungen für die zugehörigen Kontrollen (internes Kontrollumfeld, Anforderungen, Kontrollarten)
- Anforderungen an die zugehörige Dokumentation (allgemeine Vorgaben, Prozessdokumentation)

B.4.2 Beschreibung der Compliance-Funktion

Ziel von Compliance und damit der Compliance-Funktion der Debeka-Versicherungsunternehmen ist es, die Einhaltung der externen Anforderungen und der hieraus abgeleiteten eigenen internen Vorgaben durch organisatorische Maßnahmen sicherzustellen.

Die Compliance-Funktion ist für alle Versicherungsunternehmen der Debeka-Gruppe zuständig. Die Debeka Allgemeine Versicherung (inkl. Debeka Rechtsschutz-Schadenabwicklung) hat die Compliance-Funktion im Rahmen eines Funktionsausgliederungsvertrags auf die Debeka Krankenversicherung übertragen. Im Berichtszeitraum ist Thomas Brahm für die Allgemeine Versicherung als Ausgliederungsbeauftragter bestellt.

Die Compliance-Funktion ist ihm unmittelbar zugeordnet und gegenüber dem Vorstand des jeweiligen Versicherungsunternehmens berichtspflichtig. Die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Compliance-Funktion obliegt dem Vorstand des jeweiligen Versicherungsunternehmens.

Die Compliance-Funktion besteht organisatorisch aus der Hauptabteilung Compliance sowie den in den Unternehmen verankerten Compliance-Teilfunktionen und Ansprechpartnern. Der Compliance-Funktion steht die Compliance-Beauftragte vor, die zudem Leiterin der Hauptabteilung Compliance ist.

Die Hauptabteilung Compliance ist mit den Referaten Grundsatz und Operatives als Koordinationsinstanz für die Entwicklung und Umsetzung des Compliance-Management-Systems der Debeka-Versicherungsunternehmen verantwortlich. Sie nimmt darüber hinaus Compliance-Aufgaben wahr, die nicht in die Zuständigkeit anderer Compliance-Teilfunktionen bzw. weiterer Organisationseinheiten fallen. Der Hauptabteilung Compliance ist ferner die Organisationseinheit Konzerndatenschutz zugeordnet. Der Konzerndatenschutzbeauftragte ist fachlich unabhängig und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Zu den Compliance-Teilfunktionen gehören die Verantwortlichen für den Datenschutz, die Geldwäschebekämpfung, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, Finanzsanktionen/Embargo und die IT-Compliance sowie die Fachkraft für Arbeitssicherheit. Diese Teilfunktionen nehmen ihre Aufgaben auch als gesetzlich geforderte Beauftragte (z. B. für Geldwäsche) in den Debeka-Versicherungsunternehmen wahr.

Sie sind untereinander gleichgestellt und in ihrem speziellen Themenbereich eigenständig und unabhängig für die Erfüllung der ihnen zugeordneten Aufgaben der Compliance-Funktion zuständig. Vervollständigt wird die Compliance-Funktion durch die Ansprechpartner in den Grundsatzabteilungen der Hauptverwaltung und die Verwaltungsleiter in den Landesgeschäftsstellen.

Die Compliance-Beauftragte steht organisatorisch der Compliance-Funktion vor und verantwortet die übergreifenden Compliance-Fragestellungen sowie die Ausgestaltung des Compliance-Management-Systems. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt. Die Compliance-Beauftragte und die Teilfunktionsträger sind verantwortlich für die ordnungsgemäße Erfüllung der in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Aufgaben.

Die Compliance-Funktion hat vollständige und uneingeschränkte Informations-, Auskunfts- und Einsichtsrechte für Themen, die im Zusammenhang mit den in Abschnitt B.1.2.3 skizzierten Aufgaben stehen.

Der jeweils zuständige Vorstand stellt sicher, dass die Ressourcen der Compliance-Funktion sowohl angemessen und ausreichend sind als auch wirksam eingesetzt werden, um die Funktionsfähigkeit der Compliance-Funktion zu gewährleisten. Die Personal- und Sachausstattung der Compliance-Funktion orientiert sich qualitativ wie quantitativ an den Erfordernissen der zu erledigenden Aufgaben sowie der Geschäftstätigkeit des jeweiligen Unternehmens. Ressourcenbeschränkungen sowie deren mögliche Auswirkungen werden dem für die Compliance-Funktion zuständigen Vorstandsmitglied Thomas Brahm gemeldet.

B.5 Funktion der internen Revision

B.5.1 Die Schlüsselfunktionen Revision innerhalb der Debeka-Gruppe

Die Hauptabteilung Konzernrevision übernimmt die Aufgaben der internen Revision (Revisionsfunktion) für alle Debeka-Versicherungsunternehmen sowie die Debeka-Gruppe. Alle Revisionen der Debeka-Gruppe werden zusammenfassend als „Schlüsselfunktionen Revision“ bezeichnet.

Die Hauptabteilung Konzernrevision wird zu gleichen Teilen durch die Debeka Krankenversicherung und die Debeka Lebensversicherung betrieben. Die Debeka Allgemeine Versicherung, die Debeka Zusatzversorgungskasse sowie die Debeka Pensionskasse haben die Revisionsfunktion im Rahmen von Ausgliederungsverträgen auf die Hauptabteilung Konzernrevision übertragen. Zwischen den betroffenen Unternehmen wurden dazu entsprechende vertragliche Regelungen getroffen. Thomas Brahm ist für alle genannten Versicherungsunternehmen als Revisions- bzw. Ausgliederungsbeauftragter bestellt.

Die Hauptabteilung Konzernrevision ist ihm als Vorsitzendem der Vorstände der Debeka-Versicherungsunternehmen unmittelbar unterstellt und gegenüber dem Vorstand des jeweiligen Versicherungsunternehmens berichtspflichtig. Die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Schlüsselfunktionen Revision obliegt sämtlichen Vorständen der Debeka-Versicherungsunternehmen.

Die Schlüsselfunktionen Revision der Debeka-Versicherungsunternehmen sind in der Hauptabteilung Konzernrevision mit den Abteilungen Grundsatz, Spezialthemen, Versicherungsunternehmen und Querschnitt zentral organisiert. Ihnen ist zudem die Abteilung Fraud zugeordnet, die im Rahmen von Sonderprüfungen für die Aufklärung von Verdachtsfällen auf Fraud von Mitarbeitern der Debeka-Gruppe zuständig ist.

Den Schlüsselfunktionen Revision steht der Leiter der Hauptabteilung Konzernrevision als für die Schlüsselfunktionen intern verantwortliche Person vor. Er ist für die ordnungsgemäße Umsetzung der in Kapitel B.1.2.1 beschriebenen und von den Schlüsselfunktionen Revision zu erfüllenden Aufgaben verantwortlich.

Als Schlüsselfunktionen der Debeka-Versicherungsunternehmen und der Debeka-Gruppe erbringen die Schlüsselfunktionen Revision unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, die darauf ausgerichtet sind, die Unternehmen bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen und ihre Geschäftsprozesse zu verbessern.

Die Prüfungstätigkeiten zielen dabei insgesamt auf die Beurteilung der Wirksamkeit und der Angemessenheit der Geschäftsorganisation ab und orientieren sich an Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftstätigkeit des jeweiligen Unternehmens sowie des jeweiligen Prüfungsgegenstands. Die Einhaltung der Prüfungsaufgaben (gemäß Prüfungsplan) hat Vorrang vor den Beratungstätigkeiten. Die Beratungstätigkeiten von Vorstand und Fachbereichen können nur dann durchgeführt werden, wenn gewährleistet ist, dass dabei die Unabhängigkeit und Objektivität der Schlüsselfunktionen Revision gewahrt bleiben.

Die Mitarbeiter der Schlüsselfunktionen Revision nehmen nur Aufgaben wahr, die im Einklang mit ihrer Prüf- und Beratungstätigkeit stehen. Sie werden nicht mit Aufgaben betraut, die außerhalb ihrer Revisions-tätigkeit liegen (Funktionstrennung).

Die Schlüsselfunktionen Revision haben vollständige und uneingeschränkte Informations-, Auskunfts- und Einsichtsrechte für die Wahrnehmung ihrer bereits in Abschnitt B.1.2.1 skizzierten und in der Leitlinie der Schlüsselfunktionen Revision konkretisierten Aufgaben. Die Schlüsselfunktionen Revision sind verpflichtet, alle ihnen zufließenden Informationen ausschließlich für Revisionszwecke bzw. für ihre Berichtspflichten gegenüber den Vorstandsmitgliedern zu verwenden. Insoweit müssen die Schlüsselfunktionen Revision die Vertraulichkeit im Umgang mit Informationen in besonderer Weise gewährleisten. Auf die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten wird geachtet.

Die für die Schlüsselfunktionen Revision intern verantwortliche Person stellt sicher, dass die Ressourcen der Schlüsselfunktionen Revision sowohl angemessen und ausreichend sind als auch wirksam eingesetzt werden, um die Prüfungsplanung erfüllen zu können. Die Personal- und Sachausstattung der Schlüsselfunktionen Revision orientiert sich qualitativ wie quantitativ an den Erfordernissen der zu erledigenden Aufgaben sowie den Geschäftstätigkeiten der einzelnen Debeka-Versicherungsunternehmen. Ressourcenbeschränkungen sowie deren mögliche Auswirkungen werden dem für die Schlüsselfunktionen Revision zuständigen Vorstandsmitglied sowie dem jeweiligen Aufsichtsrat gemeldet.

Regelungen zur Erbringung der unabhängigen und objektiven Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen sind in der Leitlinie der Schlüsselfunktionen Revision festgelegt. Die Leitlinie gilt gleichermaßen für alle Schlüsselfunktionen Revision und internen Revisionen der Unternehmen der Debeka-Gruppe und ist auf Grundlage der geltenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen (u. a. §§ 30 und 275 VAG) aufgestellt.

Die für die Schlüsselfunktionen Revision intern verantwortliche Person ist Mitglied der Kommission Interne Revision des GDV. Darüber hinaus nehmen diese Person und andere Mitarbeiter der Schlüsselfunktionen Revision regelmäßig an verschiedenen Arbeitskreisen (z. B. des Deutschen Instituts der Internen Revision) sowie internen und externen Weiterbildungsmaßnahmen teil.

B.5.2 Sicherstellung der Objektivität und Unabhängigkeit der Schlüsselfunktionen Revision

In der Leitlinie der Schlüsselfunktionen Revision ist verankert, dass die Schlüsselfunktionen Revision bei der Durchführung ihrer Aufgaben unabhängig und objektiv vorgehen müssen. Unabhängigkeit bedeutet, dass keine Umstände vorliegen dürfen, welche die Fähigkeit der Prüfer beeinträchtigen, ihre Aufgaben für die Schlüsselfunktionen Revision unbeeinflusst wahrzunehmen. Die organisatorische Unabhängigkeit wird gewährleistet, indem die Schlüsselfunktionen Revision dem Vorsitzenden der Vorstände der Debeka-Versicherungsunternehmen unterstellt sind. Die für die Schlüsselfunktionen Revision intern verantwortliche Person ist für die persönliche Objektivität der Prüfer verantwortlich. Die Aufgabenzuteilung wird ebenfalls von ihr in der Art und Weise vorgenommen, dass mögliche und tatsächliche Interessenkonflikte und Voreingenommenheiten vermieden werden.

Bei der Prüfungsplanung und -durchführung, der Berichterstattung und der Wertung der Prüfungsergebnisse sind die Schlüsselfunktionen Revision keinen Weisungen unterworfen. Über das Prinzip der Funktionstrennung wird die Objektivität der Mitarbeiter sichergestellt. Sollte die für die Schlüsselfunktionen Revision intern verantwortliche Person eine Beeinträchtigung der Objektivität feststellen, würden den betroffenen Personen andere Aufgaben zugeteilt.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die Debeka Krankenversicherung, die Debeka Lebensversicherung, die Debeka Allgemeine Versicherung sowie die Debeka-Gruppe verfügen jeweils über eine eigene versicherungsmathematische Funktion gemäß § 31 VAG. Die Debeka Allgemeine Versicherung hat die Funktion im Rahmen eines Ausgliederungsvertrags auf die Debeka Krankenversicherung übertragen. Zwischen den betroffenen Unternehmen wurden dazu entsprechende vertragliche Regelungen getroffen. Thomas Brahm ist für die Debeka Allgemeine Versicherung als Ausgliederungsbeauftragter bestellt.

Die versicherungsmathematischen Funktionen der Debeka Krankenversicherung, der Debeka Lebensversicherung, der Debeka Allgemeinen Versicherung sowie der Debeka-Gruppe sind den Vorständen der Debeka-Versicherungsunternehmen unmittelbar unterstellt und ihnen gegenüber berichtspflichtig. Die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der versicherungsmathematischen Funktion obliegt dem gesamten Vorstand des jeweiligen Versicherungsunternehmens.

Die versicherungsmathematischen Funktionen der Debeka Krankenversicherung, der Debeka Lebensversicherung, der Debeka Allgemeinen Versicherung sowie der Debeka-Gruppe sind in der Hauptabteilung Aktuarielle Funktion mit den Abteilungen Kranken, Leben, Allgemeine und Finanzmathematik zentral organisiert. Von hier aus erfolgen die Koordination und überwiegend auch die Durchführung der von der versicherungsmathematischen Funktion zu erfüllenden Aufgaben.

Den versicherungsmathematischen Funktionen der Debeka Krankenversicherung, der Debeka Lebensversicherung, der Debeka Allgemeinen Versicherung sowie der Debeka-Gruppe steht der Leiter der Hauptabteilung Aktuarielle Funktion als für diese Schlüsselfunktion intern verantwortliche Person vor. Er ist für die ordnungsgemäße Umsetzung der in Kapitel B.1.2.4 beschriebenen und von den versicherungsmathematischen Funktionen zu erfüllenden Aufgaben verantwortlich.

Durch die vorgenannte zentralisierte Organisation in der Hauptabteilung Aktuarielle Funktion werden die Aufgaben der versicherungsmathematischen Funktion der Debeka Krankenversicherung, der Debeka Lebensversicherung, der Debeka Allgemeinen Versicherung sowie der Debeka-Gruppe zur Vermeidung potenzieller Interessenkonflikte von den operativen Aufgaben der Aktuarie bzw. der ersten Verteidigungslinie getrennt. Zusätzlich ist die personelle Trennung der für die versicherungsmathematischen Funktionen tätigen Mitarbeiter und der jeweiligen verantwortlichen Aktuarie sichergestellt.

Die versicherungsmathematischen Funktionen der Debeka Krankenversicherung, der Debeka Lebensversicherung, der Debeka Allgemeinen Versicherung sowie der Debeka-Gruppe haben vollständige und uneingeschränkte Informations-, Auskunfts- und Einsichtsrechte für Themen, die in Zusammenhang mit den bereits in Abschnitt B.1.2.4 skizzierten und in der Leitlinie der Schlüsselfunktionen versicherungsmathematische Funktion konkretisierten Aufgaben der versicherungsmathematischen Funktionen stehen.

Die für die versicherungsmathematischen Funktionen der Debeka Krankenversicherung, der Debeka Lebensversicherung, der Debeka Allgemeinen Versicherung sowie der Debeka-Gruppe intern verantwortliche Person stellt sicher, dass die Ressourcen der versicherungsmathematischen Funktionen sowohl angemessen und ausreichend sind als auch wirksam eingesetzt werden, um die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen zu können. Die Personal- und Sachausstattung der versicherungsmathematischen Funktionen orientiert sich qualitativ wie quantitativ an den Erfordernissen der zu erledigenden Aufgaben sowie der Geschäftstätigkeit des jeweiligen Unternehmens. Ressourcenbeschränkungen sowie deren mögliche Auswirkungen werden dem für die versicherungsmathematischen Funktionen zuständigen Vorstandsmitglied Dr. Normann Pankratz gemeldet.

Die für die versicherungsmathematischen Funktionen der Debeka Krankenversicherung, der Debeka Lebensversicherung, der Debeka Allgemeinen Versicherung sowie der Debeka-Gruppe intern verantwortliche Person sowie weitere Mitarbeiter der versicherungsmathematischen Funktionen sind Mitglieder der DAV und dort sowie beim GDV in verschiedenen Ausschüssen bzw. Arbeitsgruppen tätig. Darüber hinaus nehmen Mitarbeiter der versicherungsmathematischen Funktionen regelmäßig an internen sowie externen Weiterbildungsmaßnahmen teil.

B.7 Outsourcing

Unter Outsourcing (bzw. Ausgliederung) versteht man eine Vereinbarung jeglicher Form zwischen einem Versicherungsunternehmen und einem Dienstleister, aufgrund derer der Dienstleister direkt oder durch weitere Ausgliederung (sogenannte Subdelegation) eine Funktion oder Versicherungstätigkeit erbringt, die ansonsten von dem Versicherungsunternehmen selbst erbracht werden würde.

Die Ausgliederungspolitik der Debeka-Versicherungsunternehmen basiert auf dem Unternehmensziel „Bestmögliche Leistungen für unsere Mitglieder und Kunden“. Hierbei wird nicht nur sichergestellt, dass die zu berücksichtigenden gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen eingehalten werden, sondern auch, dass die Interessen der Versicherungsnehmer gewahrt bleiben.

Die Ausgliederungspolitik der Debeka-Versicherungsunternehmen (nebst Ausgliederungsprozess) wird durch eine Ausgliederungsleitlinie definiert und beschrieben.

Liegt eine Ausgliederung im aufsichtsrechtlichen Sinne vor, nehmen die Debeka-Versicherungsunternehmen eine Klassifizierung des Ausgliederungsvorhabens zur Beurteilung seiner Wichtigkeit vor. Daran angelehnt gestaltet sich der Ausgliederungsprozess, der insgesamt aus vier Phasen besteht:

- Prüfungs- und Auswahlphase
- Verhandlung, Vertragsgestaltung und Vertragsabschluss
- laufender Vertrag
- Beendigung und Abwicklung der Ausgliederung

Die Debeka Allgemeine Versicherung hat keine eigenen Mitarbeiter. Daher sind alle Schlüsselfunktionen und Versicherungstätigkeiten – mit Ausnahme der Leistungsbearbeitung in der Rechtsschutzversicherung – auf die Debeka Krankenversicherung ausgegliedert. Die Leistungsbearbeitung in der Rechtsschutzversicherung ist auf die Debeka Rechtsschutz-Schadenabwicklung ausgegliedert.

Der Rechtsraum der Dienstleister ist Deutschland.

B.8 Sonstige Angaben

B.8.1 Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems

Die Geschäftsorganisation der Debeka-Versicherungsunternehmen unterliegt zahlreichen regelmäßigen Überprüfungen, die sich sowohl auf der ersten Verteidigungslinie (u. a. im Rahmen der Qualitätssicherung) als auch auf der zweiten und dritten Verteidigungslinie (im Rahmen der Überwachungs- und Überprüfungs-aufgaben der Schlüsselfunktionen) vollziehen. Die Ergebnisse werden den Vorständen der Debeka-Versicherungsunternehmen berichtet. Die Vorstände erhalten auf diese Weise kontinuierliche Informationen über die Geschäftsorganisation sowie deren Funktionsfähigkeit und Angemessenheit.

Über diesen fortlaufenden Überprüfungs- und Berichtsfluss hinaus besteht ein strukturierter Prozess zur regelmäßigen internen Überprüfung der Geschäftsorganisation. Hierzu wurden die wesentlichen Elemente des Governance-Systems festgelegt. Der Prozess wird jährlich durchgeführt und endet mit der Beschlussfassung sowie der Festlegung ggf. einzuleitender Maßnahmen. Die jährliche Überprüfung erfolgt als Schwerpunktprüfung einzelner Elemente nach einem Mehrjahresprüfplan. Dabei werden die Elemente nach den Kriterien Angemessenheit, Ordnungsmäßigkeit und Wirksamkeit unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie bewertet. Die Überprüfung aller Elemente des Mehrjahresprüfplans erfolgt über einen Zeitraum von fünf Jahren.

Die Schwerpunkte der Überprüfung der Geschäftsorganisation der Debeka Versicherungsunternehmen im Berichtsjahr 2019 waren das interne Kontrollsystem gemäß § 29 VAG sowie das Thema Ausgliederung gemäß § 32 VAG.

Die Geschäftsorganisation mit Blick auf das zugrunde liegende Risikoprofil sowie die Geschäfts- und Risikostrategie ist insgesamt angemessen ausgestaltet.

Bestätigt wird das Ergebnis durch die im Berichtsjahr 2019 durchgeführte Schwerpunktprüfung der beiden oben genannten Elemente des Governance-Systems. Hierfür sprechen folgende Gründe:

- internes Kontrollsystem: Das interne Kontrollsystem bildet den Rahmen zur angemessenen Ausgestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation. Die Leitlinie „Internes Kontrollsystem“ gibt die Ausgestaltung sowie die dazugehörigen Kontrollen vor. Die Vorgaben werden im Wesentlichen umgesetzt. Sofern Verbesserungsbedarf festgestellt wurde, sind Umsetzungsmaßnahmen veranlasst.
- Ausgliederung: Die Anforderungen an Ausgliederungen sind in der Leitlinie Ausgliederung umfassend und strukturiert beschrieben. Die Vorgaben sind an alle Bereiche des Unternehmens kommuniziert und werden im Wesentlichen umgesetzt. Sofern Verbesserungsbedarf festgestellt wurde, sind Umsetzungsmaßnahmen veranlasst.

B.8.2 Beschwerdemanagementfunktion

Neben den Schlüsselfunktionen der Debeka-Versicherungsunternehmen und der Debeka-Gruppe ist durch die Beschwerdemanagementfunktion innerhalb der Debeka Krankenversicherung, der Debeka Lebensversicherung und der Debeka Allgemeinen Versicherung ein adäquates Beschwerdemanagement implementiert. Ziel dieser Funktion ist es, aufbauend auf der Beschwerdeanalyse die Qualität der Produkte und des Service ständig weiterzuentwickeln, um dadurch sowohl die Betreuung der Mitglieder als auch interne Arbeitsabläufe zu optimieren. Hauptverantwortlich für die Umsetzung des Beschwerdemanagements ist der Beschwerdemanagementbeauftragte.

Der Beschwerdemanagementbeauftragte bildet gemeinsam mit den Verantwortlichen für die Beschwerdebearbeitung die Beschwerdemanagementfunktion. Die Verantwortlichen für die Beschwerdebearbeitung achten darauf, dass die Regelungen zur Beschwerdebearbeitung, die im Fachbuch Beschwerdebearbeitung und Beschwerdemanagement beschrieben sind, in ihren Zuständigkeitsbereichen eingehalten werden. Die Mitglieder der Beschwerdemanagementfunktion tauschen sich in regelmäßigen Abständen – bei Bedarf auch ad hoc – über die Beschwerdebearbeitung, Beschwerdeanalyse und eventuell ergriffene Maßnahmen aus. Darüber hinaus müssen Beschwerden mit umfangreichen Auswirkungen zeitnah, vollständig und ordnungsgemäß an den Beschwerdemanagementbeauftragten gemeldet werden. Sofern erforderlich, informiert dieser in solchen Fällen die Schlüsselfunktionen und berichtet dem Vorstand. Zuständig für die Beschwerdemanagementfunktion ist Thomas Brahm. Er ist jedoch nicht Teil der Funktion.

Die Debeka Bausparkasse verfügt über ein eigenes Beschwerdemanagement. Die konkreten Regelungen für dieses Beschwerdemanagement werden hier im Rahmen der Ablauforganisation in Form von Prozessen festgelegt.



C | Risikoprofil

C Risikoprofil

Das Risikoprofil gibt einen Überblick über die Risikoexposition der Debeka Allgemeinen Versicherung. Die Debeka Allgemeine Versicherung verwendet wie bereits im vorangegangenen Berichtszeitraum die Solvency-II-Standardformel (im Folgenden vereinfacht mit Standardformel bezeichnet) zur Bewertung der quantifizierbaren Risiken, die in den folgenden Abschnitten dargestellt werden. Die Solvabilitätskapitalanforderung gemäß Standardformel folgt einem modularen Aufbau. Ähnlich geartete Risiken sind dabei zu sogenannten Risikomodulen zusammengefasst.

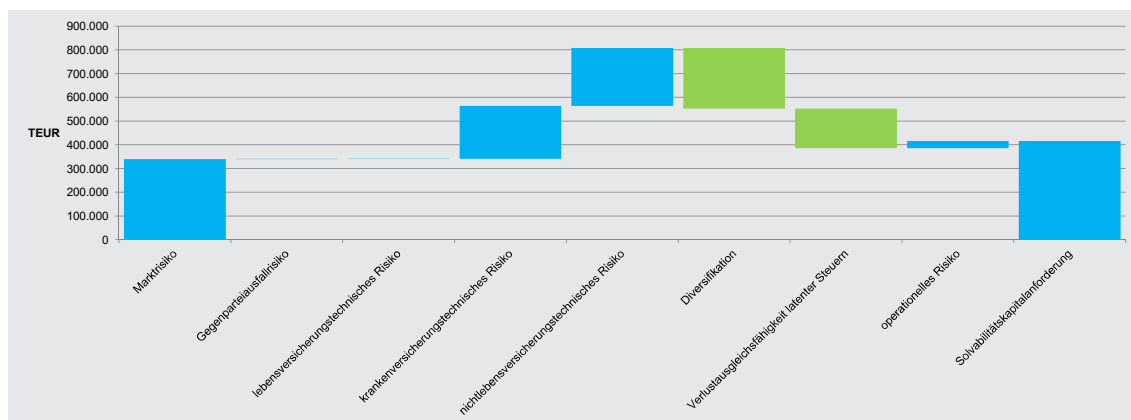
Im Rahmen des ORSA wird regelmäßig die Abweichung des Risikoprofils der Debeka Allgemeinen Versicherung von den Annahmen, die der Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung mit der Standardformel zugrunde liegen, untersucht. Dabei wurde die Verwendung der Standardformel zur Bewertung der quantifizierbaren Risiken der Debeka Allgemeinen Versicherung als angemessen beurteilt. Insbesondere wurden auch keine quantifizierbaren Risiken für die Debeka Allgemeine Versicherung identifiziert, die in der Standardformel nicht (explizit) erfasst sind. Mit dem strategischen Risiko sowie dem Reputationsrisiko wurden hingegen zwei weitere Risiken identifiziert, die als wesentlich eingestuft werden. Diese beiden Risiken sind nicht zuverlässig quantifizierbar und werden bei der Debeka Allgemeinen Versicherung über geeignete Maßnahmen überwacht und gesteuert. Aus diesen Gründen liegen der vorliegenden Darstellung des Risikoprofils der Debeka Allgemeinen Versicherung die Solvabilitätskapitalanforderungen gemäß Standardformel zugrunde. Zusätzlich werden regelmäßig verschiedene Sensitivitäts- und Szenarioanalysen durchgeführt, um die Risikoexposition der Debeka Allgemeinen Versicherung weiter zu analysieren und eine zusätzliche Transparenz über die Risiken zu schaffen. In den folgenden Ausführungen zu den einzelnen Risiken werden die wesentlichen Erkenntnisse aus den Sensitivitätsanalysen dargestellt und darüber hinaus die Ergebnisse in Kapitel C.7 nochmal in einer Tabelle zusammengefasst.

Es ergibt sich für die Debeka Allgemeine Versicherung keine Risikoexposition aufgrund außerbilanzieller Positionen oder der Risikoübertragung auf Zweckgesellschaften. Ebenfalls besteht kein Risiko bzgl. immaterieller Vermögenswerte, da die Debeka Allgemeine Versicherung am Stichtag einen Wert von null für immaterielle Vermögenswerte in der Solvabilitätsübersicht ansetzt.

Wie in Kapitel A.1.3 erläutert, hat die Debeka Allgemeine Versicherung zum 31. Dezember 2019 sowohl Lebens- als auch Nichtlebensversicherungsverpflichtungen mit zugrunde liegenden lebens- und nichtlebensversicherungstechnischen Risiken im Bestand. Gemäß Art. 144 DVO sind die Geschäftsbereiche 2 (Berufsunfähigkeitsversicherung) bzw. 33 (Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen) allerdings als krankenversicherungstechnische Risiken aus Nichtlebens- bzw. aus Lebensversicherungsverpflichtungen zu klassifizieren. Dementsprechend weist das Risikoprofil der Debeka Allgemeinen Versicherung sowohl nichtlebens-, lebens- als auch krankenversicherungstechnische Risiken auf. Neben den versicherungstechnischen Risiken enthält das Risikoprofil noch das Markt-, das Gegenparteiausfall- und das Reputationsrisiko sowie das operationelle und das strategische Risiko.

Die folgende Abbildung veranschaulicht das Risikoprofil der Debeka Allgemeinen Versicherung zum 31. Dezember 2019, indem es jedem Risikomodul der Standardformel die sich aus ihm ergebende Solvabilitätskapitalanforderung zuweist. Die nicht mit Eigenmitteln zu hinterlegenden, nicht zuverlässig quantifizierbaren Risiken sind von dieser Darstellung ausgenommen. Die Abbildung zeigt deutlich die Risikoexposition der Debeka Allgemeinen Versicherung gegenüber dem Marktrisiko, dem nichtlebensversicherungstechnischen und dem krankenversicherungstechnischen Risiko. Das Marktrisiko wird aufgrund der Kapitalanlageallokation vom Zinsänderungs- und vom Spreadrisiko dominiert. Die Bedeutung des Marktrisikos auch im Vergleich zu den versicherungstechnischen Risiken resultiert aus der sehr starken Eigenmittelausstattung. Innerhalb des nichtlebensversicherungstechnischen Risikos zählen das Prämien- und Reserverisiko sowie das Katastrophenrisiko zu den wesentlichen Risiken. Dabei wird das Katastrophenrisiko wiederum vom Naturkatastrophenrisiko dominiert. Das wesentliche Risiko innerhalb des krankenversicherungstechnischen Risikos ist das krankenversicherungstechnische Risiko aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen, welches wiederum vom Prämien- und Reserverisiko dominiert wird.

Das lebensversicherungstechnische Risiko, das Gegenparteausfallrisiko und das operationelle Risiko sind von untergeordneter Bedeutung. In den folgenden Abschnitten werden weitere Angaben zu den einzelnen Risikomodulen sowie deren Zusammensetzung angeführt.



In der Abbildung sind die Diversifikationseffekte innerhalb der einzelnen Risikomodule bereits berücksichtigt. Die Diversifikation zwischen den Risikomodulen ist hingegen gesondert ausgewiesen. Eine Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen ist nicht vorhanden. Zum 31. Dezember 2019 beläuft sich die Solvabilitätskapitalanforderung nach Diversifikation und nach Berücksichtigung der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern auf einen Betrag von 416.304 Tausend Euro. Dabei sind ein Diversifikationseffekt zwischen den Risikomodulen von 255.898 Tausend Euro und eine Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern i. H. v. 166.010 Tausend Euro berücksichtigt.

Im Folgenden werden detailliertere Ausführungen zur Exposition der Debeka Allgemeinen Versicherung gegenüber den einzelnen Risikomodulen sowie deren Zusammensetzung angeführt. In diesen Ausführungen wird ebenfalls auf etwaige wesentliche Änderungen im Geschäftsjahr 2019 eingegangen, sofern sich wesentliche Änderungen der Risikoexposition ergeben haben. Darüber hinaus wird für einen quantitativen Vergleich der Solvabilitätskapitalanforderungen mit den Werten zum 31. Dezember 2018 – aufgeschlüsselt nach den einzelnen Risikomodulen – auf die Ausführungen in Kapitel E.2.1 verwiesen.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Die Übernahme von versicherungstechnischen Risiken ist Kerngeschäft der Debeka Allgemeinen Versicherung. Das Risiko wird gegen Zahlung einer Versicherungsprämie übernommen, die unter bestimmten Erwartungen an die versicherten Schäden kalkuliert wird. Des Weiteren werden versicherungstechnische Rückstellungen gebildet, die auf Annahmen bzgl. der zu erwartenden zukünftigen Schadenzahlungen und Kosten basieren. Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht.

Dem versicherungstechnischen Risiko wird durch eine auskömmliche Tarifierung und die Bildung ausreichender Rückstellungen sowie die regelmäßige Kontrolle des Risikoverlaufs begegnet. Des Weiteren erfolgt zur Überwachung der Kostensituation, u. a. mit Blick auf die Verwaltungskostenquote, ein entsprechendes Kostencontrolling. Darüber hinaus legt die Debeka Allgemeine Versicherung in ihren Annahmerichtlinien fest, unter welchen Bedingungen – neben der Beitragshöhe – an sie herangetragene Risiken übernommen werden. Auf Basis dieser Annahmerichtlinien erfolgen bei Versicherungsanträgen eingehende Prüfungen, die dabei helfen, die Übernahme von Risiken zu steuern und eine Antiselektion zu vermeiden. Somit ist bereits bei der Angebotserstellung sowie der anschließenden Antragsprüfung gewährleistet, dass die Risikosituation des Bestands nicht durch die Aufnahme erhöhter Risiken verschlechtert wird und unerwünschte oder nicht versicherbare Risiken können bereits im Vorfeld erkannt und abgelehnt werden.

Darüber hinaus wird die Risikostruktur des Bestands kontinuierlich im Rahmen des dezentralen Risikomanagements dahingehend untersucht, ob Bestandsänderungen mit Änderungen des Risikoprofils der Debeka Allgemeinen Versicherung einhergehen. Als weitere Maßnahme zur Risikominderung hat die Debeka Allgemeine Versicherung Verträge mit mehreren Rückversicherungsgesellschaften abgeschlossen. Mithilfe dieser Rückversicherungsverträge werden die versicherungstechnischen Risiken (u. a. das nichtlebensversicherungstechnische Katastrophenrisiko) teilweise auf Rückversicherungsunternehmen übertragen. Wesentliches Ziel dieser passiven Rückversicherung ist es dabei, Risiken aufgrund von Großschäden oder Kumulschäden zu vermindern, die sich nennenswert auf das versicherungstechnische Ergebnis und damit auch auf das Gesamtgeschäftsergebnis der Debeka Allgemeinen Versicherung auswirken können. Die Rückversicherungspolitik der Debeka Allgemeinen Versicherung ist über eine Rückversicherungsleitlinie geregelt, die regelmäßig auf Angemessenheit überprüft und ggf. aktualisiert wird. Darüber hinaus wird die Wirksamkeit bzw. die Angemessenheit des Rückversicherungsprogramms, insbesondere auch bzgl. dem o. g. Ziel, jährlich von der versicherungsmathematischen Funktion der Debeka Allgemeinen Versicherung beurteilt. Dabei analysiert die versicherungsmathematische Funktion u. a. die risikomindernden Eigenschaften, indem die Auswirkungen der Rückversicherungsverträge auf die Solvabilitätskapitalanforderung, die anrechnungsfähigen Eigenmittel sowie die Bedeckungsquote untersucht werden. Für weitere Details zur Analyse der Wirksamkeit des Rückversicherungsprogramms, insbesondere im Hinblick auf die Minderung des nichtlebensversicherungstechnischen Katastrophenrisikos, wird auf Kapitel C.1.1.2 verwiesen. Weitere Übertragungen von versicherungstechnischen Risiken unter Nutzung von Finanzrückversicherungsverträgen oder Zweckgesellschaften erfolgen nicht.

Da, wie bereits beschrieben, die Übernahme des versicherungstechnischen Risikos zum Kerngeschäft der Debeka Allgemeinen Versicherung zählt, ist diese trotz der beschriebenen risikomindernden Maßnahmen gegenüber dem versicherungstechnischen Risiko exponiert.

Das Geschäftsgebiet der Debeka Allgemeinen Versicherung ist ausschließlich die Bundesrepublik Deutschland. Daher besteht eine geografische Risikokonzentration, die aber bewusst eingegangen wird und Teil des Geschäftsmodells der Debeka Allgemeinen Versicherung ist. Des Weiteren wird diese Risikokonzentration nicht als wesentlich eingeschätzt, da die Risiken im Bestand der Debeka Allgemeinen Versicherung innerhalb von Deutschland sehr breit gestreut und aufgrund der großen Produktpalette der Debeka Allgemeinen Versicherung von unterschiedlicher Art sind.

C.1.1 Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko

Das nichtlebensversicherungstechnische Risikomodul gibt das sich aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen ergebende Risiko in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts wieder. Das Risikomodul hat die Ungewissheit der Ergebnisse der Debeka Allgemeinen Versicherung im Hinblick auf die bestehenden Versicherungsverpflichtungen und auf das in den folgenden zwölf Monaten erwartete Neugeschäft zu berücksichtigen.

Das nichtlebensversicherungstechnische Risiko resultiert aus allen von der Debeka Allgemeinen Versicherung betriebenen Geschäftsbereichen der Nichtlebensversicherungsverpflichtungen mit Ausnahme des Geschäftsbereichs 2 (Berufsunfähigkeitsversicherung). Für detaillierte Angaben zu den Geschäftsbereichen der Debeka Allgemeinen Versicherung wird auf das Kapitel A.1.3 verwiesen.

Die Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für das nichtlebensversicherungstechnische Risiko zeigt deutlich die Risikoexposition der Debeka Allgemeinen Versicherung gegenüber diesem Risiko. Das nichtlebensversicherungstechnische Risiko wird wie im vorangegangenen Berichtszeitraum als wesentlich eingestuft. Dabei sind das Prämien- und Reserverisiko sowie das Katastrophenrisiko weiterhin die Hauptquellen des nichtlebensversicherungstechnischen Risikos. Das Stornorisiko ist von untergeordneter Bedeutung.

C.1.1.1 Prämien- und Reserverisiko

Das Prämien- und Reserverisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf die Dauer und den Betrag der Schadenabwicklung ergibt.

Das Prämienrisiko wird durch das ständige Bestands-Controlling bzw. eine risikogerechte und auskömmliche Tarifierung, Zeichnungs- und Annahmleitlinien sowie das Rückversicherungsprogramm überwacht bzw. gemindert. Zur Minderung des Reserverisikos werden ausreichende und angemessene Rückstellungen gebildet. Die Angemessenheit der Rückstellungen wird durch Aktuarien mittels verschiedener statistischer und versicherungsmathematischer Methoden analysiert und überwacht.

An der Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für das Prämien- und Reserverisiko ist die Risikoexposition der Debeka Allgemeinen Versicherung gegenüber diesem Risiko deutlich zu erkennen. Die Debeka Allgemeine Versicherung schätzt das Prämien- und Reserverisiko wie im vorangegangenen Berichtszeitraum als wesentliches Risiko ein. Eine wesentliche Veränderung der Risikoexposition im Berichtszeitraum wurde nicht festgestellt.

Unter Berücksichtigung des in Kapitel D.2.2.1 beschriebenen Grades an Unsicherheit in der Bewertung der besten Schätzwerte wurden verschiedene Sensitivitätsanalysen betrachtet. Die Sensitivitätsanalysen sollen zeigen, wie alternative beste Schätzwerte, die mehr oder weniger stark von den besten Schätzwerten der Solvabilitätsberechnung zum 31. Dezember 2019 abweichen, die Bedeckungsquote beeinflussen. Bei einem Anstieg aller schadenseitigen Zahlungsströme, die den besten Schätzwerten der Nichtlebensversicherungsverpflichtungen zugrunde liegen, um 15 % erhöht sich die Solvabilitätskapitalanforderung für das nichtlebensversicherungstechnische Prämien- und Reserverisiko gegenüber der Solvabilitätsberechnung zum 31. Dezember 2019 um 3,3 %. Bei der durchgeführten Sensitivitätsanalyse wurden alle Geschäftsbereiche der Nichtlebensversicherungsverpflichtungen, d. h. auch der Geschäftsbereich 2 (Berufsunfähigkeitsversicherung), der gegenüber dem krankenversicherungstechnischen Risiko aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen risikoexponiert ist, berücksichtigt. Die Auswirkungen auf das krankenversicherungstechnische Prämien- und Reserverisiko sind in Kapitel C.1.3.1 dargestellt. Die Bedeckungsquote der gesamten Solvabilitätskapitalanforderung reduziert sich von 402,0 % um 59,6 Prozentpunkte auf 342,4 %.

C.1.1.2 Nichtlebensversicherungstechnisches Katastrophenrisiko

Das nichtlebensversicherungstechnische Katastrophenrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Verbindlichkeiten, das sich aus einer wesentlichen Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen für extreme und außergewöhnliche Ereignisse ergibt.

Für die Debeka Allgemeine Versicherung relevante nichtlebensversicherungstechnische Katastrophenereignisse sind einerseits Naturgefahren wie Sturm, Hagel, Überschwemmung und Erdbeben, bei denen sehr viele Schäden in Summe zu einer hohen Schadenlast führen können, und andererseits durch Menschen verursachte Großschäden wie z. B. Großbrände durch Brandstiftung oder extreme Autounfälle.

Die Risikoexposition gegenüber dem nichtlebensversicherungstechnischen Katastrophenrisiko spiegelt sich in der Höhe der entsprechenden Solvabilitätskapitalanforderung wider. Die Debeka Allgemeine Versicherung schätzt das nichtlebensversicherungstechnische Katastrophenrisiko wie bereits im vorangegangenen Berichtszeitraum als wesentlich ein. Dabei ist das Naturkatastrophenrisiko weiterhin die Hauptrisikoquelle. Insbesondere eine geografische Konzentration in naturkatastrophengefährdeten Regionen oder eine zeitliche Konzentration von Naturkatastrophen kann zu einem hohen Schadenaufwand führen. Da der Bestand der Debeka Allgemeinen Versicherung allerdings geografisch gut diversifiziert ist, ist keine wesentliche Risikokonzentration vorhanden. Zudem transferiert die Debeka Allgemeine Versicherung zur Glättung der Geschäftsergebnisse das nichtlebensversicherungstechnische Katastrophenrisiko teilweise auf verschiedene Rückversicherungsgesellschaften, was zusätzlich zur Risikominderung beiträgt. Eine wesentliche Veränderung der Risikoexposition im Berichtszeitraum wurde nicht identifiziert.

Zur weiteren Analyse des nichtlebensversicherungstechnischen Katastrophenrisikos, insbesondere im Hinblick auf die Wirksamkeit des aktuellen Rückversicherungsprogramms, wurde u. a. eine hypothetische Bruttobetrachtung vorgenommen. Bei der hypothetischen Bruttobetrachtung wurde angenommen, dass der bestehende Rückversicherungsschutz für Anfalljahre bis einschließlich 2019 aufgelöst wird, indem sich die Rückversicherer von ihren Verpflichtungen gegenüber der Debeka Allgemeinen Versicherung durch eine Einmalzahlung in Höhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen bzgl. der Schaden- sowie bzgl. der Rentenrückstellungen „freikaufen“. Zudem wird angenommen, dass die Debeka Allgemeine Versicherung keinen Rückversicherungsschutz für zukünftige Anfalljahre einkauft. Die hypothetische Bruttobetrachtung zeigt, dass sich die Solvabilitätskapitalanforderung für das nichtlebensversicherungstechnische Katastrophenrisiko gegenüber der Solvabilitätsberechnung zum 31. Dezember 2019 um beachtliche 62,1 % erhöht und dass sich die Bedeckungsquote der gesamten Solvabilitätskapitalanforderung von 402,0 % um 49,3 Prozentpunkte auf 352,7 % reduziert. Aufgrund der Ergebnisse der hypothetischen Bruttobetrachtung, welche die Wirksamkeit des aktuellen Rückversicherungsprogramms bestätigt, bedarf es keiner wesentlichen Änderung im Hinblick auf das Rückversicherungsprogramm.

C.1.1.3 Stornorisiko

Das Stornorisiko in der Schaden- und Unfallversicherung bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno- und Kündigungsraten – auch gegenüber der aktuellen Erwartung – ergibt.

Die Debeka Allgemeine Versicherung legt großen Wert auf zufriedene Kunden. Die Zufriedenheit der Kunden der Debeka Allgemeinen Versicherung wird regelmäßig durch unabhängige Kundenbefragungen bestätigt. Um die Kundenzufriedenheit auch zukünftig sicherzustellen, werden die Leistungen und der Service kontinuierlich verbessert.

Die Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für das Stornorisiko ist gering. Die Debeka Allgemeine Versicherung schätzt es wie im vorangegangenen Berichtszeitraum als nicht wesentlich ein. Eine wesentliche Veränderung der Risikoexposition im Berichtszeitraum wurde nicht festgestellt. Es wurden auch keine Sensitivitäten bzgl. des Stornorisikos identifiziert, die zu einer signifikanten Änderung der Solvabilitätskapitalanforderung im Sinne von Art. 279 DVO führen.

C.1.2 Lebensversicherungstechnisches Risiko

Das lebensversicherungstechnische Risikomodul gibt das sich aus Lebensversicherungsverpflichtungen ergebende Risiko in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts wieder.

Das lebensversicherungstechnische Risiko der Debeka Allgemeinen Versicherung resultiert ausschließlich aus dem Geschäftsbereich 34 (Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen). Für detailliertere Informationen zu den Geschäftsbereichen der Debeka Allgemeinen Versicherung wird auf Kapitel A.1.3 verwiesen.

Die Lebensversicherungsverpflichtungen des Geschäftsbereichs 34 sind gegenüber dem Langlebigkeits-, dem Kosten- und dem Revisionsrisiko exponiert.

Der Bestand der Debeka Allgemeinen Versicherung an Lebensversicherungsverpflichtungen ist gering. Die geringe Relevanz des lebensversicherungstechnischen Risikos ist an der Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für dieses Risiko zu erkennen. Die Debeka Allgemeine Versicherung schätzt das aus Lebensversicherungsverpflichtungen resultierende Risiko wie im vorangegangenen Berichtszeitraum als nicht wesentlich ein. Zudem besteht sowohl in der Allgemeinen Haftpflicht- als auch der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung Rückversicherungsschutz gegenüber Großschäden, was eine zusätzliche Risikominde- rung darstellt. Eine wesentliche Veränderung der Risikoexposition wurde nicht identifiziert. Ebenso wurden

im Berichtszeitraum basierend auf dem geringen Bestand an Lebensversicherungsverpflichtungen keine Sensitivitäten bzgl. des lebensversicherungstechnischen Risikos identifiziert, die zu einer signifikanten Änderung der Solvabilitätskapitalanforderung im Sinne von Art. 279 DVO führen.

C.1.2.1 Langlebigkeitsrisiko

Das Langlebigkeitsrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder in der Volatilität der Sterblichkeitsraten ergibt, wenn der Rückgang der Sterblichkeitsrate zu einem Anstieg des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten führt.

Die Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für das Langlebigkeitsrisiko ist gering. Die Debeka Allgemeine Versicherung schätzt das Langlebigkeitsrisiko wie im vorangegangenen Berichtszeitraum als nicht wesentlich ein. Eine wesentliche Veränderung der Risikoexposition wurde nicht festgestellt.

C.1.2.2 Kostenrisiko

Das Kostenrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder in der Volatilität der bei der Verwaltung von Versicherungsverträgen anfallenden Kosten ergibt.

Die Debeka Allgemeine Versicherung zeichnet sich durch eine im Vergleich zum Marktdurchschnitt niedrige Kostenquote aus. Zur Unternehmensphilosophie gehört eine auf allen Ebenen nachhaltig kostenbewusste Verwaltung. Des Weiteren erfolgt zur Überwachung der Kostensituation ein entsprechendes Kostencontrolling und zusätzlich wird eine regelmäßige Qualitätssicherung der Prozesse vorgenommen. Da der Bestand an Rentenverpflichtungen zudem sehr gering ist, wird das Kostenrisiko wie im vorangegangenen Berichtszeitraum als nicht wesentliches Risiko eingestuft. Dies spiegelt sich auch in der Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für das Kostenrisiko wider. Eine wesentliche Veränderung der Risikoexposition wurde nicht festgestellt.

C.1.2.3 Revisionsrisiko

Das Revisionsrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder in der Volatilität der Revisionsraten für Rentenversicherungen aufgrund von Rechtsänderungen oder der gesundheitlichen Verfassung des Rentenempfängers ergibt.

Die Rentenhöhe in Geschäftsbereich 34 ist abhängig vom Schaden des Rentenempfängers. Wenn sich der Gesundheitszustand aufgrund des Schadens im Laufe der Rentenlaufzeit stark verschlechtert, kann dies zu einem dauerhaften Anstieg der Rentenleistungen führen. Dementsprechend ist die Debeka Allgemeine Versicherung gegenüber dem Revisionsrisiko exponiert.

Aufgrund des geringen Bestands an Rentenverpflichtungen und der geringen Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für das Revisionsrisiko erachtet die Debeka Allgemeine Versicherung das Revisionsrisiko wie im vorangegangenen Berichtszeitraum als nicht wesentlich. Eine wesentliche Veränderung der Risikoexposition wurde nicht festgestellt.

C.1.3 Krankenversicherungstechnisches Risiko

Das krankenversicherungstechnische Risikomodul gibt das sich aus Krankenversicherungsverpflichtungen ergebende Risiko in Bezug auf die abgedeckten Risiken und verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts wieder.

Krankenversicherungstechnische Risiken resultieren bei der Debeka Allgemeinen Versicherung ausschließlich aus den Geschäftsbereichen 2 (Berufsunfähigkeitsversicherung) und 33 (Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen). Für detaillierte Angaben zu den Geschäftsbereichen der Debeka Allgemeinen Versicherung wird auf das Kapitel A.1.3 verwiesen. Der Geschäftsbereich 2 ist gegenüber dem krankenversicherungstechnischen Risiko aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen risikoexponiert. Der Geschäftsbereich 33 ist mit dem krankenversicherungstechnischen Risiko aus Lebensversicherungsverpflichtungen behaftet.

Die Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für das krankenversicherungstechnische Risiko zeigt, dass das krankenversicherungstechnische Risiko wie im vorangegangenen Berichtszeitraum ein wesentliches Risiko für die Debeka Allgemeine Versicherung ist. Dies ist weiterhin insbesondere auf das krankenversicherungstechnische Risiko aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen zurückzuführen. Das krankenversicherungstechnische Risiko aus Lebensversicherungsverpflichtungen und das Krankenversicherungskatastrophenrisiko sind von untergeordneter Relevanz. Eine wesentliche Veränderung der Risikoexposition wurde nicht festgestellt.

C.1.3.1 Krankenversicherungstechnisches Risiko aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen

Das krankenversicherungstechnische Risiko aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen besteht aus dem Prämien- und Reserverisiko sowie dem Stornorisiko und resultiert bei der Debeka Allgemeinen Versicherung ausschließlich aus dem Geschäftsbereich 2. Für Details zu den beiden Risiken wird auf die Ausführungen der Abschnitte C.1.1.1 und C.1.1.3 innerhalb des nichtlebensversicherungstechnischen Risikos verwiesen.

An der Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für das krankenversicherungstechnische Risiko aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen ist die Risikoexposition der Debeka Allgemeinen Versicherung gegenüber diesem Risiko zu erkennen. Es wird wie im vorangegangenen Berichtszeitraum als wesentliches Risiko der Debeka Allgemeinen Versicherung eingestuft. Dabei ist das Prämien- und Reserverisiko stark dominierend, während das Stornorisiko als nicht wesentlich eingeschätzt wird. Eine wesentliche Veränderung der Risikoexposition wurde nicht festgestellt.

Das krankenversicherungstechnische Prämien- und Reserverisiko wird, wie das nichtlebensversicherungstechnische Prämien- und Reserverisiko auch, als ein wesentliches Risiko der Debeka Allgemeinen Versicherung eingeschätzt. Unter Berücksichtigung des in Kapitel D.2.2.1 beschriebenen Grades an Unsicherheit in der Bewertung der besten Schätzwerte wurden verschiedene Sensitivitätsanalysen zur weiteren Analyse des krankenversicherungstechnischen Prämien- und Reserverisikos betrachtet. Die Sensitivitätsanalysen sollen zeigen, wie alternative beste Schätzwerte, die mehr oder weniger stark von den besten Schätzwerten der Solvabilitätsberechnung zum 31. Dezember 2019 abweichen, die Bedeckungsquote beeinflussen. Bei einem Anstieg aller schadenseitigen Zahlungsströme, die den besten Schätzwerten der Nichtlebensversicherungsverpflichtungen zugrunde liegen, um 15 % erhöht sich die Solvabilitätskapitalanforderung für das krankenversicherungstechnische Prämien- und Reserverisiko gegenüber der Solvabilitätsberechnung zum 31. Dezember 2019 um 6,1 %. Bei der durchgeführten Sensitivitätsanalyse wurden alle Geschäftsbereiche der Nichtlebensversicherungsverpflichtungen, d. h. auch die Geschäftsbereiche, die gegenüber dem nichtlebensversicherungstechnischen Risiko risikoexponiert sind, berücksichtigt. Die Auswirkungen auf das nichtlebensversicherungstechnische Prämien- und Reserverisiko sind in Kapitel C.1.1.1 dargestellt. Die Bedeckungsquote der gesamten Solvabilitätskapitalanforderung reduziert sich, wie bereits in Kapitel C.1.1.1 erwähnt, von 402,0 % um 59,6 Prozentpunkte auf 342,4 %.

C.1.3.2 Krankenversicherungstechnisches Risiko aus Lebensversicherungsverpflichtungen

Das krankenversicherungstechnische Risiko aus Lebensversicherungsverpflichtungen resultiert bei der Debeka Allgemeinen Versicherung ausschließlich aus den Rentenverpflichtungen des Geschäftsbereichs 33. Diese Rentenverpflichtungen unterliegen dem Langlebigkeitsrisiko und dem Kostenrisiko. Für Details zu diesen Risiken wird auf die Abschnitte C.1.2.1 und C.1.2.2 innerhalb des lebensversicherungstechnischen Risikos verwiesen. Das Revisionsrisiko besteht für die Rentenverpflichtungen des Geschäftsbereichs 33 nicht.

Die Debeka Allgemeine Versicherung schätzt das krankensicherungstechnische Risiko aus Lebensversicherungsverpflichtungen wie im vorangegangenen Berichtszeitraum als nicht wesentlich ein. Eine wesentliche Veränderung der Risikoexposition wurde nicht festgestellt.

C.1.3.3 Krankenversicherungskatastrophenrisiko

Das Krankenversicherungskatastrophenrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer wesentlichen Ungewissheit der Annahmen in Bezug auf die Preisfestlegung und die Bildung versicherungstechnischer Rückstellungen für extreme und außergewöhnliche Ereignisse, die in Summe zu einer sehr hohen Schadenlast führen können, ergibt.

Für die Debeka Allgemeine Versicherung sind Massenunfälle und Unfallkonzentrationen relevante krankensicherungstechnische Katastrophenereignisse. Ein Massenunfall liegt vor, wenn sehr viele Personen gleichzeitig von einem Unfall betroffen sind, wie es beispielsweise in einem Fußballstadion möglich ist. Das Unfallkonzentrationsrisiko beschreibt die Gefahr, dass unter den von einem Unfall betroffenen Personen ein großer Anteil bei der Debeka Allgemeinen Versicherung unfallversichert ist. Das Unfallkonzentrationsrisiko ist hauptsächlich bei Gruppen-Unfallversicherungen relevant.

Die Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für das Krankenversicherungskatastrophenrisiko ist gering. Die Debeka Allgemeine Versicherung schätzt das Krankenversicherungskatastrophenrisiko wie im vorangegangenen Berichtszeitraum als nicht wesentlich ein. Eine wesentliche Veränderung der Risikoexposition wurde nicht festgestellt. Es wurden auch keine Sensitivitäten bzgl. des Krankenversicherungskatastrophenrisikos identifiziert, die zu einer signifikanten Änderung der Solvabilitätskapitalanforderung im Sinne von Art. 279 DVO führen.

C.2 Marktrisiko

In der einführenden Abbildung des Kapitels C wurde bereits dargestellt, dass das Risikoprofil der Debeka Allgemeinen Versicherung wie bereits im vorangegangenen Berichtszeitraum neben dem nichtlebensversicherungstechnischen und dem krankensicherungstechnischen Risiko maßgeblich durch das Marktrisiko geprägt wird. Dabei dominieren wiederum das Zinsänderungsrisiko sowie das Spreadrisiko. Aufgrund der Kapitalanlagepolitik der Debeka Allgemeinen Versicherung spielen andere Marktrisiken nur eine untergeordnete Rolle. Marktrisiken werden von der Debeka Allgemeinen Versicherung übernommen und nach Möglichkeit unter Berücksichtigung der geschäftsstrategischen Ziele vermindert. Insgesamt wird der Umgang mit den Marktrisiken über das Bilanzstrukturmanagement (Asset-Liability-Management, „ALM“), die Kapitalanlage sowie das Kapitalanlagecontrolling gesteuert. Hierüber soll nicht nur eine insgesamt risikoorientierte, flexible Kapitalanlage erreicht werden, sondern auch die jederzeitige Erfüllbarkeit der passivseitigen Verpflichtungen sichergestellt werden.

Die durch die Geldpolitik der EZB beeinflusste Niedrigzinsphase stellt eine Herausforderung für die Versicherer dar. Im Jahr 2019 hat sich hierbei eine weitere Absenkung des Zinsniveaus am Kapitalmarkt ergeben, sodass bspw. die Renditen deutscher Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren seit April 2019 durchgehend im negativen Bereich liegen. Die Debeka Allgemeine Versicherung wird aus diesem Grund weiterhin die politischen und finanziellen Entwicklungen in der Eurozone genau beobachten, um das Risikoprofil der Debeka Allgemeinen Versicherung zu managen und ein auf das Risikoprofil und die Kapitalmarktentwicklungen abgestimmtes Kapitalanlagemanagement zu betreiben.

Der Kapitalanlagebestand der Debeka Allgemeinen Versicherung ist, wie bereits im vorangegangenen Berichtszeitraum, geprägt durch festverzinsliche, auf Euro lautende Anlagen von Schuldern mit hoher Bonität. Der Bestand zum 31. Dezember 2019 gliedert sich wie folgt, wobei die Werte zum 31. Dezember 2018 ebenfalls zur Vergleichbarkeit aufgeführt sind:

Anlageform	Solvabilitätsübersichtswert 2019		Solvabilitätsübersichtswert 2018		Veränderung	
	TEUR	Anteil in %	TEUR	Anteil in %	TEUR	Anteil in %
Anteile an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen	60	0,0	51	0,0	9	0,0
Aktien – notiert	—	—	—	—	—	—
Aktien – nicht notiert	197	0,0	196	0,0	1	-0,0
Staatsanleihen	336.091	13,2	334.619	15,4	1.472	-2,2
Unternehmensanleihen	1.947.431	76,5	1.773.657	81,9	173.774	-5,4
Organismen für gemeinsame Anlagen	262.732	10,3	57.761	2,7	204.971	7,7
insgesamt	2.546.511	100,0	2.166.284	100,0	380.227	—

Es ist zu erkennen, dass Staats- und Unternehmensanleihen die wesentlichen Anlagearten der Debeka Allgemeinen Versicherung sind. Dabei stellen Inhaberschuldverschreibungen die größte Anlageform der Debeka Allgemeinen Versicherung dar. Darüber hinaus sind Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen die wesentlichen Anlageformen der Debeka Allgemeinen Versicherung. In der obigen Tabelle ist zu erkennen, dass sich der gesamte Wert des Kapitalanlagebestands aufgrund des weiteren Wachstums der Debeka Allgemeinen Versicherung insgesamt um 380.227 Tausend Euro erhöht hat. Die leichte Verschiebung des Anteils von Staats- sowie Unternehmensanleihen am gesamten Kapitalanlagebestand zu Organismen für gemeinsame Anlagen ist insbesondere auf die Investition in Investmentsondervermögen zurückzuführen.

Der Anteil an nachrangigen Schuldverschreibungen bzw. Hybridanleihen am Zeitwert der Kapitalanlagen der Debeka Allgemeinen Versicherung beträgt 1,8 %. Dabei fallen alle Schuldner unter Solvency II.

Vervollständigt werden die gesamten Vermögenswerte, wie auch der im Anhang dargestellten Solvabilitätsübersicht (QRT S.02.01.02) zu entnehmen ist, durch latente Steueransprüche, Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf, einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen, Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern, Forderungen gegenüber Rückversicherern, Forderungen (Handel, nicht Versicherung), Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente sowie sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte. Die Vermögenswerte zum 31. Dezember 2019 betragen in Summe 2.602.379 Tausend Euro.

Die Debeka Allgemeine Versicherung legt die Vermögenswerte nach dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht im Sinne von § 124 VAG an. Das bedeutet insbesondere, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt werden und die Belegenheit der Vermögenswerte ihre Verfügbarkeit gewährleistet. Die Vermögenswerte werden vorrangig im Interesse der Versicherungsnehmer angelegt. Oberste Priorität hat die Sicherheit der Kapitalanlage und damit die Erhaltung des investierten Kapitals. Unter Renditegesichtspunkten wird mehr Wert auf kontinuierlich anfallende laufende Erträge als auf spekulative, unregelmäßig anfallende Ertragsspitzen gelegt. Um den Versicherten hohe Leistungen erbringen zu können, werden Investitionen zudem nur in solche Vermögenswerte und Instrumente getätigt, bei denen aufgrund der zum Erwerbszeitpunkt vorliegenden Informationen eine marktgerechte und für Zwecke der Debeka Allgemeinen Versicherung angemessene Rendite unter Berücksichtigung der Risiken sowie der aufsichtsrechtlichen Erfordernisse erwartet werden kann. Die Debeka Allgemeine Versicherung investiert darüber hinaus lediglich in Vermögenswerte, deren Risiken sie hinreichend identifizieren, messen, überwachen, managen, steuern und berichten sowie bei der Beurteilung ihrer Auswirkungen auf die Solvabilität angemessen berücksichtigen kann.

Sowohl zur Umsetzung und Konkretisierung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen des Grundsatzes der unternehmerischen Vorsicht als auch zur Sicherstellung eines angemessenen ALM hat sich die Debeka Allgemeine Versicherung einen eigenen dokumentierten Regelungsrahmen gesetzt. Anhand von intern festgelegten qualitativen und quantitativen Anlagegrenzen gewährleistet dieser interne Regelungsrahmen u. a. die Einhaltung der aufsichtsrechtlich relevanten Anlagegrundsätze der Sicherheit, Liquidität, Verfügbarkeit, Rentabilität, Mischung, Streuung und Qualität der Kapitalanlage. Der angestrebte Grad an Sicherheit und Qualität, Liquidität und Verfügbarkeit sowie die Rentabilität sind naturgemäß teils konkurrierende Ziele. Insbesondere im aktuellen Niedrigzinsumfeld muss eine passende Mischung unter Berücksichtigung der Sicherheit und Qualität sowie der Rentabilität gefunden werden. Um eine laufende Überwachung und angemessene Steuerung des Portfolios gemäß dem internen Regelungsrahmen zu ermöglichen, ist ein konsistentes System von Limiten zur Begrenzung der mit der Kapitalanlage verbundenen Risiken etabliert und im zentralen Limitsystem der Debeka Allgemeinen Versicherung integriert. Außerdem wird jede neuartige oder nicht alltägliche Kapitalanlage vor dem Erwerb unter Risikogesichtspunkten im dafür implementierten Neue-Produkte-Prozess begutachtet und u. a. auf die Erfüllung der Anforderungen der unternehmerischen Vorsicht hin geprüft.

Der Schwerpunkt des gesamten Vermögensportfolios der Debeka Allgemeinen Versicherung liegt, wie in der vorherigen Tabelle zu erkennen ist, auf Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeitvereinbarung mit guter Bonität. Insbesondere bei Unternehmensanleihen liegt zum Investitionszeitpunkt mindestens ein aktuelles Rating einer anerkannten Ratingagentur mit Qualität „Investment Grade“ vor. Je schlechter die Bonität der jeweiligen Gegenparteien (Emittenten, Aussteller von Kapitalanlagen) ist, desto eher kommt es zu Wertverlusten aus Bonitätsverschlechterungen, eventuellen Zahlungsausfällen und weiteren Risikokonstellationen. Daher werden bei der quantitativen Limitierung Bonitäts- und Restlaufzeitkategorien gebildet und nach dem Risikoprofil gesteuert und limitiert.

Durch das ALM werden die Anforderungen und Endlaufzeiten der versicherungsvertraglichen Verpflichtungen den Vermögenswerten angemessen gegenübergestellt. So wird sichergestellt, dass die zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen dienenden Vermögenswerte in einer der Art und Laufzeit der versicherungstechnischen Verpflichtungen der Debeka Allgemeinen Versicherung angemessenen Weise angelegt werden und alle Zahlungen fristgerecht geleistet werden können.

Eine übergeordnete Rolle für ein optimales Vermögensportfolio nimmt außerdem die Mischung und Streuung der Kapitalanlagen ein. Die Debeka Allgemeine Versicherung hat für ihre aktuelle und künftige Vermögensstruktur einen internen Anlagekatalog definiert sowie eine strategische Verteilung der Vermögenswerte festgelegt. Dieser Katalog stellt eine Positivliste von Vermögenswerten dar, in welche Investitionen zulässig sind. Die Mischung limitiert die einzelnen Anlageklassen innerhalb dieses Anlagekatalogs. Die Streuung legt für die jeweiligen Anlageklassen die Verteilung auf Schuldner bzw. Aussteller, Staaten, Branchen und Regionen fest. Dadurch wird vermieden, dass eine übermäßige Abhängigkeit innerhalb der Kapitalanlagen gegenüber diesen wesentlichen Konzentrationsarten besteht.

Das Gesamtportfolio der Debeka Allgemeinen Versicherung wird um Anteile an Spezialsondervermögen mit dem Investitionsschwerpunkt Aktien, Immobilien sowie um Alternative Investments ergänzt. Diese erfolgen aus Risikogesichtspunkten ausschließlich über diversifizierte Fondskonstruktionen, die zuvor eingehend überprüft wurden. Daneben wird das Gesamtportfolio um unternehmerische Beteiligungen ergänzt.

Die Kapitalanlage der Debeka Allgemeinen Versicherung erfolgt fast ausschließlich in der Währung Euro und damit währungskongruent bzgl. der Verpflichtungen, sodass Wechselkursrisiken weitestgehend vermieden werden.

Derivative Finanzinstrumente werden durch die Debeka Allgemeine Versicherung nicht zu Spekulationszwecken bzw. für Arbitragegeschäfte oder Leerverkäufe eingesetzt. Zur Verstärkung der Kapitalanlage, zur Vermeidung von Marktstörungen oder zum Ausgleich unterjähriger Liquiditätsschwankungen setzt die Debeka Allgemeine Versicherung Vorkäufe ein. Je nach Ausgestaltung der Basisinstrumente werden Vorkäufe den derivativen Finanzinstrumenten zugeordnet. Ein Einsatz weiterer derivativer Finanzinstrumente findet nicht statt.

Eine weitere quantitative Limitierung bezieht sich auf die Liquidität und Verfügbarkeit der Vermögenswerte. Jeder Vermögenswert besitzt ein Liquiditätskennzeichen, welches seine Liquidierbarkeit beschreibt. So ist bspw. die Marktgängigkeit von Immobilien niedriger als die von börsennotierten Wertpapieren. Um jederzeit über einen notwendigen Mindestbestand von liquiden Vermögenswerten zu verfügen, werden diese Kategorien laufend überwacht. Ein kurz- und ein längerfristiges Liquiditäts(risiko)management – letzteres im Rahmen des ALM – stellt die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sicher. Um eine möglichst große Fungibilität und damit Liquidität sicherzustellen, werden zudem nur solche Kapitalanlagen erworben, bei denen eine hinreichende Übertragbarkeit gewährleistet ist.

C.2.1 Zinsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung der Werte von Vermögensteilen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten, das sich im Hinblick auf die Sensitivität dieser Werte in Bezug auf Veränderungen der Zinskurve oder der Volatilität der Zinssätze ergibt.

Der Großteil der Versicherungsverpflichtungen der Debeka Allgemeinen Versicherung hat – wie bei Schaden- und Unfallversicherungen üblich – kurze Abwicklungsdauern. Der Kapitalanlagebestand der Debeka Allgemeinen Versicherung ist hingegen durch festverzinsliche, auf Euro lautende Anlagen von Schuldern mit hoher Bonität geprägt, die zur Erzielung einer attraktiven Rendite längere Laufzeiten haben als die Versicherungsverpflichtungen. Die Duration auf der Passivseite ist daher geringer als die Duration auf der Aktivseite, was zu einer Sensitivität der Basiseigenmittel der Debeka Allgemeinen Versicherung gegenüber einem Zinsanstieg führt.

Daher wurde zur weiteren Analyse des Zinsänderungsrisikos u. a. eine Sensitivitätsanalyse unter Zugrundelegung der risikofreien Zinsen vom 31. Dezember 2018 für die Solvabilitätsberechnung zum 31. Dezember 2019 durchgeführt. Diese Analyse stellt eine Sensitivität für einen Zinsanstieg am Kapitalmarkt dar. Die Sensitivitätsanalyse zeigt, dass sich die Solvabilitätskapitalanforderung für das Zinsänderungsrisiko gegenüber der regulären Solvabilitätsberechnung zum 31. Dezember 2019 lediglich um 0,4 % erhöht. Allerdings reduzieren sich die anrechnungsfähigen Eigenmittel und auch die Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern, sodass sich die Bedeckungsquote der Solvabilitätskapitalanforderung von 402,0 % um 37,0 Prozentpunkte auf 365,0 % reduziert.

Aufgrund des Kapitalanlagebestands der Debeka Allgemeinen Versicherung bzw. der Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für das Zinsrisiko sowie weiterer Analysen wird das Zinsrisiko wie im vorangegangenen Berichtszeitraum als ein wesentliches Risiko der Debeka Allgemeinen Versicherung eingeschätzt. U. a. durch das ALM bzw. das Kapitalanlagemanagement wird das Zinsrisiko regelmäßig kontrolliert sowie gesteuert. Eine wesentliche Veränderung der Exposition gegenüber dem Zinsrisiko wurde im Berichtszeitraum nicht identifiziert.

C.2.2 Aktienrisiko

Das Aktienrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung der Werte von Vermögensteilen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten, das sich im Hinblick auf die Sensitivität dieser Werte in Bezug auf Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Aktien ergibt.

Der Anteil der Aktien im Kapitalanlagebestand der Debeka Allgemeinen Versicherung ist, wie in der einführenden Tabelle des Kapitels C.2 zu erkennen ist, relativ gering. Dabei ist zu beachten, dass auch in der Position Organismen für gemeinsame Anlagen Aktieninvestments enthalten sind. Die Risikoexposition hat sich im Berichtszeitraum durch den weiteren Ausbau des Exposures planmäßig erhöht. Dies zeigt sich auch in der Solvabilitätskapitalanforderung für das Aktienrisiko, welche sich auf ein moderates Niveau erhöht hat. Im Berichtszeitraum wurden keine Sensitivitäten bzgl. des Aktienrisikos identifiziert, die zu einer signifikanten Änderung der Solvabilitätskapitalanforderung im Sinne von Art. 279 DVO führen.

C.2.3 Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung der Werte von Vermögensteilen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten, das sich im Hinblick auf die Sensitivität dieser Werte in Bezug auf Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Immobilien ergibt.

Immobilienpreise sind im Allgemeinen weniger volatil als direkt am Kapitalmarkt gehandelte Kapitalanlagen, jedoch kann es auch bei Immobilien zu Wertverlusten kommen – z. B. durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie, wie z. B. Leerstand, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden usw.

Der Bestand der Debeka Allgemeinen Versicherung an in Fonds gehaltenen Immobilien zum 31. Dezember 2019 ist sehr gering. Zudem sind keine Immobilien im Direktbestand, sodass die Debeka Allgemeine Versicherung das Immobilienrisiko wie bereits im vorangegangenen Berichtszeitraum als nicht wesentlich einschätzt. Es wurden im Berichtszeitraum basierend auf dem geringen Anteil der Immobilien im Kapitalanlagebestand auch keine Sensitivitäten bzgl. des Immobilienrisikos identifiziert, die zu einer signifikanten Änderung der Solvabilitätskapitalanforderung im Sinne von Art. 279 DVO führen.

C.2.4 Spreadrisiko

Das Spreadrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung der Werte von Vermögensteilen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten, das sich im Hinblick auf die Sensitivität dieser Werte in Bezug auf Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Kreditspreads über der risikofreien Zinskurve ergibt.

Spreadrisiken bestehen für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, deren Marktwerte auf eine Änderung von Spreads gegenüber der risikofreien Zinskurve reagieren. Zusätzlich zum Zinsänderungsrisiko existiert bei Investitionen in Anleihen das Risiko, dass die Kapitalanlagen Wertverluste durch eine Ausweitung der Spreads oder durch Reduktion der Bonität der Schuldner erleiden. Auch bei einem konstant bleibenden Rating der Schuldner kann der Spread im Zeitablauf durch allgemeine Marktentwicklungen oder sinkende Liquidität steigen. Dies betrifft hauptsächlich klassische Unternehmensanleihen, aber auch Pfandbriefe, Staatsanleihen und andere Anleihen öffentlicher Schuldner können von Bonitätsverschlechterungen oder Spreadausweitungen betroffen sein.

Der Bestand der Debeka Allgemeinen Versicherung ist geprägt durch Kapitalanlagen mit fester Verzinsung. Betrachtet man die Staats- und Unternehmensanleihen hinsichtlich ihres Ratings, zeigt sich zum 31. Dezember 2019 im Hinblick auf das Spreadrisiko folgendes Bild, wobei die Werte zum 31. Dezember 2018 ebenfalls zur Vergleichbarkeit aufgeführt sind:

Staatsanleihen und Unternehmensanleihen unterteilt nach Rating ¹⁾	Solvabilitätsübersichtswert		Solvabilitätsübersichtswert		Veränderung	
	2019		2018		TEUR	Anteil in %
	TEUR	Anteil in %	TEUR	Anteil in %		
AAA-AA	954.717	41,8	905.658	43,0	49.059	-1,1
A-BBB	1.238.038	54,2	1.148.176	54,5	89.862	-0,2
BB oder schlechter	6.881	0,3	4.642	0,2	2.239	0,1
ohne offizielles Rating	83.885	3,7	49.800	2,4	34.086	1,3
insgesamt	2.283.522	100,0	2.108.276	100,0	175.246	—

¹⁾ Die Bonitätseinschätzung basiert auf Ratings ausgewählter und anerkannter Ratingagenturen.

Die Sicherheit hat als Qualitätsmerkmal der Vermögensanlage oberste Priorität und nimmt insbesondere gegenüber Rentabilitätszielen eine vorrangige Stellung ein. Die gut diversifizierte Bestandsstruktur und die strengen Anforderungen an die Sicherheit festverzinslicher Kapitalanlagen, ausgedrückt in der Bonität der Schuldner und zusätzlichen Besicherungsmechanismen, sind ausschlaggebend für ein geringes Ausfallrisiko.

Das Vermögensportfolio der Debeka Allgemeinen Versicherung besteht zu einem großen Teil aus Expositionen gegenüber Staaten bzw. staatsnahen Emittenten, Gebietskörperschaften und Instituten, für die Staaten und Länder die volle Gewährleistung übernehmen. Darüber hinaus enthält das Vermögensportfolio einen großen Anteil an Kapitalanlagen mit gesetzlicher Deckungsmasse (deutsche bzw. europäische Pfandbriefe). Alle anderen festverzinslichen Kapitalanlagen verteilen sich auf Kreditinstitute und sonstige Unternehmen, jeweils mit insgesamt hoher Bonität. Dabei verfügen die Anlagen bei Kreditinstituten zu großen Teilen über zusätzliche Sicherungsmechanismen.

Betrachtet man in der obigen Tabelle die Aufteilung der Anleihen auf die einzelnen Ratings, lassen sich keine wesentlichen Verschiebungen gegenüber dem 31. Dezember 2018 in dieser Aufteilung erkennen. Insgesamt ist weiterhin deutlich das gute Rating der Staats- sowie Unternehmensanleihen zu erkennen.

Die Kapitalanlagen der Debeka Allgemeinen Versicherung sind trotz ihres guten Ratings zu einem gewissen Teil mit einem Spreadrisiko behaftet. Dabei handelt es sich ausschließlich um das Spreadrisiko von Anleihen und Krediten. Spreadrisiken von Verbriefungspositionen sowie Kreditderivaten bestehen nicht.

Zur weiteren Analyse des Spreadrisikos wurde u. a. eine Sensitivitätsanalyse unter Zugrundelegung der Ausweitung der Spreads von unbesicherten Unternehmensanleihen vom 31. Dezember 2007 auf den 31. Dezember 2008 für die Solvabilitätsberechnung zum 31. Dezember 2019 durchgeführt. Diese Analyse stellt eine Sensitivität für eine starke Spreadausweitung am Kapitalmarkt dar. Zwar zeigt die Sensitivitätsanalyse eine Reduktion der Solvabilitätskapitalanforderung für das Spreadrisiko gegenüber der Solvabilitätsberechnung zum 31. Dezember 2019 um 7,4 %, doch gleichzeitig reduzieren sich auch die anrechnungsfähigen Eigenmittel und auch die Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern. Insgesamt reduziert sich die Bedeckungsquote der Solvabilitätskapitalanforderung in Verbindung mit den sich durch den anderen Marktzustand ergebenden Effekte von 402,0 % um 42,3 Prozentpunkte auf 359,7 %.

Aufgrund des Kapitalanlagebestands der Debeka Allgemeinen Versicherung bzw. der Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für das Spreadrisiko sowie weiterer Analysen wird das Spreadrisiko wie im vorangegangenen Berichtszeitraum als ein wesentliches Risiko der Debeka Allgemeinen Versicherung eingeschätzt. Eine wesentliche Veränderung der Exposition gegenüber dem Spreadrisiko wurde im Berichtszeitraum nicht identifiziert.

C.2.5 Marktrisikokonzentrationsrisiko

Die in der Bewertung des Spread- und Ausfallrisikos verwendeten Annahmen unterstellen, dass die Kapitalanlagen der Debeka Allgemeinen Versicherung ausreichend diversifiziert sind. Als Marktrisikokonzentrationen werden die zusätzlichen Risiken bezeichnet, die entweder durch eine mangelnde Diversifikation der Kapitalanlagen oder durch eine hohe Exposition gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten bedingt sind.

Die Debeka-Versicherungsgruppe vermeidet gruppenübergreifend das Auftreten wesentlicher Risiken aus Risikokonzentrationen im Bereich der Kapitalanlagen, indem sie ihre Engagements nach dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht anlegt und eine angemessene Diversifizierung hinsichtlich verschiedener Dimensionen vornimmt. Dabei stellt insbesondere der Debeka-interne Anlagekatalog, der neben einer Beschreibung der (potenziellen) Kapitalanlagen auch eine Definition geeigneter, bei der Kapitalanlage einzuhaltender Limite enthält, die Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität der gesamten Kapitalanlage sicher. Ergänzend zu den aus dem Anlagekatalog abgeleiteten Anlagegrenzen sind weitere quantitative Grenzen unterschiedlichster Ausrichtungen festgelegt. Die Risiken aus Risikokonzentrationen hinsichtlich u. a. Schuldnern, Branchen, Regionen und Assetklassen werden kontinuierlich überwacht, sodass die internen Grenzen bezüglich Mischung und Streuung stets unterschritten werden. Aufgrund des hohen Kapitalanlagevolumens der Debeka Allgemeinen Versicherung sind naturgemäß Exposures mit gewissem Volumen in bestimmten Branchen, Staaten oder Regionen unvermeidbar.

Adresskonzentration

Das Anlagemanagement und das Kapitalanlagerisikomanagement der Debeka Allgemeinen Versicherung beobachten das Adresskonzentrationsrisiko laufend und sind bei der Diversifikation der Kapitalanlage darauf bedacht, das Adresskonzentrationsrisiko durch Einhaltung aufsichtsrechtlicher Erfordernisse sowie weitergehender interner Vorgaben möglichst gering zu halten.

Hierfür werden die verschiedenen Risikoexponierungen gegenüber Einzeladressen jeweils anhand von Kategorien gruppiert und entsprechend ihrer jeweiligen Bonitätseinstufungen mit Anlagegrenzen versehen. So beträgt beispielsweise die Höchstgrenze für unbesicherte Anleihen und Darlehen mit bester Bonität je Einzeladresse 3,0 % der Summe der Kapitalanlagen. Je schlechter die Bonität einer Einzeladresse ist, desto geringer ist das zulässige Exposure.

Sektorkonzentration

Die Sektorkonzentration beschreibt das Risiko einer übermäßigen Abhängigkeit von einzelnen Sektoren aufgrund mangelnder Diversifikation. Zu diesem Zweck werden die Exposures gegenüber allen Schuldner, die demselben Sektor angehören, jeweils aggregiert betrachtet. Bei der Debeka Allgemeinen Versicherung ergibt sich, wie in der Versicherungsbranche üblich, eine gewisse Konzentration gegenüber dem Bankensektor. Des Weiteren ist der Sektor Staaten/staatsnahe Gegenparteien stark ausgeprägt. Hierzu zählen Staaten bzw. staatsnahe Emittenten, Gebietskörperschaften und Institute, für die Staaten und Länder die volle Gewährleistung übernehmen.

Geografische Konzentration

Die geografische Konzentration beschreibt das Risiko, welches durch eine erhöhte Risikoexposition gegenüber geografischen Räumen besteht. Diese definieren sich durch Ländergrenzen bzw. durch unterschiedliche Rechtsräume. Zu diesem Zweck werden alle Exposures ihrem jeweiligen sogenannten Risikoland bzw. in Abhängigkeit ihrer Ausgestaltung dem Land der Börsennotierung zugeordnet. Durch diese Zuordnung wird sichergestellt, dass der Blick auf die geografische Konzentration nicht dadurch getrübt wird, dass allein der Unternehmenssitz betrachtet wird. So wird beispielsweise der Auslandsniederlassung einer Bank häufig immer noch der Hauptsitz des Instituts als Risikoland zugeordnet. Die obige Zuordnung soll ausdrücken, welchem geografischen Raum das mit der jeweiligen Kapitalanlage hauptsächlich eingegangene Risiko am ehesten zuzuordnen ist.

Schwerpunktmäßig erfolgt eine geografische Verteilung auf die Mitgliedsstaaten der EU sowie der OECD. Eine Konzentration von über 10,0 % wird bei der Debeka Allgemeinen Versicherung nur von Adressen überschritten, die den Ländern Deutschland oder Frankreich zugewiesen sind.

Die Debeka-Versicherungsgruppe stellt durch ihr Kapitalanlagecontrolling die Einhaltung der Grundsätze der unternehmerischen Vorsicht, die einfürend im Abschnitt zum Marktrisiko skizziert sind, sicher und vermeidet, dass wesentliche Konzentrationsrisiken eingegangen werden oder entstehen.

In der Bewertung der Solvabilitätskapitalanforderung für das Marktrisikokonzentrationsrisiko wird das Adresskonzentrationsrisiko gemessen. Die Solvabilitätskapitalanforderung für das Marktrisikokonzentrationsrisiko zeigt, wie schon im vorangegangenen Berichtszeitraum, die sehr niedrige Exposition gegenüber dem Adresskonzentrationsrisiko, sodass keine wesentliche Veränderung der Risikoexposition festgestellt wurde. Insgesamt wird das Konzentrationsrisiko für die Debeka Allgemeine Versicherung aktuell als nicht wesentlich eingestuft.

C.2.6 Wechselkursrisiko

Das Wechselkursrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung der Werte von Vermögensteilen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten, das sich im Hinblick auf die Sensitivität dieser Werte in Bezug auf Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Wechselkurse ergibt.

Fast alle Vermögenswerte und alle Verbindlichkeiten der Debeka Allgemeinen Versicherung werden in der Währung Euro geführt. Durch die hohe Währungskongruenz zwischen den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ergibt sich weiterhin eine niedrige Exposition gegenüber dem Wechselkursrisiko, was sich ebenfalls in der niedrigen aufsichtsrechtlichen Solvabilitätskapitalanforderung für das Wechselkursrisiko zeigt. Im Berichtszeitraum wurden durch Investitionen in Aktien zusätzliche Risikoexponierungen aufgebaut, welche jedoch im Verhältnis zur Gesamtsumme der Kapitalanlagen weiterhin nur von untergeordneter Bedeutung sind. Im Berichtszeitraum wurden basierend auf der hohen Währungskongruenz keine Sensitivitäten bzgl. des Wechselkursrisikos identifiziert, die zu einer signifikanten Änderung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätskapitalanforderungen im Sinne von Art. 279 DVO führen.

C.3 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko (Gegenparteiausfallrisiko) bezeichnet das Risiko eines möglichen Verlusts, das sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldern während der nächsten zwölf Monate ergibt. Davon abzugrenzen ist das Spreadrisiko, welches bereits in Abschnitt C.2.4 diskutiert wurde. Das Gegenparteiausfallrisiko umfasst die Rückversicherungsverträge, Forderungen gegenüber Vermittlern und Versicherungsnehmern sowie alle sonstigen nicht im Spreadrisiko erfassten Kreditrisiken.

Die Exposition der Debeka Allgemeinen Versicherung gegenüber dem vom Spreadrisiko abgegrenzten Gegenparteiausfallrisiko ist aufgrund der Rückversicherungs- und Forderungsstruktur wie bereits im vorangegangenen Berichtszeitraum sehr niedrig, was sich ebenfalls in der geringen Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung für das Gegenparteiausfallrisiko zeigt. Es wurden im Berichtszeitraum basierend auf der Rückversicherungs- und Forderungsstruktur keine Sensitivitäten bzgl. des Gegenparteiausfallrisikos identifiziert, die zu einer signifikanten Änderung der Solvabilitätskapitalanforderung im Sinne von Art. 279 DVO führen.

C.4 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, das besteht, wenn ein Versicherungsunternehmen aufgrund mangelnder Fungibilität nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Das Liquiditätsrisiko kann insbesondere aus Inkongruenzen zwischen der Fälligkeit von Zahlungen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten resultieren. Die Inkongruenzen können dispositiver (d. h. kurzfristig entstehender) wie auch struktureller (d. h. aus langfristigen Fehlentwicklungen hervorgehender) Natur sein. Dementsprechend ergibt sich für die Debeka Allgemeine Versicherung die Notwendigkeit eines kurzfristigen Managements der Liquidität und der Liquiditätsrisiken neben einem eigenständigen längerfristigen Liquiditäts-Risikomanagement.

Die Debeka Allgemeine Versicherung teilt die Annahme der Standardformel, dass eine Kapitalanforderung für das Liquiditätsrisiko ineffizient wäre und dass es angemessen ist, dieses Risiko durch eine explizite Liquiditätsrisikomanagementpolitik innerhalb des Risikomanagementsystems zu kontrollieren.

Zu diesem Zweck verfügt die Debeka Allgemeine Versicherung sowohl über ein kurzfristiges Liquiditätsmanagement als auch ein kurzfristiges Liquiditätsrisikomanagement. Die Liquiditätsplanung als Ganzes erfolgt über das kurz- und das längerfristige Liquiditätsmanagement, wobei letzteres über das ALM abgebildet wird. Zudem untersucht die Debeka Allgemeine Versicherung im Rahmen des Liquiditätsrisikomanagements regelmäßig unternehmensindividuelle adverse Stressszenarien, welche die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens gefährden könnten. Auch hier wird zwischen kurz- und längerfristiger Betrachtung unterschieden, wobei für kurzfristige Betrachtungen ein Zeithorizont von bis zu zwölf Monaten herangezogen wird und die längerfristigen Betrachtungen im Rahmen des ALM vorgenommen werden. Im Fall des

kurzfristigen Liquiditätsmanagements werden die in den jeweils nachfolgenden zwölf Monaten erwarteten Ein- und Auszahlungen einander gegenübergestellt. Die Einzahlungen setzen sich dabei im Wesentlichen aus Beitragseinnahmen und Kapitalanlagerückflüssen (Zinszahlungen, Tilgungen, Sonderkündigungen, Aktiendividenden etc.) zusammen, während die Auszahlungen von den Versicherungsleistungen und den Verwaltungskosten dominiert werden. Die für das kurzfristige Liquiditätsmanagement getroffenen Annahmen werden im Rahmen des darauf abgestimmten Liquiditätsrisikomanagements verschiedenen Stress-tests unterzogen, welche wesentliche adverse aktiv- und passivseitige Einflüsse auf die Liquiditätssituation abdecken. Beispiele dafür stellen Anstiege der Marktzinsen, Spreadausweitungen, Bonitätsverschlechterungen oder plötzliche Erhöhungen der Versicherungsleistungen dar.

Ein Bestandteil des kurzfristigen Liquiditätsrisikomanagements ist die Einteilung der Kapitalanlagen in Liquiditätsklassen. Die Liquiditätsklasse einer Kapitalanlage wird monatlich ermittelt und gibt Auskunft darüber, wie fungibel – also wie kurzfristig liquidierbar – eine Kapitalanlage ist. Fungible Kapitalanlagen sind jederzeit in beliebiger Höhe ohne wesentliche Abschläge gegenüber den vorherrschenden Marktverhältnissen liquidierbar. Die jederzeitige Sicherstellung eines betriebsnotwendigen Betrags an liquiden Kapitalanlagen erfolgt über die laufende Überwachung eines Kennzahlensystems, in welchem unter anderem die Liquiditätsklassen – auch in den oben beschriebenen Stressszenarien – Niederschlag finden.

Insgesamt soll durch eine aktive Steuerung der Investitionstätigkeit sichergestellt werden, dass der zukünftige Liquiditätsbedarf auch ohne ungeplante vorzeitige Veräußerungen von Kapitalanlagen gedeckt werden kann, da diese negative Auswirkungen auf die aktuelle oder zukünftige Ertragslage mit sich brächten.

Theoretisch könnte auch aus dem bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinn ein potenzielles Liquiditätsrisiko erwachsen. Zum 31. Dezember 2019 beträgt der bei künftigen Prämien einkalkulierte erwartete Gewinn 177.092 Tausend Euro für den gesamten Versichertenbestand. Der bei den künftigen Prämien einkalkulierte erwartete Gewinn zählt zu den Basiseigenmitteln und ist ein höchst illiquider Bestandteil der Basiseigenmittel. Somit enthalten die Basiseigenmittel auf Gesamtbestandsebene derzeit positive Gewinne, die in den künftigen Prämien einkalkuliert sind, aktuell aber noch nicht verfügbar sind. Aufgrund der hohen Überdeckung der Solvabilitätskapitalanforderung sowie der deutlichen Überdeckung auch ohne Berücksichtigung des bei den künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns in den Basiseigenmitteln wird das daraus resultierende Liquiditätsrisiko der Debeka Allgemeinen Versicherung wie bereits im vorangegangenen Berichtszeitraum als sehr gering eingestuft. Eine wesentliche Veränderung der Risikoexposition im Berichtszeitraum wurde nicht festgestellt.

C.5 Operationelles Risiko

Operationelle Risiken bezeichnen die Risiken von Verlusten aufgrund unzulänglicher oder fehlgeschlagener interner Prozesse, technischer Fehler, nicht optimaler Handlungen der eigenen Mitarbeiter oder aber externer Vorfälle. Die operationellen Risiken umfassen auch Rechtsrisiken, d. h. Risiken aus der Nichteinhaltung oder Falschinterpretation von gesetzlichen, regulatorischen oder vertraglichen Anforderungen sowie Rechtsänderungsrisiken. Nicht zu den operationellen Risiken zählen hingegen strategische Risiken und Reputationsrisiken. Die proaktive Steuerung und Überwachung der operationellen Risiken erfolgt über das dezentrale Risikomanagement und das interne Kontrollsystem der Debeka Allgemeinen Versicherung.

Bei der Debeka Allgemeinen Versicherung sollen operationelle Risiken nach Möglichkeit vollständig verhindert oder zumindest ihre Auswirkungen durch entsprechende proaktive oder reaktive Maßnahmen verringert werden. Die Maßnahmen zur Minimierung operationeller Risiken sind dabei vielfältig und betreffen im Wesentlichen eine hohe Standardisierung der Arbeitsabläufe, regelmäßige Weiterbildung und verschiedene Verhaltensrichtlinien für Mitarbeiter, eine geeignete Auswahl neuer Mitarbeiter, eine kontinuierliche Überwachung der Tätigkeiten durch maschinelle Plausibilitätsprüfungen sowie prozessintegrierte und prozessunabhängige Kontrollen. Zudem ist ein Notfallmanagement eingerichtet, das in einer Vielzahl von Notfallsituationen greift und dabei hilft, zusätzliche operationelle Risiken zu minimieren. Hiervon ist insbesondere auch die technische Infrastruktur (inkl. IT-Systeme) erfasst, für die zudem ein eigenständiges Sicherheitskonzept sowie weitere Maßnahmen existieren (u. a. Zutritts- und Berechtigungskonzept, fortlaufende Datensicherung).

Darüber hinaus hat die Debeka-Gruppe ein den gesetzlichen Bestimmungen entsprechendes Beschwerdemanagement eingerichtet (vgl. Kapitel B.8.2).

Rechtlichen Risiken aus der Änderung von Rahmenbedingungen legislativer oder judikativer Art wird durch zeitnahe Identifizierung und Veranlassung geeigneter Maßnahmen (u. a. laufende Verfolgung des Gesetzgebungsprozesses, ggf. prospektive Anpassung von Verträgen und Bedingungen, Einführung neuer Tarife, Änderung der Geschäfts-, Risiko- oder Kapitalanlagestrategie) – nach Möglichkeit proaktiv – im Rahmen der Rechtsfeldbeobachtung begegnet. Die Rechtsfeldbeobachtung erfolgt dezentral und wird zentral von der Compliance-Funktion bezüglich ihrer Umsetzung koordiniert. Hierdurch kann auf sich abzeichnende rechtliche Änderungsbedarfe rechtzeitig reagiert und eine hohe Qualität der Anpassungsprozesse erreicht werden.

Insgesamt werden die beschriebenen Maßnahmen auf Basis der Erkenntnisse aus dem Limit- und Schwellenwertsystem und der Schadenfalldatenbank, in der der Eintritt operationeller Risiken über den Schadenfallmeldeprozess erfasst wird, sowie über Notfallübungen und das interne Kontrollsystem im Allgemeinen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.

Das operationelle Risiko wird in der Standardformel anhand eines Faktoransatzes bzgl. der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie der Prämienzahlungen bewertet. Die konkrete Exposition der Debeka Allgemeinen Versicherung gegenüber dem operationellen Risiko sowie dessen Einzelrisiken wird bei der Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung daher nicht betrachtet. Sie ergibt sich vielmehr aus der jährlichen Risikoinventur. Dennoch ist die Ermittlung des operationellen Risikos mittels der Standardformel – nicht zuletzt angesichts der vielfältigen implementierten Maßnahmen zur Risikoprävention und Risikominderung – für die Debeka Allgemeine Versicherung angemessen.

Auf Basis der Ergebnisse der Risikoinventur sowie der Risikostrategie der Debeka Allgemeinen Versicherung wurden die folgenden Bereiche des operationellen Risikos der Debeka Allgemeinen Versicherung als wesentlich identifiziert, die jedoch für ihr Geschäftsmodell typisch sind:

- Beschädigung der Infrastruktur (z. B. durch Naturkatastrophen)
- Compliance-Risiko (z. B. Verstoß gegen Vorgaben des Versicherungsaufsichtsgesetzes)
- IT-Ausgliederung (z. B. Ausfall IT-Dienstleister)
- IT-Datenintegrität (z. B. fehlerhafte Batchverarbeitung)
- IT-Sicherheit (z. B. Schadsoftware)
- IT-Verfügbarkeit und Kontinuität (z. B. Hardwareausfall)
- Mitglieder/Kunden, Produkte und Geschäftsbetrieb (z. B. unsachgemäße Bilanzierungspraxis)
- Personal (z. B. Pandemie)
- Prozesse und Abläufe (z. B. Mitarbeiterfehler)
- Rechtsänderungsrisiko (z. B. Änderungen des Solvency-II-Rahmenwerks)

Die zukünftige Entwicklung der Bedeckung der Solvabilitätskapitalanforderung der Debeka Allgemeinen Versicherung wird neben der zukünftigen Kapitalmarktentwicklung maßgeblich auch von der Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen abhängen. Nach der Revision der Solvency-II-Standardformel durch die EU-Kommission 2018/2019, wobei u. a. Methoden, Annahmen und Parameter der Solvency-II-Standardformel überprüft wurden, erfolgt im Jahr 2020 die Gesamtüberprüfung des Solvency-II-Rahmenwerks durch die EU-Kommission. Daraus resultierende Änderungen sowie deren Auswirkungen sind derzeit noch nicht konkret abzuschätzen, da die Änderungen noch nicht ausreichend spezifiziert sind.

Aufgrund der Wesentlichkeit der oben genannten Risikounterkategorien wird das operationelle Risiko – wie im Vorjahr – auch insgesamt als wesentlich eingestuft.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Zu Beginn des Kapitels C wurde bereits dargestellt, dass im Rahmen des ORSA die Verwendung der Standardformel zur Bewertung der quantifizierbaren Risiken der Debeka Allgemeinen Versicherung als angemessen beurteilt wurde. Die Angemessenheit der Standardformel gilt auch unter Berücksichtigung der nicht zuverlässig quantifizierbaren Risiken, da die seitens der Debeka Allgemeinen Versicherung identifizierten, nicht (explizit) in der Standardformel erfassten Risiken häufig bereits implizit in der Standardformel berücksichtigt und darüber hinaus vielfältige Maßnahmen zu ihrer Vermeidung, Abmilderung und Steuerung implementiert sind. Eine zusätzliche Hinterlegung dieser Risiken mit Eigenmitteln wird für die Debeka Allgemeine Versicherung daher nicht als erforderlich angesehen.

Auf Basis der Ergebnisse der Risikoinventur wurden – wie im Vorjahr – auch die nicht zuverlässig quantifizierbaren Risiken strategisches Risiko und Reputationsrisiko der Debeka Allgemeinen Versicherung als wesentlich eingestuft. Diese werden im Folgenden näher erläutert.

C.6.1 Reputationsrisiko

Reputationsrisiken sind die Risiken, die sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Behörden) ergeben.

Zur Unternehmensphilosophie der Debeka Allgemeinen Versicherung gehört laut Unternehmensleitbild der bewusste Verzicht auf kostspielige Werbemaßnahmen. Der gute Ruf des Unternehmens soll vielmehr durch die positiven Erfahrungen seiner Kunden und deren Berichte hierüber gefestigt werden. Aus diesem Grund ist die Reputation von besonders hoher Bedeutung. Dies gilt umso mehr, da die Debeka-Gruppe aus mehreren Unternehmen besteht, deren Firmen allesamt das Wort „Debeka“ enthalten. Daher besteht die Gefahr, dass ein von einem Debeka-Unternehmen ausgehendes Reputationsrisiko auch auf alle anderen Unternehmen der Debeka-Gruppe übergreift.

Die gesamte Debeka-Gruppe wirkt möglichen Reputationsrisiken, die mit ihrer Geschäftstätigkeit verbunden sind, daher durch eine Reihe von Maßnahmen proaktiv entgegen. In diesem Zusammenhang sind z. B. die Verpflichtung zur Einhaltung des GDV-Verhaltenskodex, regelmäßige Schulungen der Mitarbeiter zum Datenschutz, zur Compliance, zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz etc. sowie die Einrichtung einer internen Meldestelle für mögliche Compliance-Verstöße zu nennen. Darüber hinaus sind im Vorfeld strategischer Entscheidungen stets zentrale Funktionen wie Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion und Datenschutz eingebunden. Ferner hat die Debeka-Gruppe ein Reputationsmanagement eingerichtet, um sowohl proaktiv den guten Ruf der Debeka-Gruppe zu festigen und weiter zu fördern als auch schnell und angemessen auf negative Darstellungen insbesondere in den (sozialen) Medien reagieren zu können.

Grundsätzlich pflegt die Debeka-Gruppe eine bewusste, transparente und offene Kommunikation mit der Öffentlichkeit mit dem Ziel, Verständnis für das eigene Handeln zu wecken und langfristig Vertrauen auf- und auszubauen. Außerdem stärken guter Service und ausgeprägte Kundenorientierung die hohe Kundenzufriedenheit und -bindung.

C.6.2 Strategisches Risiko

Strategische Risiken sind Risiken, die sich aus grundsätzlichen Geschäftsentscheidungen ergeben. Zu den strategischen Risiken zählt auch das Risiko, das daraus resultiert, dass Geschäftsentscheidungen nicht an geänderte interne oder externe Rahmenbedingungen (z. B. Wirtschafts-/Marktumfeld, politische Lage) angepasst werden.

Um die eingegangenen strategischen Risiken soweit wie möglich zu vermindern, findet eine kontinuierliche Beobachtung insbesondere der externen Rahmenbedingungen statt, auf deren Basis eine permanente Entwicklung des Unternehmens sichergestellt wird. Darüber hinaus werden auf Vorstandsebene regelmäßig Strategiesitzungen abgehalten, die Grundlage für Anpassungen der Geschäfts- und Risikostrategie sind. Ein weiteres Kontrollinstrument, um die strategischen Risiken zu minimieren, stellt die laufende Unterrichtung des Aufsichtsrats über die Lage und Entwicklung des Unternehmens dar.

C.7 Sonstige Angaben

C.7.1 Sensitivitätsanalysen bzw. Stresstests

Die Debeka Allgemeine Versicherung ist, wie dem Risikoprofil zu entnehmen ist, insbesondere gegenüber dem Marktrisiko, dem nichtlebensversicherungstechnischen und dem krankensicherungstechnischen Risiko exponiert. Das Marktrisiko wird aufgrund der Kapitalanlageallokation vom Zinsänderungs- und vom Spreadrisiko dominiert. Die Bedeutung des Marktrisikos auch im Vergleich zu den versicherungstechnischen Risiken resultiert aus der sehr starken Eigenmittelausstattung. Innerhalb des nichtlebensversicherungstechnischen Risikos zählen das Prämien- und Reserverisiko sowie das Katastrophenrisiko zu den wesentlichen Risiken. Dabei wird das Katastrophenrisiko wiederum vom Naturkatastrophenrisiko dominiert. Das wesentliche Risiko innerhalb des krankensicherungstechnischen Risikos ist das krankensicherungstechnische Risiko aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen, welches wiederum vom Prämien- und Reserverisiko dominiert wird.

Zur weiteren Analyse der o. g. wesentlichen Risiken wurden daher die folgenden Sensitivitätsanalysen bzw. Stresstests zum 31. Dezember 2019 unter sonst gleichen Bedingungen durchgeführt:

- Erhöhung der besten Schätzwerte der Nichtlebensversicherungsverpflichtungen um 15 % (BE-Stress)
- Auflösung des bestehenden Rückversicherungsschutzes für „alte“ Anfalljahre und Verzicht auf den Kauf des geplanten Rückversicherungsschutzes für „neue“ Anfalljahre (hypothetisch Brutto)
- Zugrundelegung des Zinsniveaus vom 31. Dezember 2018 (Zinsanstieg)
- Zugrundelegung der Spreadausweitung vom 31. Dezember 2017 auf den 31. Dezember 2008 (Spreadausweitung)

Dazu wurden jeweils die regulären Solvabilitätsberechnungen vom 31. Dezember 2019 als Basis für die Analysen herangezogen. Zur weiteren Erläuterung der durchgeführten Sensitivitätsanalysen bzw. Stresstests wird auf die Ausführungen zu den jeweils relevanten Risiken (d. h. C.1.1.1 bzw. C1.3.1, C1.1.2, C.2.1 und C.2.4) verwiesen.

In der folgenden Tabelle sind die Bedeckungsquoten der Solvabilitäts- und der Mindestkapitalanforderung zum 31. Dezember 2019 für die reguläre Solvabilitätsberechnung (Basisfall) sowie für die verschiedenen Sensitivitätsberechnungen dargestellt:

	2019	2019	2019	2019	2019
	Basisfall	BE-Stress	hypothetisch Brutto	Zinsanstieg	Spread- ausweitung
anrechnungsfähige Eigenmittel zur SCR-Bedeckung in TEUR	1.673.428	1.582.501	1.655.241	1.611.467	1.586.862
SCR in TEUR	416.304	462.235	469.274	441.541	441.126
SCR-Bedeckungsquote in %	402,0	342,4	352,7	365,0	359,7
anrechnungsfähige Eigenmittel zur MCR-Bedeckung in TEUR	1.673.428	1.582.501	1.655.241	1.611.467	1.586.862
MCR in TEUR	130.462	146.338	130.699	129.464	130.462
MCR-Bedeckungsquote in %	1.282,7	1.081,4	1.266,4	1.244,7	1.216,3

C.7.2 Sonstige wesentliche Informationen

Es bestehen keine weiteren als die bereits beschriebenen Informationen, die das Risikoprofil der Debeka Allgemeinen Versicherung betreffen und an dieser Stelle anzugeben wären.



D | Bewertung für Solvabilitätszwecke

D Bewertung für Solvabilitätszwecke

D.1 Vermögenswerte

D.1.1 Übersicht

In der folgenden Tabelle werden die Vermögenswerte nach Solvency II und HGB aggregiert nach wesentlichen Gruppen gegenübergestellt und die Bewertungsunterschiede ausgewiesen:

	Solvency II TEUR	HGB TEUR	Differenz TEUR
immaterielle Vermögenswerte (inkl. Geschäfts- oder Firmenwert)	—	—	—
Grundstücke und Gebäude (eigen- und fremdgenutzt)	—	—	—
wesentliche Beteiligungen	0	0	0
sonstige Beteiligungen	60	60	—
börsennotierte Aktien	—	—	—
Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeit- vereinbarung	2.283.522	1.985.372	298.150
Investmentvermögen	262.732	235.371	27.360
sonstige Kapitalanlagen	197	197	—
einforderbare Beträge aus Rück- versicherungsverträgen	4.885	65.598	-60.713
latente Steuerforderungen	36.550	25.132	11.418
sonstige Vermögenswerte	14.434	14.985	-552
insgesamt	2.602.379	2.326.715	275.664

Für eine bessere Vergleichbarkeit wurden die nach Solvency II vorgenommenen Umgliederungen auch in der HGB-Vergleichsspalte vollzogen.

D.1.2 Informationen über die Bewertung der Vermögenswerte

Im Folgenden werden entlang der wesentlichen Gruppen von Vermögenswerten die für die Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II verwendeten Grundlagen, Methoden, Hauptannahmen sowie die Unterschiede gegenüber HGB beschrieben.

D.1.2.1 Immaterielle Vermögenswerte (inkl. Geschäfts- oder Firmenwert)

Zum 31. Dezember 2019 sind keine immateriellen Vermögenswerte bei der Debeka Allgemeinen Versicherung vorhanden.

D.1.2.2 Grundstücke und Gebäude (eigen- und fremdgenutzt)

Zum 31. Dezember 2019 sind weder eigen- noch fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude bei der Debeka Allgemeinen Versicherung vorhanden.

D.1.2.3 Wesentliche Beteiligungen

Die Beteiligung an der Debeka Pensionskasse ist unter den wesentlichen Beteiligungen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt unter Solvency II nach dem Ertragswertverfahren und unter HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten.

D.1.2.4 Sonstige Beteiligungen

Der Wert der sonstigen Beteiligungen betrifft die Beteiligungen am Tochterunternehmen Debeka Rechtsschutz-Schadenabwicklung GmbH sowie der R56+ Management GmbH. Unter HGB werden die Unternehmen mit dem Buchwert (fortgeführte Anschaffungskosten) bewertet. Dies erfolgt aus Gründen der Wesentlichkeit auch unter Solvency II. Es ergeben sich keine Unterschiedsbeträge.

D.1.2.5 Börsennotierte Aktien

Zum 31. Dezember 2019 liegen keine börsennotierten Aktien bei der Debeka Allgemeinen Versicherung vor.

D.1.2.6 Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeitvereinbarung

Die Kategorie „Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeitvereinbarung“ enthält Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen sowie Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Die Bewertung der Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeitvereinbarung erfolgt gemäß Mark-to-Market-Prinzip zu Marktpreisen, welche an aktiven Finanzmärkten beobachtet werden können. Sind an den Finanzmärkten keine Marktpreise oder nur solche aus inaktiven Finanzmärkten verfügbar, so werden die Kapitalanlagen gemäß Mark-to-Model-Prinzip im Sinne des § 74 Abs. 2 VAG mit einem Modellansatz bewertet, dem ein anerkanntes finanzmathematisches stochastisches Modell zugrunde liegt. Das eingesetzte Modell stammt aus der Familie der sogenannten Cox-Ingersoll-Ross-Prozesse und ermittelt den Marktwert anhand der wesentlichen Marktparameter mithilfe der sogenannten Discounted-Cashflow-Methode.

Im Gegensatz zu Solvency II erfolgt unter HGB die Bewertung der Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeitvereinbarung zu fortgeführten Anschaffungskosten gemäß § 341 HGB. Berücksichtigt werden dabei neben den ursprünglichen Anschaffungskosten auch Anschaffungsnebenkosten, Agien, Disagien, Zinszuschreibungen, Amortisationen, Abschreibungen und Zuschreibungen.

D.1.2.7 Investmentvermögen

Das Investmentvermögen beinhaltet Anteile an Spezialsondervermögen (Anlageschwerpunkt: Aktien und Immobilien) sowie Anteile an Personen- und Kapitalgesellschaften.

Die Spezialsondervermögen werden mit dem Rücknahmepreis zum 31. Dezember 2019 bewertet. Bei den Anteilen an Personen- und Kapitalgesellschaften erfolgt die Bewertung zum Buchwert oder zum Rücknahmepreis (falls ein solcher vorliegt).

Die Anteile an Spezialsondervermögen werden unter HGB, im Gegensatz zur Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II, ausgehend von den Anschaffungswerten bzw. niedrigeren Buchwerten unter Berücksichtigung ggf. erforderlicher Abschreibungen bzw. Zuschreibungen zum Jahresabschluss nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Bewertung der Anteile an Personen- und Kapitalgesellschaften erfolgt mit fortgeführten Anschaffungskosten nach § 341b Abs. 2 HGB.

Die Unterschiede zwischen Solvency II und HGB resultieren aus der unterschiedlichen Bewertung der Spezialsondervermögen zum Rücknahmepreis bzw. der Anteile an Personen- und Kapitalgesellschaften zum Buchwert oder Rücknahmepreis unter Solvency II und zu fortgeführten Anschaffungskosten unter HGB.

D.1.2.8 Sonstige Kapitalanlagen

Die sonstigen Kapitalanlagen beinhalten ausschließlich nicht börsennotierte Aktien, deren Bewertung zum Buchwert oder zum Rücknahmepreis (falls ein solcher vorliegt) erfolgt.

Unter HGB erfolgt die Bewertung der nicht börsennotierten Aktien mit fortgeführten Anschaffungskosten nach § 341b Abs. 2 HGB.

Unterschiede zwischen Solvency II und HGB ergeben sich, aufgrund der einheitlichen Bewertung der nicht börsennotierten Aktien, nicht.

D.1.2.9 Einfeldbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Für eine Beschreibung der Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen, auf die sich die Bewertung für Solvabilitätszwecke stützt, wird auf Kapitel D.2.2.3 verwiesen. Erläuterungen zu den Unterschieden gegenüber der HGB-Bewertung können dem Kapitel D.2.3.3 entnommen werden.

D.1.2.10 Latente Steuerforderungen

Im Rahmen der Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II erfolgt ein unsaldierter Ausweis von latenten Steuerforderungen auf der Aktivseite und von latenten Steuerverbindlichkeiten auf der Passivseite.

Latente Steuerforderungen für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II sind auf temporäre und quasipermanente Bewertungsunterschiede zwischen der Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II und der Steuerbilanz zurückzuführen. Diese werden mit dem erwarteten Steuersatz zum Zeitpunkt der Auflösung der Bewertungsdifferenz multipliziert. Zum 31. Dezember 2019 beträgt der zugrunde gelegte Steuersatz 30,525 %. Die Steuerlatenzen ergeben sich im Wesentlichen bei den Forderungen aus Rückdeckungsversicherungen, den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie den Eventualverbindlichkeiten.

Im Gegensatz zur Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II entstehen latente Steuerforderungen unter HGB aus abweichenden Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanz.

Das Wahlrecht zum Ansatz latenter Steuerforderungen wird im handelsrechtlichen Jahresabschluss der Debeka Allgemeinen Versicherung erstmalig ausgeübt. Im Rahmen der Steuerabgrenzung wurden latente Steuerverbindlichkeiten mit latenten Steuerforderungen verrechnet.

Zum 31. Dezember 2019 resultieren die Unterschiede zwischen Solvency II und HGB aus den für die Bildung der latenten Steuerforderungen maßgeblichen Bewertungsunterschieden und aus dem unter HGB ausgeübten Saldierungswahlrecht für latente Steuerforderungen und latente Steuerverbindlichkeiten.

D.1.2.11 Sonstige Vermögenswerte

Die Kategorie „Sonstige Vermögenswerte“ enthält alle Vermögenswerte, die nicht bereits Bestandteil der anderen Kategorien sind. Hierzu zählen sonstige Forderungen, liquide Mittel (Termingelder mit einer Laufzeit von weniger als drei Monaten, Tagesgelder, laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand), Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Sachanlagen und Vorräte sowie übrige Vermögenswerte. Das Planvermögen zur Bedeckung der Verpflichtungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurde mit den korrespondierenden personenbezogenen Rückstellungen verrechnet. Ein etwaiger aktivischer Ausweis wurde nicht vorgenommen.

Die Bewertung der sonstigen Vermögenswerte erfolgt zum Nennwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten, da keine Restlaufzeiten vorliegen bzw. der Bewertungsunterschied gegenüber einer Bewertung zum Zeitwert nach dem IAS-16-Neubewertungsmodell (langlebige Vermögenswerte) bzw. nach dem IAS-2-Nettoveräußerungswert nicht wesentlich ist.

Im Rahmen der HGB-Bilanz erfolgt ebenfalls eine Bewertung zum Nennwert bzw. zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II und HGB ergeben sich lediglich aus dem Ansatz der Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft. Im Gegensatz zum handelsrechtlichen Abschluss erfolgt in der Solvabilitätsübersicht kein Ansatz dieser Forderungen. Darüber hinaus ergeben sich keine weiteren Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II und HGB.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

D.2.1 Übersicht

Zum 31. Dezember 2019 befinden sich sowohl Nichtlebensversicherungsverpflichtungen als auch Lebensversicherungsverpflichtungen gemäß Anhang I DVO im Bestand der Debeka Allgemeinen Versicherung. Für detaillierte Informationen zu den Versicherungsverpflichtungen und den Geschäftsbereichen der Debeka Allgemeinen Versicherung wird auf das Kapitel A.1.3 verwiesen.

In der folgenden Tabelle werden die versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II denen nach HGB separat für die einzelnen Geschäftsbereiche gegenübergestellt:

versicherungstechnische Rückstellungen zum 31. Dezember 2019	Solvabilitätsübersichtswert			HGB-Rück- stellung ¹⁾	Differenz ²⁾
	bester Schätzwert TEUR	Risikomarge TEUR	vt. Rückstel- lungen TEUR		
Berufsunfähigkeitsversicherung (Geschäftsbereich 2)	149.526	55.178	204.704	338.920	134.216
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 4)	79.357	13.316	92.673	219.346	126.673
Sonstige Kraftfahrtversicherung (Geschäftsbereich 5)	4.167	9.720	13.887	41.639	27.752
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung (Geschäftsbereich 6)	847	741	1.587	755	-832
Feuer- und andere Sachversicherungen (Geschäftsbereich 7)	-7.645	48.157	40.511	73.476	32.964
Allgemeine Haftpflichtversicherung (Geschäftsbereich 8)	3.448	13.913	17.361	47.875	30.514
Rechtsschutzversicherung (Geschäftsbereich 10)	133.596	12.544	146.140	199.062	52.922
Verschiedene finanzielle Verluste (Geschäftsbereich 12)	1.511	3.023	4.534	3.566	-968
Renten aus Nichtlebensversicherungs- verträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen (Geschäftsbereich 33)	70.583	898	71.481	75.144	3.663
Renten aus Nichtlebensversicherungs- verträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen mit Ausnahme von Krankenversicherungs- verpflichtungen (Geschäftsbereich 34)	8.384	28	8.413	8.838	425
insgesamt	443.774	157.517	601.291	1.008.621	407.330

¹⁾ Die HGB-Rückstellung der Lebensversicherungsverpflichtungen entspricht der Bruttodeckungsrückstellung. Die HGB-Rückstellung der Nichtlebensversicherungsverpflichtungen umfasst (i) die Bruttobeitragsüberträge, (ii) die Bruttorekstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, (iii) die Schwankungsrückstellungen sowie (iv) die sonstigen versicherungstechnischen Bruttorekstellungen.

²⁾ HGB-Rückstellung abzüglich dem Solvabilitätsübersichtswert der versicherungstechnischen Rückstellungen

In der Tabelle sind Bewertungsunterschiede zwischen der HGB-Rückstellung und den versicherungstechnischen Rückstellungen von 407.330 Tausend Euro erkennbar. Diese Differenz stellt stille Reserven dar und ist ein Indiz für die Auskömmlichkeit der HGB-Rückstellungen. Die quantitativen Unterschiede resultieren aus den unterschiedlichen Bewertungsmethoden zwischen Solvency II und HGB. Für detaillierte Informationen zu den wesentlichen Unterschieden zwischen der Bewertung gemäß Solvency II und HGB wird auf Kapitel D.2.3 verwiesen.

D.2.2 Informationen über die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Zahlungen der Debeka Allgemeinen Versicherung sind nicht durch gehandelte Finanzinstrumente replizierbar, sodass die versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß § 76 Abs. 1 VAG als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge bewertet werden.

Die besten Schätzwerte werden brutto berechnet, d. h. eine Berücksichtigung der Rückversicherung findet nicht statt. Die Methoden zur Berücksichtigung der Rückversicherung sind in Kapitel D.2.2.3 beschrieben. Des Weiteren entsprechen die besten Schätzwerte grundsätzlich dem wahrscheinlichkeitsgewichteten Durchschnitt künftiger Zahlungsströme aus bereits zum Bewertungsstichtag eingegangenen Verpflichtungen, unter Berücksichtigung des Zeitwertes des Geldes. Für die Diskontierung der Zahlungsströme wurde die von der EIOPA bereitgestellte ausfallrisikofreie Basiszinskurve zum 31. Dezember 2019 ohne Volatilitätsanpassung zugrunde gelegt.

Die Matching-Anpassung gemäß § 80 VAG, die Volatilitätsanpassung gemäß § 82 VAG, die Anpassung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve gemäß § 351 VAG sowie die Übergangsmaßnahme gemäß § 352 VAG wurden von der Debeka Allgemeinen Versicherung nicht beantragt und werden demnach nicht angewendet.

Im Folgenden werden für die Nichtlebens- und Lebensversicherungsverpflichtungen sowie die einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen die für die Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II verwendeten Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen sowie die Unsicherheitsgrade in der Bewertung beschrieben.

D.2.2.1 Nichtlebensversicherungsverpflichtungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen der Solvabilitätsübersicht für die Nichtlebensversicherungsverpflichtungen ergeben sich als Summe aus

- dem besten Schätzwert der Schadenrückstellungen,
- dem besten Schätzwert der Prämienrückstellungen sowie
- der Risikomarge.

Der für die Berechnung der besten Schätzwerte verwendete Projektionshorizont erstreckt sich über die gesamte Laufzeit aller erforderlichen Zahlungszuflüsse und Zahlungsabflüsse zur Erfüllung der Verpflichtungen aus bestehenden Versicherungsverträgen am Bewertungsstichtag. Die Bestimmung der Laufzeiten der Nichtlebensversicherungsverpflichtungen basiert auf dem in der Vergangenheit beobachteten Abwicklungsverhalten. Für langabwickelnde Nichtlebensversicherungsverpflichtungen werden entsprechend lange Abwicklungstails bis zum 50. Abwicklungsjahr angepasst.

Auf die einzelnen Bestandteile wird nachfolgend eingegangen.

Beste Schätzwert der Schadenrückstellungen

Beim besten Schätzwert der Schadenrückstellungen beziehen sich die Zahlungsstromprojektionen auf Schadenfälle, die bis zum Bewertungsstichtag unabhängig von ihrer Meldung eingetreten sind (d. h. alle eingetretenen, aber noch nicht abgewickelten Schäden). Die Zahlungsstromprojektionen umfassen alle künftigen Schadenzahlungen sowie die internen und externen Kosten im Zusammenhang mit diesen Schadenfällen.

Grundlage für die Berechnung des besten Schätzwerts der Schadenrückstellungen sind Abwicklungsdreiecke, welche bzgl. der Annahmen unterschiedlicher aktuarieller Reservierungsmodelle (z. B. Chain-Ladder-Modell, additives Modell) auf Angemessenheit analysiert werden. Innerhalb der Analyse fließen Expertenmeinungen ein. Diese sind ausschlaggebend für die Wahl des verwendeten Datenzeitraums, den Umgang mit eventuellen Ausreißern in der Datenbasis und letztendlich für die Auswahl einer geeigneten Reservierungsmethode.

Die Methode zur Bewertung des besten Schätzwerts der Schadenrückstellungen basiert auf den Annahmen des herangezogenen aktuariellen Reservierungsmodells. Trotz der Überprüfung der Angemessenheit der Modellannahmen ist aufgrund der Ungewissheit zukünftiger Ereignisse jede Modellierung künftiger Zahlungsströme mit einem gewissen Maß an Unsicherheit behaftet. Um Hinweise auf mögliche Modellfehler zu erhalten und um die Unsicherheit beurteilen zu können, werden Ergebnisse mit verschiedenen additiven und multiplikativen Reservierungsverfahren berechnet und verglichen.

Gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum wurden keine wesentlichen Änderungen bei der Bewertung des besten Schätzwerts der Schadenrückstellungen vorgenommen.

Bester Schätzwert der Prämienrückstellungen

Beim besten Schätzwert der Prämienrückstellungen beziehen sich die Zahlungsstromprojektionen auf Schadenfälle, die nach dem Bewertungsstichtag und während der Restlaufzeit (Deckungsdauer) der bereits zum Bewertungsstichtag eingegangenen Verpflichtungen (erfasste Verträge) eintreten. Die Zahlungsstromprojektionen umfassen alle künftigen Schadenzahlungen sowie externe und interne Kosten im Zusammenhang mit diesen Schadenfällen. Zudem werden Zahlungsströme der Kosten aufgrund der laufenden Verwaltung der Bestandsverträge sowie der erwarteten künftigen Bruttobeiträge innerhalb der Vertragsgrenzen aus den bereits zum Bewertungsstichtag eingegangenen Verpflichtungen berücksichtigt.

Grundlagen für die Berechnung des besten Schätzwerts der Prämienrückstellungen sind die Risikotragungen aufgrund bereits zum Bewertungsstichtag eingegangener Verpflichtungen, prognostizierte Verwaltungs- und Akquisitionskostenquoten sowie prognostizierte ökonomische Schadenaufwandsquoten für die zukünftigen Schadenanfalljahre. Die Risikotragungen der zukünftigen Schadenanfalljahre aufgrund der bereits zum Bewertungsstichtag eingegangenen Verpflichtungen entsprechen den noch nicht verdienten Bruttobeiträgen dieser Verpflichtungen. Sie setzen sich zum einen aus den bereits gebuchten, aber noch nicht verdienten Bruttobeiträgen und zum anderen aus den noch zu erwartenden Bruttobeiträgen innerhalb der Vertragsgrenzen dieser bereits eingegangenen Verpflichtungen zusammen. Die prognostizierten ökonomischen Schadenaufwandsquoten werden basierend auf den Ergebnissen der Bewertung der Schadenrückstellungen ermittelt.

Um die für die Bewertung der Prämienrückstellungen relevanten ökonomischen Schadenaufwände der zukünftigen Schadenanfalljahre zu erhalten, werden die prognostizierten ökonomischen Schadenaufwandsquoten mit der entsprechenden Risikotragung aufgrund der bereits zum Bewertungsstichtag eingegangenen Verpflichtungen multipliziert. Anschließend erfolgt mittels des bei der Bewertung der Schadenrückstellungen ermittelten Abwicklungsverhaltens eine Aufteilung in Zahlungsströme. Für die Zahlungsströme der innerhalb der Vertragsgrenzen anfallenden zukünftigen Verwaltungs- und Akquisitionskosten erfolgt eine analoge Skalierung auf die Risikotragung der bereits zum Bewertungsstichtag eingegangenen Verpflichtungen. Anschließend werden von den Schaden- und Kostenzahlungsströmen die Zahlungsströme der noch zu erwartenden künftigen Bruttobeiträge der bereits zum Bewertungsstichtag eingegangenen Verpflichtungen in Abzug gebracht.

Die Methode zur Bewertung des besten Schätzwerts der Prämienrückstellungen basiert auf der Annahme, dass sowohl die ökonomischen Schadenaufwands- als auch die Verwaltungs- und Akquisitionskostenquoten im Zeitverlauf nicht wesentlich schwanken.

Um Hinweise für die Unsicherheit in der Bewertung der Prämienrückstellungen zu erhalten, werden analog den Schadenrückstellungen Ergebnisse mit verschiedenen Verfahren berechnet und verglichen.

Gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum wurden keine wesentlichen Änderungen bei der Bewertung des besten Schätzwerts der Prämienrückstellungen vorgenommen.

Risikomarge

Die Risikomarge wird gemäß Art. 37, 38 und 39 DVO mit dem vorgeschriebenen Kapitalkostenansatz von 6,0 % für das gesamte Unternehmen berechnet. Maßgeblich für die Berechnung der Risikomarge für das gesamte Unternehmen sind projizierte Solvabilitätskapitalanforderungen, die sich aus den versicherungstechnischen Risiken, dem Ausfallrisiko und dem operationellen Risiko zu allen künftigen Bilanzterminen bis zur Abwicklung des Bestands zusammensetzen. Wegen der Komplexität der Projektion der Solvabilitätskapitalanforderung sind gemäß Art. 58 DVO Vereinfachungen notwendig und zulässig. Die näherungsweise Projektion der Solvabilitätskapitalanforderung erfolgt entsprechend der von EIOPA veröffentlichten „Leitlinien zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen (EIOPA-BoS-14/166 DE)“ nach Methode 2 der Leitlinie 62 anhand der Abwicklung der besten Nettoschätzwerte.

Zur Ermittlung der Risikomargen der einzelnen Geschäftsbereiche wird die Risikomarge des gesamten Unternehmens nach dem diskreten Marginalprinzip von Merton/Perold auf die einzelnen Geschäftsbereiche aufgeteilt.

Gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum wurden keine wesentlichen Änderungen bei der Bewertung der Risikomarge vorgenommen.

D.2.2.2 Lebensversicherungsverpflichtungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen der Solvabilitätsübersicht für die Lebensversicherungsverpflichtungen ergeben sich als Summe aus

- dem besten Schätzwert der Rentenrückstellungen und
- der Risikomarge.

Nachfolgend wird nur auf den besten Schätzwert der Rentenrückstellungen eingegangen. Für Details zur Risikomarge wird auf die Ausführungen innerhalb der Nichtlebensversicherungsverpflichtungen verwiesen.

Bester Schätzwert der Rentenrückstellungen

Beim besten Schätzwert der Rentenrückstellungen beziehen sich die Zahlungsstromprojektionen auf zum Bewertungsstichtag bestehende Rentenverpflichtungen aus Nichtlebensversicherungsverträgen. Die Zahlungsstromprojektionen umfassen alle künftigen Rentenzahlungen sowie die Verwaltungskosten im Zusammenhang mit diesen Rentenverpflichtungen. Zahlungszuflüsse existieren nicht.

Grundlage für die Berechnung des besten Schätzwerts der Rentenrückstellungen sind Überlebens- bzw. Sterbewahrscheinlichkeiten und berechnungsrelevante, individuelle Daten pro Rentenempfänger. Die Sterbewahrscheinlichkeiten werden der von der DAV veröffentlichten Sterbetafel für Haftpflicht- und Unfallrenten entnommen.

Die bei der Berechnung des besten Schätzwerts für Rentenrückstellungen verwendeten Zahlungsstromprojektionen werden für jeden Rentenempfänger separat ermittelt. Bei den Zahlungsstromprojektionen handelt es sich um erwartete Zahlungen, welche auf den Rentenhöhen zum Bewertungsstichtag und den Überlebenswahrscheinlichkeiten der Rentenempfänger basieren. Die Inflation hat keine Auswirkung auf die Rentenverpflichtungen ohne vereinbarte Dynamisierung. Für Rentenverpflichtungen mit vereinbarter Dynamisierung wird die Inflation jährlich mit 2,60 % berücksichtigt.

Die Unsicherheit in der Bewertung der Rentenrückstellungen ergibt sich hauptsächlich aufgrund der Unsicherheit, ob die für die Bewertung verwendete Sterbetafel die Sterbewahrscheinlichkeiten der Rentenempfänger im Bestand der Debeka Allgemeinen Versicherung angemessen widerspiegelt. Um Hinweise für die Unsicherheiten zu erhalten, werden die Ergebnisse unter Zugrundelegung unterschiedlicher Sterbetafeln erzeugt und verglichen.

Gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum wurden keine wesentlichen Änderungen bei der Bewertung des besten Schätzwerts der Rentenrückstellungen vorgenommen.

D.2.2.3 EINFORDERBARE BETRÄGE AUS RÜCKVERSICHERUNGSVERTRÄGEN

Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen der Solvabilitätsübersicht ergeben sich als Summe aus

- einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen bzgl. der Schadenrückstellungen,
- einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen bzgl. der Prämienrückstellungen sowie
- einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen bzgl. der Rentenrückstellungen.

Sie werden der Aktivseite der Solvabilitätsübersicht zugeordnet und nicht mit den besten Schätzwerten saldiert. Die Berechnung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen erfolgt separat bzgl. der Schaden-, der Prämien- und der Rentenrückstellungen. Auf die einzelnen Bestandteile der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen wird nachfolgend eingegangen.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen bzgl. der Schaden- sowie bzgl. der Prämienrückstellungen

Sowohl die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen bzgl. der Schadenrückstellungen als auch die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen bzgl. der Prämienrückstellungen werden nach der „Brutto-zu-Netto-Vereinfachung auf Basis der kumulierten Schadenzahlungen“ des technischen Anhangs V der von EIOPA veröffentlichten „Leitlinien zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen“ berechnet. Dabei werden die Zahlungsstromprojektionen der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen erzeugt, indem geschätzte Brutto-zu-Netto-Verhältnisse pro Schadenanfalljahr auf die Bruttozahlungsstromprojektionen, die der Bewertung der besten Schätzwerte zugrunde liegen, angewendet werden. Die Brutto-zu-Netto-Verhältnisse pro Schadenanfalljahr werden auf Basis der Brutto- und Netto-Abwicklungsdreiecke geschätzt. Die Zahlungsströme werden separat pro Rückversicherer berechnet, wobei auch eine Anpassung um den erwarteten Ausfall des Rückversicherers vorgenommen wird. Die Berechnung der Anpassung um den erwarteten Ausfall beruht auf der vereinfachten Annahme, dass die Ratings und somit auch die Ausfallwahrscheinlichkeiten der Rückversicherer über den Zeitverlauf konstant bleiben. Innerhalb der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen bzgl. der Prämienrückstellungen werden auch die an den bzw. die Rückversicherer zu leistenden Prämienzahlungen berücksichtigt. Dabei wird, falls nichts Gegenteiliges bekannt ist, davon ausgegangen, dass die aktuelle Rückversicherungsstruktur auch zukünftig beibehalten wird.

Der Unsicherheitsgrad in der Bewertung beruht einerseits auf dem Unsicherheitsgrad der Bruttozahlungsstromprojektionen, die der Bewertung der besten Schätzwerte zugrunde liegen, und andererseits auf der Unsicherheit der geschätzten Brutto-zu-Netto-Verhältnisse sowie der Unsicherheit der auf den Ratings der Rückversicherer basierenden Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum wurden keine wesentlichen Änderungen bei der Bewertung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen vorgenommen.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen bzgl. der Rentenrückstellungen

Die Modellierung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen bzgl. der Rentenrückstellungen wurde gegenüber der letztjährigen Bewertung weiterentwickelt und verfeinert. Anstelle einer kumulierten Betrachtung wurde erstmalig eine separate Bewertung pro Rentenempfänger vorgenommen. Basierend auf dem Rückversicherungsschutz des Anfalljahres des Schadens, der zur Rente geführt hat, und den prognostizierten Bruttozahlungsströmen aus der Bewertung der Rentenrückstellungen, werden die Rückversicherungszahlungsströme abgeleitet.

Anschließend erfolgt, analog zur Bewertung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen bzgl. der Schadenrückstellungen, eine Anpassung um den erwarteten Ausfall des Rückversicherers.

Der Unsicherheitsgrad in der Bewertung beruht einerseits auf dem Unsicherheitsgrad der Bruttozahlungsstromprojektionen, die der Bewertung der besten Schätzwerte zugrunde liegen, und andererseits auf der Unsicherheit der auf den Ratings der Rückversicherer basierenden Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum wurden die o. g. Änderungen bei der Bewertung der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen bzgl. der Rentenrückstellungen vorgenommen.

D.2.3 Qualitative Erläuterung der Unterschiede zwischen der Bewertung gemäß Solvency II und HGB

Im Folgenden werden jeweils für die Nichtlebens- und Lebensversicherungsverpflichtungen sowie die einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen die Unterschiede zwischen den Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen erläutert, auf die sich die Debeka Allgemeine Versicherung bei der Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II und ihrem HGB-Abschluss stützt.

D.2.3.1 Nichtlebensversicherungsverpflichtungen

Für detaillierte Informationen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II wird auf Kapitel D.2.2.1 verwiesen.

Die versicherungstechnischen Bruttorekstellungen nach HGB beinhalten die Positionen

- Beitragsüberträge,
- Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle,
 - Teilrückstellungen für bekannte Schäden
 - Teilrückstellungen für Spätschäden (unterteilt in bekannte und unbekannte Spätschäden)
 - Teilrückstellungen für Schadenregulierungskosten
 - abzüglich der RPT-Forderungen
- Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen sowie
- sonstige versicherungstechnische Rückstellungen.

Auf die einzelnen Positionen der Bruttorekstellungen nach HGB wird nachfolgend eingegangen. Im Anschluss erfolgt eine kurze Zusammenfassung der Unterschiede zwischen den Bewertungsansätzen nach Solvency II und HGB.

Beitragsüberträge

Versicherungsprämien werden in der Regel im Voraus für die Versicherungsperiode gezahlt. Diese stimmt nicht immer mit der Rechnungsperiode überein. Nach dem Grundsatz der periodengerechten Erfolgsermittlung werden daher diejenigen Teile der Prämienzahlungen abgegrenzt, die zwar im aktuellen Geschäftsjahr fällig sind, aber die Folgeperiode betreffen. Stimmen Versicherungs- und Rechnungsperiode überein, sind Beitragsüberträge nicht notwendig. Die Beitragsüberträge werden für jeden Versicherungsvertrag einzeln berechnet. Nicht übertragungsfähige Beitragsteile werden gemäß dem entsprechenden BMF-Schreiben ermittelt und in Abzug gebracht.

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Teilrückstellungen für bekannte Schäden: Rechtsgrundlage für die Rückstellung von bekannten Versicherungsfällen ist § 341g Abs. 1 HGB. Darunter versteht man Aufwendungen für bis zum Stichtag eingetretene und gemeldete Versicherungsfälle, die noch nicht vollständig reguliert sind. Grundsätzlich werden die bekannten und offenen Schadenfälle einzeln bewertet (Einzelbewertungsgrundsatz). Dabei wird insbesondere das bilanzrechtliche Vorsichtsprinzip berücksichtigt, um die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen sicherzustellen.

Teilrückstellungen für Spätschäden: Die Spätschäden werden unterschieden nach dem Zeitpunkt der Meldung des Schadens in bekannte und unbekannte Spätschäden. Die bekannten Spätschäden (Meldejahr ungleich Schadenjahr) werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung behandelt. Bei unbekanntem Spätschäden handelt es sich um solche Schäden, die im Geschäftsjahr oder in Vorjahren eingetreten, aber

zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses noch nicht gemeldet sind. Mangels vorliegender Schadenmeldungen ist eine Einzelbewertung nicht möglich. Daher werden die Schäden pauschal bewertet. Hierbei bilden jährliche Analysen hinsichtlich der Stückzahl der gemeldeten Spätschäden und die Höhe der damit verbundenen Aufwendungen, differenziert nach Schadenanfalljahren, die Grundlage.

Teilrückstellungen für Schadenregulierungskosten: Die Rückstellungen für Schadenregulierungskosten lassen sich in direkte und indirekte Schadenregulierungskosten unterteilen. Die direkten Schadenregulierungskosten umfassen z. B. Kosten für Gerichtsverfahren. Zu den indirekten Schadenregulierungskosten gehören die Aufwendungen für betriebseigene Schadenabteilungen. Die direkten Schadenregulierungskosten können den einzelnen Schadenfällen eindeutig zugeordnet werden. Für diese gilt daher der Grundsatz der Einzelschadenreservierung. Indirekte Schadenregulierungskosten können den einzelnen Schäden nicht eindeutig zugeordnet werden. Daher erfolgt für die zukünftig anfallenden indirekten Schadenregulierungskosten eine pauschale Berechnung.

RPT-Forderungen: Forderungen aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen (RPT) werden vom Rückstellungsbetrag abgesetzt. Dies erfolgt deswegen, weil hier Rückgriffe auf Dritte (Regress) oder Ansprüche auf ein versichertes Objekt bestehen (Provenues) oder mehrere Versicherer haften (Teilungsabkommen).

Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen

Die Schwankungsrückstellung dient dem Ausgleich der Schwankungen im Schadenverlauf künftiger Jahre. Sie ist zu bilden, wenn erfahrungsgemäß mit erheblichen Schwankungen der jährlichen Aufwendungen für Versicherungsfälle zu rechnen ist und diese Schwankungen weder durch Beiträge ausgeglichen werden noch durch Rückversicherungen gedeckt sind. Durch die Bildung einer Schwankungsrückstellung wird eine Homogenisierung der Ergebnisse herbeigeführt. Die Grundlagen für die Schwankungsrückstellung sind in § 341h HGB sowie der Anlage zu § 29 RechVersV geregelt.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Diese Rückstellungen stellen einen Sammelposten für diejenigen versicherungstechnischen Rückstellungen dar, die keiner anderen Rückstellung zugeordnet werden können. Es handelt sich im Wesentlichen um die Stornorückstellung für Wagnisfortfall bzw. -minderung, die nach einem Pauschalverfahren gebildet werden, das die Erfahrungswerte der Vergangenheit berücksichtigt.

Zusammenfassung der Unterschiede zwischen den Bewertungsansätzen nach Solvency II und HGB

Im Gegensatz zur HGB-Bewertung wird unter Solvency II eine marktkonsistente ökonomische Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Berücksichtigung des Zeitwerts des Geldes vorgenommen. Die Bewertung unter Solvency II erfolgt nicht auf Einzelvertragsbasis, sondern auf kollektiver Ebene durch Anwendung von mathematischen Verfahren. Zudem sind, abweichend zur HGB-Bewertung, auch Kapitalanlageverwaltungskosten bei der Berechnung der besten Schätzwerte zu berücksichtigen. Des Weiteren gilt unter Solvency II kein Vorsichtsprinzip. Stattdessen ist eine explizite Risikomarge zu bilden. Die Berücksichtigung zukünftiger Gewinne in dem besten Schätzwert der Prämienrückstellungen stellt ebenfalls einen wesentlichen Unterschied dar.

D.2.3.2 Lebensversicherungsverpflichtungen

Für detaillierte Informationen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II wird auf Kapitel D.2.2.2 verwiesen.

Die versicherungstechnischen Bruttorekstellungen nach HGB sind die sog. Deckungsrückstellungen. Sowohl die Deckungsrückstellungen als auch die besten Schätzwerte der Rentenrückstellungen entsprechen Barwerten und werden unter Zugrundelegung von Sterbewahrscheinlichkeiten bestimmt. Allerdings gibt es vier Unterschiede. Der erste Unterschied besteht darin, dass unter Solvency II, abweichend zur HGB-Bewertung, auch Kapitalanlageverwaltungskosten zu berücksichtigen sind. Zudem ist unter Solvency II, im Gegensatz zur HGB-Bewertung, eine explizite Risikomarge zu bilden. Der dritte Unterschied liegt in

der Bildung der Barwerte. Während diese unter HGB mithilfe von Kommutationswerten und dem aktuellen Rechnungszins ermittelt werden, erfolgt die Diskontierung der erwarteten Zahlungsströme unter Solvency II mit der maßgeblichen risikofreien Zinskurve. Die für die Bewertung verwendeten Sterblichkeitsannahmen stellen den vierten Unterschied dar. Während die HGB-Bewertung aufgrund des Vorsichtsprinzips mittels vorsichtiger Sterbewahrscheinlichkeiten (Rechnungsgrundlagen erster Ordnung) vorgenommen wird, basiert die Ermittlung der besten Schätzwerte unter Solvency II auf realistischen Sterbewahrscheinlichkeiten (Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung).

D.2.3.3 Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Für detaillierte Informationen zu den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen unter Solvency II wird auf das Kapitel D.2.2.3 verwiesen.

Im Gegensatz zur Bewertung unter Solvency II erfolgt unter HGB kein unsaldierter Ausweis der Rückversicherungsanteile an den versicherungstechnischen Rückstellungen auf der Aktivseite. Es erfolgt dagegen ein offener saldierter Ausweis auf der Passivseite. Die Anteile der von den Rückversicherern zu übernehmenden Rückstellungen an den HGB-Einzelschadenreserven der Schadenexzedentenverträge ermittelt der führende Rückversicherer. Dazu erhält dieser von der Debeka Allgemeinen Versicherung eine Auflistung der Einzelreserven und nimmt eine Indizierung der jeweiligen Reserven vor. Die Indizierung berücksichtigt dabei das Inflationsrisiko, das – wie vertraglich vereinbart – nicht allein durch den Rückversicherer getragen werden soll. Nach Durchführung der Berechnungen wird der Debeka Allgemeinen Versicherung die Höhe der von den Rückversicherern übernommenen Rückstellungen übermittelt. Bei der proportionalen Rückversicherung ermittelt die Debeka Allgemeine Versicherung den vom Rückversicherer zu übernehmenden Anteil anhand der Quote.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

D.3.1 Übersicht

In der folgenden Tabelle werden die sonstigen Verbindlichkeiten nach Solvency II und HGB aggregiert nach wesentlichen Gruppen gegenübergestellt und die Bewertungsunterschiede ausgewiesen:

sonstige Verbindlichkeiten	Solvency II TEUR	HGB TEUR	Differenz TEUR
nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	—
sonstige Rückstellungen	52.446	47.052	5.394
latente Steuerverbindlichkeiten	202.560	—	202.560
Eventualverbindlichkeiten	40.000	—	40.000
sonstige Verbindlichkeiten	32.654	32.654	—
insgesamt	327.660	79.706	247.954

D.3.2 Informationen über die Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten

Im Folgenden werden entlang der wesentlichen Gruppen von sonstigen Verbindlichkeiten die für die Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II verwendeten Grundlagen, Methoden, Hauptannahmen sowie die Unterschiede gegenüber HGB beschrieben.

D.3.2.1 Nachrangige Verbindlichkeiten

Zum 31. Dezember 2019 sind keine nachrangigen Verbindlichkeiten bei der Debeka Allgemeinen Versicherung vorhanden.

D.3.2.2 Sonstige Rückstellungen

Die Kategorie „Sonstige Rückstellungen“ enthält sogenannte personenbezogene Rückstellungen und übrige Rückstellungen. Die personenbezogenen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Versorgungsverpflichtungen. Das Planvermögen zur Bedeckung der Verpflichtungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurde mit den korrespondierenden personenbezogenen Rückstellungen verrechnet.

Bei den personenbezogenen Rückstellungen handelt es sich um leistungsorientierte gemeinschaftliche Versorgungspläne mehrerer Arbeitgeber, die nach IAS 19 mit dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung (PUC-Methode) zum Bewertungsstichtag bewertet werden. Die Diskontierung erfolgt unter Solvency II mit langfristigen Zinssätzen für erstrangige festverzinsliche Industriefinanzierungen. Im Übrigen werden die gleichen Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen (Sterblichkeit, Fluktuationen und künftige Rentenentwicklungen) verwendet wie unter HGB.

Die Abzinsung unter HGB erfolgt bei den personenbezogenen Rückstellungen mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Marktzins. Dieser ergibt sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren.

Die Bewertung des Planvermögens zur Bedeckung der Verpflichtungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt sowohl unter Solvency II als auch unter HGB zum Zeitwert und wird mit dem vom Versicherer mitgeteilten Deckungskapital sowie den gutgeschriebenen Überschussanteilen angesetzt.

Die Bewertung der übrigen Rückstellungen erfolgt unter HGB mit dem Erfüllungsbetrag. Auch für Solvency II erfolgt der Ansatz aus Wesentlichkeitsgründen grundsätzlich nach den handelsrechtlichen Regelungen. Ein unterschiedlicher Bewertungsansatz ergibt sich lediglich bei der Rückstellung für die wahrscheinliche Inanspruchnahme aus der im Interesse der Debeka Pensionskasse AG abgegebenen Beistandserklärung gegenüber der Neuen Rückversicherungs-Gesellschaft AG.

Zum 31. Dezember 2019 resultieren die Unterschiede zwischen Solvency II und HGB aus der Anwendung unterschiedlicher Zinssätze für die Diskontierung der Verpflichtungen.

D.3.2.3 Latente Steuerverbindlichkeiten

Im Rahmen der Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II erfolgt ein unsaldierter Ausweis von latenten Steuerforderungen auf der Aktivseite und von latenten Steuerverbindlichkeiten auf der Passivseite.

Latente Steuerverbindlichkeiten für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II sind auf temporäre und quasi-permanente Bewertungsunterschiede zwischen der Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II und der Steuerbilanz zurückzuführen. Sie werden mit dem erwarteten Steuersatz zum Zeitpunkt der Auflösung der Bewertungsdifferenz multipliziert. Zum 31. Dezember 2019 beträgt der zugrunde gelegte Steuersatz 30,525 %. Die Steuerlatenzen ergeben sich im Wesentlichen bei den Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeitvereinbarung sowie den versicherungstechnischen Rückstellungen.

Im Gegensatz zur Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II entstehen latente Steuerverbindlichkeiten unter HGB aus abweichenden Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanz.

Unter HGB wird vom Wahlrecht zum unsaldierten Ausweis der sich insgesamt ergebenden Steuerbe- und -entlastungen nach § 274 Abs. 1 HGB kein Gebrauch gemacht.

Zum 31. Dezember 2019 resultieren die Unterschiede zwischen Solvency II und HGB aus den für die Bildung der latenten Steuerverbindlichkeiten maßgeblichen Bewertungsunterschieden und aus dem unter HGB ausgeübten Saldierungswahlrecht für latente Steuerforderungen und latente Steuerverbindlichkeiten.

D.3.2.4 Eventualverbindlichkeiten

Verbindlichkeiten, deren Wahrscheinlichkeit der Zahlungspflicht unter 50 % liegt, werden als Eventualverbindlichkeiten bezeichnet. Diese sind in der Solvabilitätsübersicht anzusetzen, wenn sie als wesentlich erachtet werden.

Die Bewertung der Eventualverbindlichkeiten erfolgt unter Solvency II grundsätzlich unter Verwendung der risikofreien Zinsstrukturkurve mit dem erwarteten Barwert (unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeit) der zukünftigen Zahlungsströme, welche zur Erfüllung der Eventualverbindlichkeit über ihre Laufzeit erforderlich sind.

Die in der Solvabilitätsübersicht zum 31. Dezember 2019 angesetzte Eventualverbindlichkeit für die Beistandserklärung, die im Interesse der Debeka Pensionskasse gegenüber der Neuen Rückversicherungs-Gesellschaft AG abgegeben wurde, beträgt 40.000 Tausend Euro.

Im Gegensatz zur Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II sind nach HGB Eventualverbindlichkeiten nicht in der Bilanz anzusetzen, sondern lediglich im Anhang des Geschäftsberichtes anzugeben.

Zum 31. Dezember 2019 resultieren die Unterschiede zwischen Solvency II und HGB aus den unterschiedlichen Ansatzvorschriften.

D.3.2.5 Sonstige Verbindlichkeiten

Die Kategorie „Sonstige Verbindlichkeiten“ enthält alle Verpflichtungen, die nicht bereits Bestandteil der anderen Kategorien sind. Hierzu zählen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, andere Finanzverbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Depotverbindlichkeiten und Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft liegen zum Stichtag nicht vor.

Die Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten erfolgt unter Solvency II und HGB zum Erfüllungsbetrag (ggf. abzüglich bereits geleisteter Zahlungen), da keine Restlaufzeiten vorliegen bzw. der Bewertungsunterschied gegenüber einer Bewertung zum Zeitwert nicht wesentlich ist.

Zum 31. Dezember 2019 sind insofern keine Unterschiede zwischen der Bewertung für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II und HGB vorhanden.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Alternative Bewertungsmethoden finden für Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeitvereinbarung Anwendung. Für alle Kapitalanlagen, für die keine Marktnotierung vorliegt, erfolgt die Bewertung, wie in Kapitel D.1.2.6 dargestellt, mit einem stochastischen finanzmathematischen Modell.

Die Anwendung eines stochastischen Modells wird aufgrund der Kapitalanlagestruktur der Debeka Allgemeinen Versicherung notwendig, welche auch nicht börsennotierte Kapitalanlagen mit Zins- und Laufzeitvereinbarung und insbesondere auch sogenannte Callables beinhaltet. Dies sind Kapitalanlagen, bei denen der jeweilige Emittent einseitig über das Recht verfügt, die vereinbarte Laufzeit durch das Aussprechen einer Kündigung zu verkürzen. Die Ausübung einer solchen Kündigungsoption verkürzt den für die Bewertung maßgeblichen (Rück-)Zahlungsstrom. Eine deterministische Bewertung würde implizieren, dass sich der Emittent bereits heute festlegt, ob und wann er von der Kündigungsoption Gebrauch macht. Typischerweise muss er dies aber nicht, sondern erst zum Zeitpunkt der Kündigungsoption. Die Verwendung stochastischer Simulationen zeichnet ein Bild der Unsicherheit der künftigen Zinsstrukturkurven am Kapitalmarkt, die für die Kündigungsentscheidung der Emittenten zu den jeweils möglichen Zeitpunkten maßgeblich sind.

Die grundlegende Annahme dabei ist, dass die Emittenten finanzrational über ihre Refinanzierungsmöglichkeiten entscheiden. Unter dieser Annahme erfolgt die Ausübung eines Kündigungsrechts nur dann, wenn der Emittent hierdurch einen finanziellen Vorteil erlangt. Dies ist regelmäßig der Fall, wenn die Aufnahme von Mitteln zu den dann geltenden Marktkonditionen für ihn günstiger ist.

Naturngemäß ergeben sich durch die Verwendung eines Modells als Vereinfachung der Realität und durch die numerische Simulation eines stochastischen Prozesses Unsicherheiten:

- Im Modell können Schuldner zu Kategorien zusammengefasst werden. Dabei können z. B. Bonitätsklassen zusammengefasst werden oder individuelle Merkmale einzelner Emittenten außer Betracht bleiben.
- Insbesondere in globalen Krisensituationen verhält sich der Kapitalmarkt, auf dem es durch den Ausgleich von Angebot und Nachfrage zur Preisbildung und damit auch zu den Zinsstrukturkurven kommt, höchst irrational und damit unvorhersehbar. Es gibt keine Möglichkeit, die Zinsstrukturkurven im Bewertungsmodell oder die Parameter im stochastischen Prozess so zu wählen, dass auch solche Szenarien abgebildet werden.
- Mögliche zukünftige Veränderungen der Bewertungskriterien, die in den Emittenten selbst liegen könnten (z. B. Veränderungen der Bonität), bleiben im stochastischen Prozess außer Betracht.

D.5 Sonstige Angaben

Andere wesentliche Informationen zur Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten für Zwecke der Solvabilität nach Solvency II liegen aktuell nicht vor.



E | Kapitalmanagement

E Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

E.1.1 Ziele, Leitlinien und Verfahren beim Management der Eigenmittel

Das Management der Eigenmittel stellt sicher, dass jederzeit ausreichend Eigenmittel zur Bedeckung der Solvabilitätskapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung zur Verfügung stehen. In der Kapitalmanagementleitlinie werden die Rahmenbedingungen beschrieben und die Verfahren zum Management der Eigenmittel festgelegt. Änderungen an den Zielen, Politiken und Verfahren zum Management der Eigenmittel fanden im Berichtszeitraum nicht statt. Im Rahmen des ORSA werden Prognoserechnungen für die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel und Eigenmittelanforderungen für einen Prognosezeitraum von fünf Jahren erstellt.

E.1.2 Konditionen und Bedingungen der Eigenmittelbestandteile

In der folgenden Tabelle werden Struktur, Höhe und Qualität der Eigenmittel aufgeteilt in Qualitätsklassen sowohl zum 31. Dezember 2019 als auch zu Vergleichszwecken zum 31. Dezember 2018 dargestellt:

	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderung TEUR
Basiseigenmittel ¹⁾	1.673.428	1.405.741	267.688
davon Qualitätsklasse 1	1.673.428	1.405.741	267.688
davon Grundkapital	38.000	38.000	—
davon auf Grundkapital entfallendes Agio	17.481	17.481	—
davon Ausgleichssaldo	1.617.948	1.350.260	267.688
davon Qualitätsklasse 2	—	—	—
davon Qualitätsklasse 3	—	—	—

¹⁾ Die Basiseigenmittel bestimmen sich aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht abzüglich vorhersehbarer Dividenden des Berichtsjahres und Ausschüttungen.

Im Berichtszeitraum sind die Eigenmittel um 267.688 Tausend Euro gestiegen. Der Anstieg resultiert aus dem positiven Ergebnis des Geschäftsjahres 2019 sowie den zunehmenden Bewertungsreserven.

Die folgende Tabelle stellt den anrechnungsfähigen Betrag der Basiseigenmittel sowohl zur Bedeckung der Solvabilitätskapitalanforderung als auch zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderung unterteilt nach Qualitätsklassen dar:

	2019 TEUR
anrechnungsfähige Eigenmittel zur SCR-Bedeckung	1.673.428
davon Qualitätsklasse 1	1.673.428
davon Qualitätsklasse 2	—
davon Qualitätsklasse 3	—
anrechnungsfähige Eigenmittel zur MCR-Bedeckung	1.673.428
davon Qualitätsklasse 1	1.673.428
davon Qualitätsklasse 2	—

Die folgende Tabelle stellt die Zusammensetzung des für Solvabilitätszwecke berechneten Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten dem Eigenkapital nach HGB gegenüber:

	Solvency II TEUR	HGB TEUR
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht	1.673.428	1.238.389
abzüglich vorhersehbare Dividenden des Berichtsjahres und Ausschüttungen	—	—
Basiseigenmittel	1.673.428	1.238.389
davon Qualitätsklasse 1	1.673.428	—
davon Grundkapital	38.000	38.000
davon auf Grundkapital entfallendes Agio	17.481	17.481
davon Ausgleichssaldo	1.617.948	—
davon Kapitalrücklage außer dem Agio nach HGB	3.068	3.068
davon Gewinnrücklage nach HGB	1.116.461	1.116.461
davon Bilanzgewinn nach HGB	63.379	63.379
davon Anpassungen durch Neubewertung der Vermögenswerte und der Verpflichtungen (nach Abzug der vorhersehbaren Dividende des Berichtsjahres und Ausschüttungen)	435.039	—
davon Qualitätsklasse 2	—	—
davon Qualitätsklasse 3	—	—

Ergänzende Eigenmittel sind aktuell nicht vorhanden. Die vorliegenden Basiseigenmittel unterliegen keinen Anrechenbarkeitsbeschränkungen. Die Debeka Allgemeine Versicherung verfügt über keine Basiseigenmittelbestandteile mit Übergangsbestimmungen.

E.2 Solvabilitätskapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Die Debeka Allgemeine Versicherung verwendet für die Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung die Standardformel. Sie wendet keine der nach § 109 VAG möglichen vereinfachten Berechnungen oder der mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde möglichen unternehmensspezifischen Parameter bei der Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung an. Das durationsbasierte Aktienmodell gemäß Art. 304 der Richtlinie 2009/138/EG wurde ebenfalls nicht beantragt und nicht verwendet. Die Berechnung der Mindestkapitalanforderung erfolgt gemäß den Art. 248, 249 und 251 DVO.

E.2.1 Solvabilitätskapitalanforderungen zum 31. Dezember 2019, aufgeschlüsselt nach Risikomodulen

In der folgenden Tabelle werden die Solvabilitätskapitalanforderungen der Debeka Allgemeinen Versicherung für die einzelnen Risikomodule sowohl zum 31. Dezember 2019 als auch zu Vergleichszwecken zum 31. Dezember 2018 dargestellt. Dabei sind die Diversifikationseffekte innerhalb der einzelnen Risikomodule bereits berücksichtigt. Die Diversifikation zwischen den Risikomodulen ist hingegen gesondert ausgewiesen. Die Solvabilitätskapitalanforderungen der Risikomodule sind vor Berücksichtigung der Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern dargestellt.

Solvabilitätskapitalanforderung	2019 TEUR	2018 TEUR	Veränderung TEUR
Marktrisiko	340.071	283.219	56.852
Gegenparteiausfallrisiko	846	549	297
lebensversicherungstechnisches Risiko	257	294	-37
krankenversicherungstechnisches Risiko	222.663	197.448	25.215
nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	243.986	260.082	-16.097
immaterielle Vermögenswerte	—	—	—
Diversifikation	-255.898	-239.618	-16.280
Basissolvabilitätskapitalanforderung	551.924	501.974	49.950
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	—	—	—
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	-166.010	-101.624	-64.385
operationelles Risiko	30.389	28.823	1.567
Solvabilitätskapitalanforderung	416.304	429.173	-12.869

Die Tabelle stellt deutlich die Risikoexposition der Debeka Allgemeinen Versicherung bezüglich des Marktrisikos, des nichtlebensversicherungstechnischen und des krankenversicherungstechnischen Risikos zum 31. Dezember 2019 dar. Das Marktrisiko wird aufgrund der Kapitalanlageallokation vom Zinsänderungs- und vom Spreadrisiko dominiert. Die Bedeutung des Marktrisikos auch im Vergleich zu den versicherungstechnischen Risiken resultiert aus der sehr starken Eigenmittelausstattung. Der Anstieg des Marktrisikos gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf das gegenüber dem Vorjahr gestiegene Anlagevolumen zurückzuführen. Innerhalb des nichtlebensversicherungstechnischen Risikos zählen das Prämien- und Reserverisiko sowie das Katastrophenrisiko zu den wesentlichen Risiken. Dabei wird das Katastrophenrisiko wiederum vom Naturkatastrophenrisiko dominiert. Das wesentliche Risiko innerhalb des krankenversicherungstechnischen Risikos ist das krankenversicherungstechnische Risiko aus Nichtlebensversicherungsverpflichtungen, welches wiederum vom Prämien- und Reserverisiko dominiert wird. Die Veränderungen der versicherungstechnischen Risiken gegenüber dem Vorjahr sind einerseits auf das Bestandswachstum zurückzuführen, wurden andererseits aber auch wesentlich durch die folgenden Änderungen der DVO (SCR-Review 2018) beeinflusst:

- Anpassung der Risikofaktoren für das Prämien- und Reserverisiko des Geschäftsbereichs 10 (Rechtsschutzversicherung)
- Anpassung der Definition der Future Premiums für das Prämienrisiko
- Absenkung des Risikofaktors für das Sturmrisiko in Deutschland
- Anpassung der Risikoparameter für das Massenunfall- und das Unfallkonzentrationsrisiko

Basierend auf den Verhältnissen der Solvabilitätskapitalanforderungen der einzelnen Risikomodule zu den anrechnungsfähigen Eigenmitteln wurde bei keinem Risikomodul eine Veränderung der Klassifikation der Wesentlichkeit der Risiken festgestellt.

Ein Risiko bezüglich immaterieller Vermögenswerte besteht nicht, da die Debeka Allgemeine Versicherung derzeit einen Wert von null für immaterielle Vermögenswerte in der Solvabilitätsübersicht ansetzt. Die in der Tabelle dargestellten Diversifikationseffekte ergeben sich durch die Aggregation der Solvabilitätskapitalanforderungen der Risikomodule zur Basissolvabilitätskapitalanforderung.

Gemäß Art. 297 Abs. 2 a DVO ist darauf hinzuweisen, dass der endgültige Betrag der Solvabilitätskapitalanforderung noch der aufsichtlichen Prüfung unterliegt. Die Debeka Allgemeine Versicherung hat gegenwärtig sowie seit Inkrafttreten von Solvency II keinen Kapitalaufschlag erhalten sowie keine unternehmensspezifischen Parameter verwendet.

E.2.2 Informationen über die Solvabilitätskapitalanforderung zum 31. Dezember 2019

Zum 31. Dezember 2019 sind alle Basiseigenmittel zur Bedeckung der Solvabilitätskapitalanforderung vollständig anrechnungsfähig und werden nicht durch die Anrechnungsregeln unter Solvency II bezüglich der einzelnen Qualitätsklassen begrenzt. Damit ist die aufsichtsrechtliche Solvabilität der Debeka Allgemeinen Versicherung zum 31. Dezember 2019 deutlich gegeben, und es ergibt sich eine Bedeckungsquote der Solvabilitätskapitalanforderung von 402,0 % (Vorjahr: 327,5 %). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bedeckungsquote der Solvabilitätskapitalanforderung demnach um 74,5 Prozentpunkte erhöht.

E.2.3 Informationen über die Mindestkapitalanforderung zum 31. Dezember 2019

Zum 31. Dezember 2019 sind alle Basiseigenmittel zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderung vollständig anrechnungsfähig und werden nicht durch die Anrechnungsregeln unter Solvency II bezüglich der einzelnen Qualitätsklassen begrenzt. Die Mindestkapitalanforderung beträgt 130.462 (Vorjahr: 118.688) Tausend Euro, woraus eine hohe Bedeckungsquote der Mindestkapitalanforderung von 1.282,7 % (Vorjahr: 1.184,4 %) resultiert, die sich im Vergleich zum Vorjahr um 98,3 Prozentpunkte erhöht hat.

Neben den versicherungstechnischen Rückstellungen ohne Risikomarge, nach Abzug der einforderbaren Beiträge aus Rückversicherungsverträgen sowie der unternehmensunabhängigen unter Solvency II vorgegebenen Faktoren, wurde zur Berechnung der Mindestkapitalanforderung die ermittelte Solvabilitätskapitalanforderung verwendet.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung

Das durationsbasierte Aktienmodell gemäß Art. 304 der Richtlinie 2009/138/EG wurde nicht beantragt und nicht verwendet, sodass keine Ausführungen in diesem Abschnitt erforderlich sind.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die Debeka Allgemeine Versicherung wendet für die Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung die Standardformel an. Da kein (partielles) internes Modell zur Anwendung kommt, sind in diesem Abschnitt keine Ausführungen erforderlich.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvabilitätskapitalanforderung

Da die Debeka Allgemeine Versicherung zum 31. Dezember 2019 sowohl die Mindestkapitalanforderung als auch die Solvabilitätskapitalanforderung deutlich mit anrechnungsfähigen Eigenmitteln bedeckt, sind an dieser Stelle keine Ausführungen erforderlich.

E.6 Sonstige Angaben

Es bestehen keine weiteren berichtspflichtigen Punkte, die das Kapitalmanagement der Debeka Allgemeinen Versicherung betreffen und an dieser Stelle anzugeben wären.



Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
a. G.	auf Gegenseitigkeit
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
ALM	Asset Liability Management, Bilanzstrukturmanagement
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BMF	Bundesministerium der Finanzen
DAV	Deutsche Aktuarvereinigung
DVO	Delegierte Verordnung (EU) 2015/35
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority, Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
f. e. R.	für eigene Rechnung
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Commandit Kapitalgesellschaft
GSB	Gesamtsolvabilitätsbedarf
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HRB	Handelsregister (Abteilung B)
IAS	International Accounting Standards, internationale Rechnungslegungsvorschriften
i. H. v.	in Höhe von
MCR	Minimum Capital Requirement, Mindestkapitalanforderung
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment, unternehmenseigene Solvabilitäts- und Risikobeurteilung
PKV	Private Krankenversicherung
PUC-Methode	Projected-Unit-Credit-Methode
QRT	Quantitative Reporting Templates
RechVersV	Versicherungsunternehmens-Rechnungslegungsverordnung
RPT	Regresse, Provenues und Teilungsabkommen
SCR	Solvency Capital Requirement, Solvabilitätskapitalanforderung
SFCR	Solvency and Financial Condition Report, Bericht über die Solvabilität und Finanzlage
VaG	Verein auf Gegenseitigkeit
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
vt.	versicherungstechnisch



Glossar

Glossar

Anrechnungsfähigkeit von Eigenmitteln	Die Basiseigenmittel sind auf Basis ihrer Verfügbarkeit, Einforderbarkeit und Nachrangigkeit in drei Qualitätsklassen einzustufen. Für die Bedeckung der Solvabilitätskapitalanforderung bzw. Mindestkapitalanforderung sind die Basiseigenmittel entsprechend ihrer Qualitätsklasse unter den in §§ 94 bzw. 95 VAG angegebenen Bedingungen anrechnungsfähig.
Basiseigenmittel	Die Basiseigenmittel setzen sich aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten und den nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen.
bester Schätzwert (Best Estimate)	Der beste Schätzwert entspricht dem wahrscheinlichkeitsgewichteten Durchschnitt künftiger Zahlungsströme unter Berücksichtigung des Zeitwerts des Geldes (erwarteter Barwert künftiger Zahlungsströme) und unter Verwendung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve. Die Berechnung des besten Schätzwerts hat auf der Grundlage aktueller und glaubhafter Informationen sowie realistischer Annahmen zu erfolgen. Sie stützt sich auf geeignete, passende und angemessene versicherungsmathematische und statistische Methoden.
Diversifikationseffekte	Unter Diversifikationseffekten ist eine Reduzierung des Gefährdungspotenzials von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen und -gruppen durch die Diversifikation ihrer Geschäftstätigkeit zu verstehen, die sich aus der Tatsache ergibt, dass das negative Resultat eines Risikos durch das günstigere Resultat eines anderen Risikos ausgeglichen werden kann, wenn diese Risiken nicht voll korreliert sind.
latente Steuerforderungen	Latente Steuerforderungen entstehen unter Solvency II durch eine gegenüber der Steuerbilanz niedrigere Bewertung von Vermögenswerten bzw. eine höhere Bewertung von Verpflichtungen. Voraussetzung für einen Ansatz als Vermögenswert ist, dass die latenten Steuerforderungen nachweislich werthaltig und damit realisierbar sind. Die Werthaltigkeit von latenten Steuerforderungen ist zu jedem Bewertungsstichtag zu überprüfen.
latente Steuerverbindlichkeiten	Latente Steuerverbindlichkeiten entstehen unter Solvency II durch eine gegenüber der Steuerbilanz höheren Bewertung von Vermögenswerten bzw. niedrigeren Bewertung von Verpflichtungen.
maßgebliche risikofreie Zinskurve	Unter Zugrundelegung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve wird der beste Schätzwert berechnet. Die Zinskurve wird von der EIOPA gemäß Art. 77e Abs. 1a der Richtlinie 2009/138/EG mindestens einmal im Quartal beschlossen und veröffentlicht.
MCR (Minimum Capital Requirement; Mindestkapitalanforderung)	Die Mindestkapitalanforderung entspricht dem Betrag anrechnungsfähiger Basiseigenmittel, unterhalb dessen die Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten bei einer Fortführung der Geschäftstätigkeit des Versicherungsunternehmens einem unannehmbaren Risikoniveau ausgesetzt sind.

Risikomarge (Risk Margin)	Die Risikomarge ist ein auf den besten Schätzwert zu addierender Betrag gemäß § 78 VAG, der sicherstellt, dass der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem Betrag entspricht, den die Versicherungsunternehmen fordern würden, um die Versicherungsverpflichtungen übernehmen und erfüllen zu können. Er ist anhand der in Art. 37 Abs. 1 DVO enthaltenen Formel unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Art. 38 DVO zum übernehmenden Referenzunternehmen sowie der Verwendung des in Art. 39 DVO vorgegebenen Kapitalkostensatzes zu berechnen.
SCR (Solvency Capital Requirement; Solvabilitätskapitalanforderung)	Aufsichtsrechtlich wird vorgegeben, dass Versicherungsunternehmen anrechnungsfähige Eigenmittel in mindestens der Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung vorweisen müssen. Die Solvabilitätskapitalanforderung entspricht dabei der Verlusthöhe der Basiseigenmittel innerhalb eines Jahres, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5 % nicht überschritten wird – d. h., die Verlusthöhe wird statistisch einmal in 200 Jahren eintreten bzw. überschritten. Die Solvabilitätskapitalanforderung kann mithilfe der Standardformel oder eines internen Modells ermittelt werden.
Solvency-II- Standardformel	Formel zur standardisierten Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung gemäß § 99 VAG, die sich aus der Basissolvabilitätskapitalanforderung, der Kapitalanforderung für das operationelle Risiko sowie der Anpassung für die Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen und latenten Steuern zusammensetzt.
Übergangsmaßnahme bei den vt. Rückstellungen (Synonym: Rückstellungstransitional)	<p>Versicherungsunternehmen dürfen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde bei versicherungstechnischen Rückstellungen vorübergehend einen Abzug im folgenden Sinne geltend machen, um sich schrittweise an die neuen Anforderungen von Solvency II anzupassen: Der vorübergehende Abzug (Synonym: Abzugsbetrag) entspricht einem Anteil der Differenz zwischen den beiden folgenden Beträgen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ versicherungstechnische Rückstellungen nach Abzug der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen und gegenüber Zweckgesellschaften, die nach § 75 VAG zum 1. Januar 2016 berechnet wurden ■ versicherungstechnische Rückstellungen nach Abzug der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen, die nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften berechnet wurden, die nach den §§ 341e bis 341h HGB und § 65 VAG in den jeweils zum 31. Dezember 2015 geltenden Fassungen sowie den gemäß § 330 des HGB und § 65 VAG erlassenen Rechtsverordnungen in den jeweils erlassenen Rechtsverordnungen in den jeweils bis zum 31. Dezember 2015 geltenden Fassungen gebildet wurden <p>Der maximal abzugsfähige Anteil sinkt am Ende jedes Kalenderjahres linear von 100 % während des Jahres 2016 auf 0 % am 1. Januar 2032.</p>

Verlustrückstellungen	In der Solvency-II-Standardformel wird der mögliche Ausgleich unerwarteter Verluste des Versicherungsunternehmens durch die gleichzeitige Verringerung der versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt. Diese Anpassung berücksichtigt den risikomindernden Effekt, den künftige Überschussbeteiligungen aus Versicherungsverträgen erzeugen, in dem Maße, wie Versicherungsunternehmen nachweisen können, dass eine Reduzierung dieser Überschussbeteiligungen zum Ausgleich unerwarteter Verluste verwendet werden kann.
Verlustrückstellungen latenter Steuern	In der Solvency-II-Standardformel wird der mögliche Ausgleich unerwarteter Verluste des Versicherungsunternehmens durch eine gleichzeitige Verringerung der latenten Steuern berücksichtigt. Die Anpassung für die Verlustrückstellungen latenter Steuern entspricht der Veränderung des Werts der latenten Steuern, die sich aus einem unmittelbaren Verlust ergäbe.
Volatilitätsanpassung	Versicherungsunternehmen können mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde eine Volatilitätsanpassung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve zur Berechnung des besten Schätzwerts vornehmen. Durch die Anwendung der Volatilitätsanpassung gemäß § 82 VAG wird approximativ ein risikoadjustierter Spread berücksichtigt, den die Versicherungsunternehmen mit dem Kapitalanlagebestand mittelfristig verdienen können. Dies ist eine Anpassung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve, die von der EIOPA gemäß Art. 77e Abs. 1c der Richtlinie 2009/138/EG mindestens einmal im Quartal beschlossen und veröffentlicht wird.



Quantitative Reporting Templates

Quantitative Reporting Templates

Berichtsformular	Titel
S.02.01.02	Bilanz
S.05.01.02	Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen
S.12.01.02	Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung
S.17.01.02	Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung
S.19.01.21	Ansprüche aus Nichtlebensversicherungen
S.23.01.01	Eigenmittel
S.25.01.21	Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden
S.28.01.01	Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Anhang I
S.02.01.02
Bilanz

		Solvabilität-II-Wert
Vermögenswerte		C0010
Immaterielle Vermögenswerte	R0030	0
Latente Steueransprüche	R0040	36.550
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050	0
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060	151
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070	2.546.511
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	0
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	60
Aktien	R0100	197
Aktien – notiert	R0110	0
Aktien – nicht notiert	R0120	197
Anleihen	R0130	2.283.522
Staatsanleihen	R0140	336.091
Unternehmensanleihen	R0150	1.947.431
Strukturierte Schuldtitel	R0160	0
Besicherte Wertpapiere	R0170	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	262.732
Derivate	R0190	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200	0
Sonstige Anlagen	R0210	0
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220	0
Darlehen und Hypotheken	R0230	0
Policendarlehen	R0240	0
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250	0
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260	0
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270	4.885
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0280	1.319
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0290	1.319
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0300	0
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0310	3.566
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0320	0
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0330	3.566
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340	0
Depotforderungen	R0350	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	3.524
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	5.356
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390	0
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	5.279
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	123
Vermögenswerte insgesamt	R0500	2.602.379

		Solvabilität-II-Wert
Verbindlichkeiten		C0010
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	521.398
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	316.694
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	0
Bester Schätzwert	R0540	215.281
Risikomarge	R0550	101.413
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	204.704
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	0
Bester Schätzwert	R0580	149.526
Risikomarge	R0590	55.178
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	79.893
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	71.481
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	0
Bester Schätzwert	R0630	70.583
Risikomarge	R0640	898
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	8.413
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	0
Bester Schätzwert	R0670	8.384
Risikomarge	R0680	28
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	0
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	0
Bester Schätzwert	R0710	0
Risikomarge	R0720	0
Eventualverbindlichkeiten	R0740	40.000
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	40.018
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	12.429
Depotverbindlichkeiten	R0770	0
Latente Steuerschulden	R0780	202.560
Derivate	R0790	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	22
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	1.185
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	8.563
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	22.884
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	0
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	0
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	0
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	928.951
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	1.673.428

Anhang I
S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung		Sonstige Lebensversicherung			Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)	
		C0020	C0030	Verträge ohne Optionen und Garantien C0040	Verträge mit Optionen oder Garantien C0050	C0060				Verträge ohne Optionen und Garantien C0070
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010									
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020									
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge										
Bester Schätzwert										
Bester Schätzwert (brutto)	R0030						8.384			8.384
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0080						3.566			3.566
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090						4.819			4.819
Risikomarge	R0100						28			28
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen										
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110									
Bester Schätzwert	R0120									
Risikomarge	R0130									
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200						8.413			8.413

		Krankenversicherung		Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft)	Gesamt (Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung)	
		Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				C0160
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010						
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020						
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge							
Bester Schätzwert							
Bester Schätzwert (brutto)	R0030			70.583		70.583	
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0080			0		0	
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090			70.583		70.583	
Risikomarge	R0100			898		898	
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen							
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110						
Bester Schätzwert	R0120						
Risikomarge	R0130						
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200			71.481		71.481	

		Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft								
		Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung
		C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt										
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0320		204.704		92.673	13.887	1.587	40.511	17.361	
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen – gesamt	R0330		0		5.171	-5	0	-1.939	-1.766	
Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0340		204.704		87.502	13.892	1.587	42.450	19.127	

		Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft			In Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Nichtlebensversicherungsverpflichtungen gesamt
		Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Nichtproportionale Krankenrückversicherung	Nichtproportionale Unfallrückversicherung	Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	Nichtproportionale Sachrückversicherung	
		C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	C0170	
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt									
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0320	146.140		4.534					521.398
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen – gesamt	R0330	-90		-52					1.319
Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0340	146.231		4.586					520.079

Anhang I
S.19.01.21
Ansprüche aus Nichtlebensversicherungen

Nichtlebensversicherungsgeschäft gesamt

Schadenjahr/Zeich- nungsjahr	Z0020	Accident year [AY]
---------------------------------	--------------	--------------------

Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert)
(absoluter Betrag)

Jahr	Entwicklungsjahr											im laufenden Jahr	Summe der Jahre	
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +			C0170
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0110			
Vor	R0100										4.211	R0100	4.211	2.946.040
N-9	R0160	135.754	84.639	36.277	12.858	2.970	2.439	1.243	1.305	684	743	R0160	743	278.913
N-8	R0170	146.788	87.785	39.011	10.264	4.027	2.133	1.679	1.562	982		R0170	982	294.231
N-7	R0180	146.037	89.302	40.028	14.055	3.695	2.717	2.841	2.369			R0180	2.369	301.043
N-6	R0190	161.998	98.884	45.338	14.188	5.179	3.840	2.771				R0190	2.771	332.199
N-5	R0200	162.543	95.611	45.022	14.011	4.759	2.779					R0200	2.779	324.725
N-4	R0210	182.125	96.392	48.425	16.653	4.392						R0210	4.392	347.987
N-3	R0220	184.822	98.550	56.991	18.885							R0220	18.885	359.248
N-2	R0230	201.514	117.681	58.612								R0230	58.612	377.807
N-1	R0240	206.573	129.158									R0240	129.158	335.730
N	R0250	211.701										R0250	211.701	211.701
Gesamt	R0260											R0260	436.603	6.109.623

Beste Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen

(absoluter Betrag)

	Jahr	Entwicklungsjahr										Jahresende (abgezinste Daten)		
		0 C0200	1 C0210	2 C0220	3 C0230	4 C0240	5 C0250	6 C0260	7 C0270	8 C0280	9 C0290	10 & + C0300	C0360	
Vor	R0100											30.192	R0100	29.617
N-9	R0160						8.952	9.206	6.187	5.188			R0160	5.099
N-8	R0170						11.113	11.178	7.689	6.336			R0170	6.231
N-7	R0180					15.276	14.513	10.150	8.573				R0180	8.424
N-6	R0190				23.461	19.610	12.470	10.263					R0190	10.104
N-5	R0200			43.337	27.366	16.565	12.866						R0200	12.696
N-4	R0210		90.818	46.077	24.007	17.764							R0210	17.559
N-3	R0220	208.811	95.579	45.574	25.107								R0220	24.866
N-2	R0230	220.592	102.710	46.021									R0230	45.842
N-1	R0240	240.018	110.719										R0240	110.799
N	R0250	261.436											R0250	262.350
	Gesamt												R0260	533.588

Anhang I
S.23.01.01
Eigenmittel

		Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35						
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	R0010	38.000	38.000			
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	R0030	17.481	17.481			
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen	R0040					
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit	R0050					
Überschussfonds	R0070					
Vorzugsaktien	R0090					
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio	R0110					
Ausgleichsrücklage	R0130	1.617.948	1.617.948			
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0140					
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	R0160					
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden	R0180					
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen						
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen	R0220					
Abzüge						
Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	R0230					
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	R0290	1.673.428	1.673.428			
Ergänzende Eigenmittel						
Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann	R0300					
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können	R0310					
Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können	R0320					
Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen	R0330					
Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0340					
Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0350					
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0360					
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0370					
Sonstige ergänzende Eigenmittel	R0390					
Ergänzende Eigenmittel gesamt	R0400					

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel						
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0500	1.673.428	1.673.428			
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0510	1.673.428	1.673.428			
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0540	1.673.428	1.673.428			
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0550	1.673.428	1.673.428			
SCR	R0580	416.304				
MCR	R0600	130.462				
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR	R0620	402,0%				
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR	R0640	1282,7%				

			C0060
Ausgleichsrücklage			
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R0700	1.673.428	
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)	R0710		
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	R0720		
Sonstige Basiseigenmittelbestandteile	R0730	55.481	
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden	R0740		
Ausgleichsrücklage	R0760	1.617.948	
Erwartete Gewinne			
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung	R0770		
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung	R0780	177.092	
Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)	R0790	177.092	

Anhang I

S.25.01.21

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

		Brutto- Solvenzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
		C0110	C0090	C0120
Marktrisiko	R0010	340.071		
Gegenparteiausfallrisiko	R0020	846		
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030	257		
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040	222.663		
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050	243.986		
Diversifikation	R0060	-255.898		
Risiko immaterieller Vermögenswerte	R0070	0		
Basissolvenzkapitalanforderung	R0100	551.924		

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung		C0100
Operationelles Risiko	R0130	30.389
Verlustrückstellungsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	R0140	0
Verlustrückstellungsfähigkeit der latenten Steuern	R0150	-166.010
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG	R0160	
Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag	R0200	416.304
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt	R0210	
Solvenzkapitalanforderung	R0220	416.304
Weitere Angaben zur SCR		
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko	R0400	
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil	R0410	
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände	R0420	
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430	
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304	R0440	

Annäherung an den Steuersatz

		Ja/Nein
		C0109
Ansatz auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes	R0590	Approach based on average tax rate

Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern

		VAF LS
		C0130
VAF LS	R0640	-166.010
VAF LS gerechtfertigt durch die Umkehrung der passiven latenten Steuern	R0650	-166.010
VAF LS gerechtfertigt durch Bezugnahme auf den wahrscheinlichen zukünftigen zu versteuernden wirtschaftlichen Gewinn	R0660	
VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, laufendes Jahr	R0670	
VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, zukünftige Jahre	R0680	
Maximum VAF LS	R0690	

Anhang I

S.28.01.01

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0010			
MCR _{NL} -Ergebnis	R0010	128.879		Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungs- technische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversiche- rung) in den letzten zwölf Monaten
				C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020				
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030	149.526		363.672	
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040				
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050	74.186		121.051	
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060	4.172		94.774	
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070	847		5.671	
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080	0		190.783	
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090	5.214		106.517	
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100				
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110	133.687		88.816	
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120				
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130	1.563		19.124	
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140				
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150				
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160				
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170				

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0040			
MCR _L -Ergebnis	R0200	1.583		Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungs- technische Rück- stellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversiche- rung/Zweckge- sellschaft)
				C0050	C0060
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210				
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220				
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230				
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240	75.401			
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250				

Berechnung der Gesamt-MCR

		C0070	
Lineare MCR	R0300	130.462	
SCR	R0310	416.304	
MCR-Obergrenze	R0320	187.337	
MCR-Untergrenze	R0330	104.076	
Kombinierte MCR	R0340	130.462	
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	3.700	
		C0070	
Mindestkapitalanforderung	R0400	130.462	

